Winter 2013/2014
Nr. 63, 19. Jahrgang
Ladenpreis: 3,80 €

Zeitung für Umweltschutz von unten

grünes blatt

Justizbehörde

SCHLACHTFABRIKEN STILLLEGEN!



Inhaltsverzeichnis

Editorial

Pink Die Zeit – sie rast dahin und wieder mal ist es Zeit für ein neues gruenes blatt. Immer noch ganz nach Zeitplan. Es scheint sich langsam, aber sicher, einzufahren und darf gerne so weiterlaufen. Wiedermal wurden fleißig Texte korrekturgelesen und gelayoutet, und ich hoffe es haben sich keine „Lückenmonster“ – und „Wortverdreher*innen“ eingeschlichen. Wenn doch, dürft ihr sie gerne behalten. Weiterhin werden immer Leute gesucht, die Lust haben am grünen blatt mitzuwirken. Z.B. bei Versand, Korrekturlesen, Werbung fürs grüne blatt oder was dir sonst noch einfällt.

Meldet euch am besten kurz per Mail unter mail@gruenes-blatt.de. Auf der Rückseite findet ihr den aktuellen Terminplan fürs nächste Jahr mit den nächsten Redaktionsschlüssen und den jeweiligen Layoutphasen.
Der nächster Redaktionsschluss ist übrigens der 14. Februar 2014. Und zwar pünktlich! :-) Von 17.-23. Februar 2014 darf dann wieder kreativ mitgelayoutet werden.

Impressum

grünes blatt –
Zeitung für Umweltschutz von unten
http://gruenes-blatt.de

Redaktion
grünes blatt – Redaktion
Am Bärental 6
D-04720 Döbeln
Fon: +49 3431/58 94 170
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de

Spendenkonto:
GLS Bank
KNr.: 110 17 40 600
BLZ: 430 609 67

Verlag
SeitenHieb Verlag
Duburger Str. 47 | D-24939 Flensburg
www.SeitenHieb.info
Info@SeitenHieb.info
+49 461 14683333

Autor*innen dieser Ausgabe
an, apendix, ccc, Falk Beyer (V.i.S.d.P.), Floh, Jan Schiffer, Jörg Bergstedt, Karl-Caspar Linde, Kardan, lar, Pink, vega u.a.

Satz und Layout
Dominik, Rowena, Falk Beyer, Floh, Jörg Bergstedt, Kardan, Katharina u.a.

Fotos auf der Titelseite
Talvivaara: cc-by-nc-nd Greenpeace Finland, Nej till uranbrytning: cc-by-nc-sa Aktionsgruppen för ett atomkraftsfritt Åland, Lego: cc-by-nc Eric Constantineau, Leningrad NPP 1 & 2: public domain, Oskarshamn: cc-by-sa Anchor2009 (wikimedia commons), Rückseiten-Textur: cc-by-nc pareeerica

Auflage: 1500 Hefte
Das grüne blatt wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt. Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der emanzipatorischen Ökologiebewegung. Die Redaktion bilden unabhängige Mitarbeiter*innen. Die Arbeit der Redaktion wird über ein offenes Wiki im Internet koordiniert:
http://gruenes-blatt.de/redaktion/
Zum Schutz vor Spambots und automatischer Indizierung des Redaktionswikis ist dieses passwortgeschützt:
redaktion // grbl-passwort
Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen, schon allein weil es „die" Kollektivmeinung nicht gibt.
Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Versandkosten (3 EUR) bei der Redaktion nachbestellt oder unter http://gruenes-blatt.de gelesen werden.



Freie-Technik-Nachrichten

kardan Projekte mit dem Etikett "open source hardware" oder Freie Technik garantieren analog zur Free-Software-Bewegung, dass Bauanleitungen, Skizzen und alle zum Eigenbau nötigen Informationen zur freien Verwendung und Weiterentwicklung veröffentlicht werden.

Open Source Ecology

Unter dem Titel "Civilization Starter Kit" werden technische Entwicklungen der OSE-Bewegung zusammengefasst und sind als DVD erhältlich. Bisher entwickelt und dokumentiert wurden eine Ziegelpresse, ein Pflug und ein Traktor mit modularer Energieeinheit.

Offenes Ökologie-Ökonomie-Festival

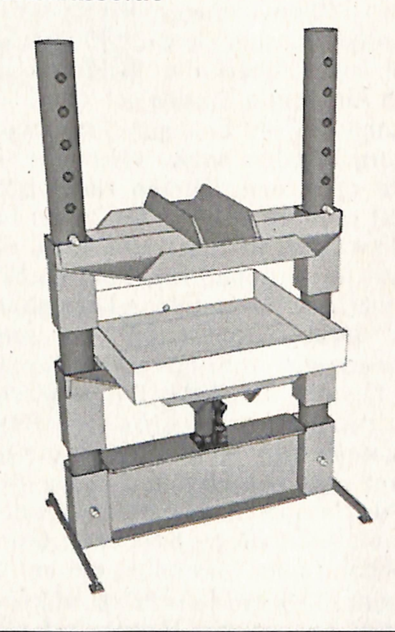
Vom 26 bis 29. September fand in Berlin-Kreuzberg und am Oranienplatz "ein offenes und dezentrales Guerilla-Festival" zum Entwickeln, Probieren und Austauschen für eine ökologische und ökonomisch nachhaltige Zukunft statt. Infos dazu und weitere Projekte auf der Webseite opensourceecology.de, einem deutschsprachigen Ableger der OSE-Bewegung.

opensourceecology.org/wiki

Das "global village construction set" ist eine Sammlung von angestrebten 50 Werkzeugen und Maschinen, die zum Aufbau und Aufrechterhalten einer Zivilisation nötig sind.

Saftpresse JE60

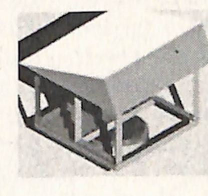
Die Saftpresse JE60 ist ein Kooperationsprojekt von Menschen des LandKombinat e.V. Gatschow und der Energie- und Kulturwende Initiative wandelBar (Transition Town Eberswalde) mit kontinuierliche Pasteurisierung (Durchlauferhitzer) und einem Durchsatz von ca. 100 l - 150 l pro Stunde. Videos und Baupläne: saftstrasse.de

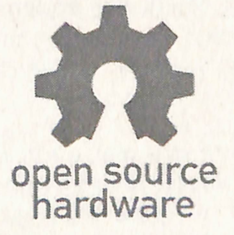


Rubrik: Freie Technik
Nachrichten zu Projekten mit öffentlichen Bauplänen und/oder zur Entwicklung solidarischer Wirtschaftsweisen. Artikel für diese Rubrik können bis zum 14.02.14 eingesandt werden.
Kontakt: freietechnik@gruenes-blatt.de

screwhammer.de

Ein Team aus der Altmark entwickelt und dokumentiert mehrere Projekte mit neuartigem Finanzierungskonzept: fertige Prototypen, wie ein Holzvergaserkocher und diverse Zweiradunikate werden unter freie Lizenz gestellt, sobald die Entwicklungskosten durch Spenden oder Erlöse gedeckt wurden. Ein einsatzbereiter Krautrollator zum traktorlosen Ernten für zwei Personen sucht Interessierte zum Testen. Aktuell in Entwicklung: drehbares Niedrigenergiehaus in Sandwichbauweise.

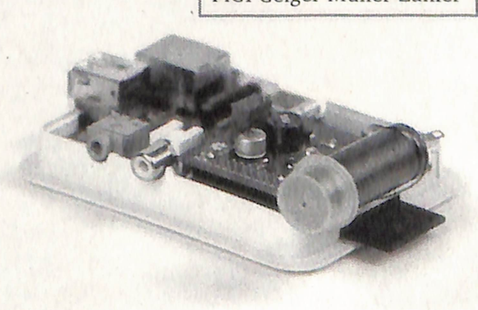




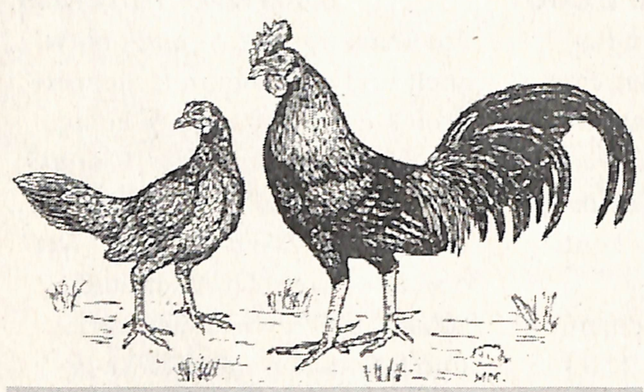
PIGI-Dosimeter

Seit dem Fukushimadesaster arbeiten Entwickler aus München an dem PI-Geiger-Interface, einem Dosimeter-Aufsatz für die Raspberry-PI-Platine. Die Geräte sind in verschiedenen Ausführungen erhältlich und werden ab 25 Euro angeboten. Mitarbeit/Spenden erwünscht: apollo.open-resource.org/lab:pigi

PiGI Geiger-Müller-Zähler



Die Optimierung der Hühner


Zeichnung: Bankivahuhn weiblich und männlich

kcl Die Geschichte der Domestizierung der Hühner begann vor ca. 5.000 Jahren in Südostasien. Noch heute werden „Bankiva-Hühner“ in den tropischen Regenwäldern beobachtet. Die in Freiheit lebenden Hühner leben mit 5 bis zwanzig Artgenossen_innen in kleinen Gruppen zusammen. Sie verbringen die meiste Zeit in der Nähe ihres Schlafplatzes, der in der Regel aus einer Baumgruppe von mehreren Metern Höhe besteht. Dies ist von Nöten, um sich während der Nacht vor anderen Tieren zu schützen. Bereits vor Sonnenaufgang verlassen sie ihren Schlafplatz wieder.

Hühner haben ein sehr ausgeprägtes Kommunikationsverhalten. So können sie sich mit über 30 verschiedenen Lauten untereinander verständigen. Wie fast alle Tiere sind auch Hühner in der Lage mit ihrem Körper zu kommunizieren. Mit einer differenzierten Körpersprache können sie Dominanz, Unterwürfigkeit, Unruhe oder Behagen ausdrücken. Ihre Ernährung besteht aus Samen, Keimlingen, Früchten, Beeren, Insekten und Würmern.

Neben der Suche nach Nahrung verbringen Hühner viel Zeit mit sogenanntem „Komfortverhalten“: Sie ordnen ihr Gefieder mit dem Schnabel, sie fetten ihre Federn mit dem Sekret der Bürzeldrüse ein, sie kratzen sich mit den Krallen, strecken sich, schütteln das Gefieder, baden im Staub oder im Sand, um Parasiten los zu werden oder nehmen ein Sonnenbad. Für all diese „Komforthandlungen“ suchen sie sich sichere Orte.

Forscher_innen haben Abbildungen und Knochen gefunden, die davon sprechen, dass bereits 4.500 v. Chr. Menschen in Westindien Hühner gehalten haben. Bereits 500 Jahre später, 4.000 v. Chr., hatten die Sumerer in Mesopotamien, dem heutigen Irak, schon ein spezielles Schriftzeichen für Hahn. Kurz darauf bildeten die alten Ägypter Hähne auf Tontafeln ab.

Da Hühner leicht zu ernähren waren und sie beim Transport auf sehr engen Raum eingesperrt werden konnten, wurden sie ca. 1400 v. Chr. vermutlich über die Seidenstraße nach Afrika und Europa gebracht. Die Kelten, die im heutigen Frankreich lebten, wurden sogar von den Römern nach den Hähnen (lateinisch: Galli) in ihren Dörfern als Gallier bezeichnet. Die Römer waren wohl die ersten in Europa, die systematisch Hühner züchteten und Aufzeichnungen darüber verfassten. In ihren Schriften ist von mehreren Farben der Hühner die Rede. Der römische Schriftsteller Varro (116–27 v. Chr.) beschreibt genau, wie Küken ausgebrütet und aufgezogen werden sollen. Er berichtet über die Kastration von Masthähnen zu Kapaunen (auch Kapphahn oder Masthahn, ein im Alter von etwa zwölf Wochen kastrierter und gemästeter Hahn) und gibt Anleitungen für das Stopfen von Hühnern.

Nach dem Untergang des Römischen Imperiums fand die systematische Hühnerzucht ihr vorläufiges Ende. Die Haltung von Hühnern in Haus und Hof wurde in Europa jedoch weiterhin verbreitet. Im späten Mittelalter wurden die Hühner zu einer Art Währung für Naturalienzahlungen. „In Lehensverträgen wurden genaue Zahlen von Eiern, Hühnern, Hähnen und Kapaunen aufgeführt, die von den Landleuten an Klöster oder Fürsten abzuliefern waren. Um 1500 stand dem Pfarrer von Escholzmatt für eine Wetterlesung (zur Abwehr von Unwettern) ein «Leshuhn» zu.“

Quelle: Bundesamt für Veterinärwesen BVET Magazin 1/2006

Auf die Entstehung von bürgerlichen und kapitalistischen Gesellschaften werde ich an dieser Stelle nicht weiter eingehen. Es bleibt aber festzuhalten, dass sie das Herrschaftsverhältnis zwischen Menschen und Tieren maßgeblich prägten und teilweise auch neu formierten.

Wie alle anderen Beziehungen, lässt sich auch die Mensch_Tier Beziehung nicht ohne eine Betrachtung der vom Kapitalismus hervorgebrachten Grundwidersprüche umfangreich analysieren. Babara Noske, eine Philosophin aus dem Niederlande, unternimmt einen Vergleich zwischen der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und der Ausbeutung von Tieren in Tierfabriken, den ich hier für sehr hilfreich finde. Sie überträgt dabei das von Karl Marx entwickelte Konzept der Entfremdung der Arbeiter_innen auf die Tiere in der Warengesellschaft.

Entfremdung vom Produkt

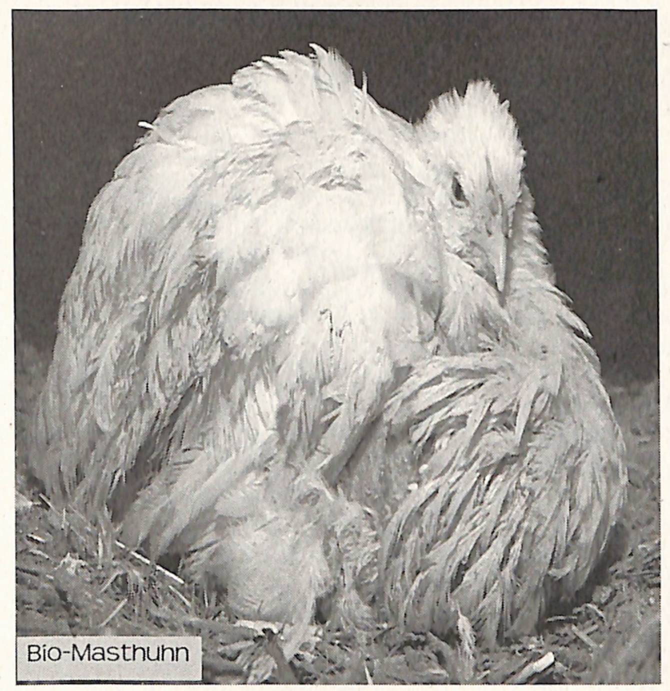
Tiere werden von ihren eigenen „Produkten“ entfremdet, die entweder aus ihren Kindern oder aus ihren Körperteilen bestehen. Z.B. werden Kühen die Kälber weggenommen, um ihnen Milch abzuzapfen, Küken, die für die Mast bestimmt sind, werden von Maschinen ausgebrütet.

Entfremdung von der produzierenden Tätigkeit

Die Manager_innen der Tierfabriken haben sich zumeist unter perfektionierten Züchtungen die Körper und die Körperfunktionen der Tiere angeeignet und nutzen nur mehr ihre Fähigkeit. So legen Hühner in Eierfabriken mittlerweile 360 Eier im Jahr und „Masthühner“ wiegen bereits vor ihrer Geschlechtsreife soviel, dass sie unter ihren Körpergewicht zusammenbrechen. Der Körper, der einen bedeutenden Teil des „Selbst“ des Tieres ausmacht, wird nicht mehr vom Tier gesteuert, sondern wie eine Maschine vom Management betrieben und arbeitet sogar gegen die Interessen des Tieres.

Entfremdung von den anderen Mitgliedern der Gesellschaft

Die kapitalistische industrielle Pro-


Bio-Masthuhn

duktion hat die Tiere entweder aus ihren Gesellschaften herausgenommen oder diese Gesellschaften total verzerrt. So werden sie in riesigen Mengen zusammengepfercht oder isoliert z.B. in Laboren gehalten und von Maschinen betreut.

Entfremdung von der umliegenden Natur

Während früher „nur" in das Ökosystem der Tiere eingegriffen wurde, hat die Domestizierung im Kapitalismus solche Ausmaße erreicht, dass das Tier tatsächlich ganz aus seinem Ökosystem herausgenommen wurde. So werden sie in Hallen oder Ställen gehalten, mit Beton und Spaltenböden, Reize werden ihnen entzogen, selbst auf Weiden können sie in der Regel nicht die Strecken zurücklegen, die sie in Freiheit zurücklegen würden. Vögeln werden die Flügel gestutzt oder sie werden so gezüchtet, dass sie zu schwer zum fliegen sind.

Entfremdung vom Gattungsleben

Die Entfremdung von Tieren läuft auf eine Entfremdung vom Speziesleben hinaus, die fast alles umfasst: das Produkt, die produktive Aktivität und die Beziehung des Tieres zur Natur und zu seiner eigenen Gesellschaft. Die Domestizierung der Tiere ist bis ins Extrem betrieben worden, das Tier ist fast vollständig in die menschliche Technologie eingegliedert worden. So werden sie mit Hilfe von Maschinen zwangsbefruchtet und die Spermien von Tieren werden als Waren ver- und gekauft.

Dem Zwang des permanenten Wachstums, dem die Konzerne unterliegen, folgt die stetige „Optimierung" der sogenannten Nutztiere. Hühner gehören zu den Tieren, die der stetigen Züchtung ihrer Körper auf die für den Markt nützlichen Eigenschaften unterworfen werden. So werden sie endweder zu „Legehühnern" oder „Masthühnern" gezüchtet. 1960 züchtete Henry Wallace, ehemaliger Vizepräsident der USA und Gründer des Saatgut Konzerns „HI-Bread", die ersten Hybridhühner. Er übertrug dabei das Prinzip der Hybridzüchtung vom Mais auf das Huhn.

Hybridzucht

Hybrid bedeutet „aus Verschiedenartigem von zweierlei Herkunft zusammengesetzt". Auf die Züchtung von Hühnern übertragen bedeutet dies die Kreuzung von bereits optimierten „Hühnerrassen". Hierbei wird in „Legehybridlinien" und „Masthybridlinien" unterschieden.

Die Elterntiere der „Hybridlinien" leben in strenger Inzucht und erst deren Kreuzung macht die Hühner zu den sogenannten „Turbohühnern". Sie werden in speziellen Zuchtfabriken über 5 Generationen immer wieder selektiert. Dies hat zur Folge, dass die Elterntiere der Hühner, die in den Mastanlagen und in den Legebatterien leben müssen, nicht weiter gezüchtet werden können und kleinere Unternehmen von den wenigen Zuchtunternehmen, die auf dem Weltmarkt agieren, immer wieder neue Elterntiere kaufen müssen.

Quelle: Tierbefreiung 58

Aviagen

Das Masthühnerzucht-Unternehmen Aviagen hat seinen Hauptsitz in Huntsville (Alabama) und in Newbridge bei Edinburgh in Großbritannien. Eigentümerin des Konzerns ist die deutsche EW- Group GmbH (auch Erich Wesjohann Gruppe genannt), zu der auch der Konzern Wiesenhof gehört. Aviagen deckt zwei Drittel des Weltmarktbedarfs für „Masthühner" und gehört somit zu den weltweiten Marktführern der Branche. 2009 ließ das Unternehmen Europas größte Zuchtbrüterei im sächsischen Freiberg bauen.

"Wir können unsere Zuchtlinien so kreuzen, dass wir für jede Haltung das richtige Huhn und für jeden Markt das richtige Ei erzeugen" Hans-Friedrich Finck, Geschäftsführer von Lohmann.

Zu den „Weltmarktführern" in Sachen Legehennenzucht gehört das deutsche Unternehmen Lohmann Tierzucht AG mit Sitz in Cuxhafen. Der Konzern ist, ebenso wie Aviagen ein sogenanntes Tochterunternehmen der Erich-Wesjohann Gruppe. Jedes dritte Ei, das weltweit konsumiert wird, wurde von einem Huhn aus einer Zuchtlinie der Lohmann Tierzucht AG gelegt. Auch die Bio-Industrie muss sich den Zwängen des Marktes unterwerfen und ist auf die optimierten Hühner des Zuchtunternehmens angewiesen. So lässt Lohmann für den Biomarkt angepasste „Zuchtlinien", die z.B. weniger Zeit in den Nestern verbringen und weniger teures Bio-Futter essen, züchten. Diese Eigenschaften erfüllen z.B. die für



Protest gegen Tierfabriken

Demeter gezüchteten Hühner aus der Zuchtlinie „Lohmann Brown".

Quelle: ndr Dokumentation - Brüten für den Weltmarkt – das Hühnerimprium an der Nordsee

Aus unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft erfährt die Tierindustrie Protest und Widerstand. Doch werden hierbei leider viel zu oft nur willkürliche und als besonders grausam stigmatisierte Aspekte herausgegriffen. Beispielsweise das Sterben von 5% der Hühner während der Mast, oder das Töten der männlichen Küken in der Eierindustrie. Eine umfangreiche Kritik an Tierausbeutung, deren Ursachen und Verbindungen zu anderen Unterdrückungsformen gibt es leider viel zu selten oder sie wird nur sehr begrenzt nach außen vermittelt. Dies wird zum Teil damit begründet, dass die Gesellschaft nun mal noch nicht bereit sei für eine radikale Kritik und wir mit unseren Forderungen klein anfangen müssen. Doch neue Bedürfnisse der Konsument_innen setzen die Tierindustrie nicht unter Druck ihr blutiges Geschäft zu beenden, sondern schaffen neue Absatzmärkte, die die Konzerne weiter wachsen lassen. Auf die Kritik an schlechten Haltungsbedingungen von Hühnern und Schweinen reagierten Wiesenhof und Vion mit Unterstützung des deutschen Tierschutzbundes und der Universität Kassel, woraufhin ein neues Tierschutzlabel entstand.

Als Reaktion auf die Empörung, die die Tötung männlicher Küken in der Eierindustrie hervorrief, folgten Forschungen an einem Zweinutzungshuhn. Ein Huhn, das sowohl möglichst viele Eier legt, als auch viel Fleisch ansetzt. Also die Schaffung von noch optimierteren Hühnern mit wahrscheinlich heftigeren Verhaltensstörungen. Unterstützt wird dieses Vorhaben mit Forschungen der bayrischen „Landesanstalt für Landwirtschaft" in Kitzingen. Das „Lohmann Dual" sollte eigentlich noch dieses Jahr auf den Markt kommen. Jedoch benötigen die „neuen Legehennen" doppelt soviel Futter wie die „alten". Dementsprechend teurer müssten die Eier werden und dafür gibt es noch keinen geeigneten Absatzmarkt. Das heißt also weiter forschen. Das versteht auch der deutsche Tierschutzbund und gibt sich mit der Feststellung, eine "vollständige Verwertung dieser Tiere erscheint derzeit nicht durchführbar", zufrieden.

Quelle: http://www.abendblatt.de/ wirtschaft/article1278551/

Rezension

Ulrich Holbein: Omnipax – Zwischen Obstparadies und Fleischfabrik

Apfelmus Friedlich kommt dieses Buch nicht daher. In Omnipax – Zwischen Obstparadies und Fleischfabrik, im Frühjahr 2013 im Packpapier Verlag erschienen, lässt Ulrich Holbein scharfe Zungen gegeneinander antreten – lachende und weinende Augen sind garantiert. Dieses humoristische Büchlein erzählt von der Körnerfresserwerdung Holbein juniors, von Rückfällen in die Aasvertilgung und wie er es doch schaffte - Holbein senior und neuschamanistischen Tieropfern zum Trotz – Körnerfresser zu bleiben.

Weitere nenneswerte Protagonist*innen wären Herbert Grönemayer, J.W. von Goethe, Leonardo da Vinci und der brave Soldat Schwejk, die sich mit vielen anderen um das zähe Schwein der Erkenntnis zanken.



Vom speziesübergreifenden Frieden träumte Holbein schon seit der Jugend und musste sich doch mit der Zeit fragen, ob Veganer*innen emanzipierter sind als Fleischesser*innen – blendete die moralisierende Selbstfeierei der erstgenannten anscheinend genauso wenig wie den Lebensreformer Diefenbach im 19. Jahrhundert, dem seine um Ernährungsfragen kreisenden, faulen Jünger auf den Dinkelkeks gingen.

So führt Holbein sehr abwechslungsreich und eher führerlos durch persönliche Geschichten aus der blutigen Blutsverwandtschaft, macht Ausflüge zu sprachgewaltigen Beschreibungen von vorläufigen Forellenrettungen und vergisst auch die Problematik des Hühner-KZ-Vergleiches nicht. Er nimmt die paradiesischen Zustände in den Heftchen der Zeugen Jehovas aufs Korn und sät Zweifel an der Glaubwürdigkeit der überschwänglichen Küsse, mit denen ein zurückge- oder bekehrter Philosoph einen Droschkengaul beehrt. Statt mit Speck rundet er mit Witz ab, löscht mit nicht für voll nehmbarem Bierernst und als Beilage rutschen lateinische Wortbröckchen in das Kunterbunt kürzerer und längerer Texte (die trotzdem sehr gut verständlich-verdaulich sind).

Von Anfang bis Ende des Büchleins kann geschmunzelt werden, wenn nicht gar wie am Spieß vor Lachen geweint – in den Austausch über Fleischabstinenz von G.B. Shaw und Wolf Biermann mischt sich, während im Hintergrund das Kuttelgeschwätz von Wolfram Siebeck rauscht, die bitterernste Frage, warum denn die europäische Philosophie die Tiere aus der Ethik so säuberlich heraushält wie eine Hausfrau den Hund aus der geschniegelten Stube.

Es lohnt sich, dieses Buch zu lesen – es ist eine gelungene Mischung aus Humor und Nachdenklichkeit.

Für Veganer*innen, Vegetarier*innen und Omnivore geeignet.

176 Seiten, illustriertes Taschenbuch, 8 Euro.

Aufenthaltsverbote rechtswidrig

– Gegner_innen der Rothkötter-Schlachtfabrik dürfen wieder nach Wietze

ccc Nach einem dreimonatigen Eilklageverfahren gegen ein Aufenthaltsverbot rund um die Schlachtfabrik in Wietze (Landkreis Celle) wurde den fünf Umwelt- und Tierbefreiungsaktivist_innen Recht gegeben. Das Verwaltungsgericht Lüneburg erklärte das Vorgehen der Gemeinde Wietze und der Polizei Celle für rechtswidrig.

Wenige Tage vor der Großdemonstration “Wir haben Agrarindustrie satt”, während der am 31. August die Rothkötter-Schlachtfabrik im niedersächischen Wietze (Landkreis Celle) mit Menschenketten eingekreist wurde, wurden die halbjährigen Aufenthaltsverbote erteilt. Zudem wurde ihnen ausdrücklich untersagt, an der Großdemonstration teilzunehmen.

Das nun aufgehobene Aufenthaltsverbot hat es in sich: Bereits am 3. Juni saßen Vertreter_innen der Gemeinde Wietze, des Landkreises Celle, der Polizeiinspektion Celle und der Firma Celler Land Frischgeflügel zusammen, um unter anderem darüber zu sprechen, wie diejenigen von der Demonstration ausgeschlossen werden können, die sie als “die Extremisten unter den Aktivisten” sehen [1]. Unverhohlen wurde sogleich die PI Celle damit beauftragt, Gefahrenprognosen zu erstellen, die für ein Aufenthaltsverbot reichen würden.

Das Verwaltungsgericht Lüneburg (Aktenzeichen: 6 B 40/13) erklärte das Aufenthaltsverbot nun für sowohl formell als auch “materiell” (inhaltlich) rechtswidrig. Formell rechtswidrig, weil es vermeintlich um die Verhinderung von Straftaten ging, und somit die Polizei zuständig gewesen wäre. Materiell rechtswidrig zum einen, weil in das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit aus Artikel 8 GG nur auf Grundlage des Versammlungsgesetzes und nicht, wie hier, auf Grundlage des Polizeigesetzes eingegriffen werden darf; und zum anderen, weil das Verbot – selbst, wenn es an sich rechtmäßig gewesen wäre – viel zu lange gegolten hätte. Philipp, der nun wieder nach Wietze darf, meint:

"Für mich war die ganze Zeit klar, dass das, was die Gemeinde Wietze da gemacht hat, nicht dem geltenden Recht entspricht. Und von der Polizei sind wir gewaltvolles Handeln ja schon von vielen Demonstrationen und Aktionen gewohnt."

Bezüglich der Einschätzung zur Motivation hinter der Repression ergänzt sein Mitstreiter Karl-Caspar:

"An dem Beispiel unseres Aufenthaltsverbotes lässt sich deutlich erkennen, zu welchen - wenn's sein muss, eben auch illegalen - Mitteln Behörden zu greifen bereit sind, wenn es darum geht, die Profitinteressen eines Konzerns und damit auch ihre eigenen, zumindest potenziellen Steuerquellen zu schützen. Unsere Interessen, zu demonstrieren und sich frei zu bewegen, gelten dagegen nichts. Ganz zu schweigen von denen der betroffenen Hühner."

Die ebenfalls Betroffenen Aktivist_innen Isabell und Andre schauen nach vorne:

Heute Abend ab 18 Uhr werden manche von uns an der Mahnwache der Wietzer Bürger_innen-Initiative am Schlachthof-Kreisel teilnehmen. Wir würden uns freuen, mit Interessierten ins Gespräch zu kommen; sei es über erfahrene Repressionen oder Möglichkeiten des gemeinsamen Widerstands.

[1] siehe Vermerk der Gemeinde Wietze vom 3.6.2013 und Vermerk des LK Celle vom 5.6.2013
Dazu der Wietzer Bürgermeister Wolfgang Klußmann gegenüber der Celleschen Zeitung: „Es gibt ganz klare Erkenntnisse über die Absichten dieser Demonstranten. Es ist nicht hinnehmbar, dass wir uns von ihnen ein Stück weit vorführen lassen müssen, ich kann die Einschätzung des Gerichts nicht nach vollziehen, das ist enttäuschend. Wir müssen davon ausgehen, dass es auch in Zukunft solche Aktionen geben wird“

Stellungnahme zum Prozess gegen Wiesenhofgegner in Straubing

Mastanlagen Widerstand/ Durch Aktivist_innen des Bündnisses Mastanlagen Widerstand wurde im März diesen Jahres der Wiesenhofschlachthof in Bogen bei Straubing erfolgreich durch Ankett- und Kletteraktionen blockiert. Daraufhin wurden vier Beteiligten Straftaten und Ordnungswidrigkeiten vorgeworfen, die am 24.10.2013 in Amtsgericht Straubing verhandelt wurden. Nachdem die Art der Prozessführung bei einigen Unterstützer_innen von Mastanlagen Widerstand für viel Verwirrung und teilweise Unverständnis gesorgt haben, möchten wir mit diesem Text verdeutlichen, welche Überlegungen dahinter gestanden haben und wie der Prozess aus unserer Sicht abgelaufen ist.

Die Besetzung des Schlachthofs hatte ein ganz klares Ziel: mit ihr sollte darauf aufmerksam gemacht werden, dass an diesem Ort Tag für Tag Lebewesen getötet werden und die Kapazität dieser Tötungsmaschinerie zukünftig weiter ausgeweitet werden soll. Es sollte auch gezeigt werden, dass es einen Zusammenschluss von Menschen gibt, die der Ausweitung der Tiernutzungsindustrie nicht zuschaut, sondern gegen sie aktiv wird

Bei dem Prozess teilten die Angeklagten das Anliegen, diese Hintergründe zu thematisieren und in Frage zu stellen, warum die Aktivist_innen angeklagt werden, während das System Wiesenhof mit seiner alltäglichen Gewalt gegen Tiere, der Ausbeutung der Arbeiter_innen und der Zerstörung der Umwelt und Gefährdung der allgemeinen Gesundheit durch staatliche Instanzen geschützt wird. Und dies alles trotz und durch geltende Gesetze, die sich unter anderem Tierschutz- und Umweltschutzgesetz nennen.

Von einigen Aktivist_innen wird daher grundsätzlich bezweifelt, ob Gesetze und Justiz dazu dienen, den Tatsachen auf den Grund zu gehen oder gar Handlungen im Sinne von Gerechtigkeit und Solidarität zu bewirken. Immer wieder machen Aktivist_innen die Erfahrung, dass sie bereits vor dem Prozess vorverurteilt werden. Eine politische Motivation hinter Aktionen führt häufig zudem zu empfindlicheren Strafen.

Sämtliche Strafanzeigen angefangen von Subventionsbetrug über Tierquälerei, Hygieneverstöße u.v.m. werden nach und nach eingestellt, zu Zeitpunkten, an denen diese Skandale bzw. Zustände nicht mehr im Blick der Öffentlichkeit stehen.[1]

Hierbei offenbart sich der Charakter des Bürgerlichen Rechtsstaates. Es geht darin nicht um die Durchsetzung und Wahrung der Bedürfnisse von Individuen und damit um Reglen für respektvolles Handeln. Nein, es geht dabei um um die Wahrung von Verhältnissen von in denen z.B. den Besitzer_innen von Schlachtfabriken das Recht auf Vermehrung von Kapital zugestanden wird. Dass dies durch die Ausbeutung von Menschen, durch die Ausbeutung und Tötung von Tieren und durch die Zerstörung Natur erreicht wird, spielt dabei keine Rolle.

Das ist einer der Gründe, warum einige Aktivist_innen, Vertreter_innen der Justiz nicht mit Respekt begegnen und z.B. das Aufstehen verweigern, wenn der Richter den Raum betritt. Außerdem kann diese Haltung auch dazu führen, dass Angeklagte entweder keinerlei Aussagen machen oder es vorziehen, sich selbst zu verteidigen.

Die Strafprozessordnung bietet viel mehr Handlungsspielraum für Angeklagte, als vielen bewusst ist. Viele wissen zwar, dass Angeklagte ohne Anwält_innen das Recht haben, die Akte zu sehen und Kopien davon zu machen. Nicht so bekannt ist beispielsweise, dass auch Zeug_innen geladen werden können und dass auch Anträge aller Art vorgetragen werden dürfen. Unter besonderen Schutz stehen hier Befangenheitsanträge, die von Angeklagten vorgetragen werden können, wenn sie subjektiv empfinden, dass der Richter oder die Richterin ihnen gegenüber voreingenommen ist.

Diese Art der selbstbestimmteren Prozessführung passt nicht in die sonst in Gerichten durchgeführte 15-Minuten Taktung von Verhandlungen.

So schien auch der Richter Huber im Prozess um Bogen sofort stark aufgebracht zu sein, als zu Beginn des Prozesses ein ausführlich begründeter Antrag vorgelesen wurde, dessen Inhalt auf die mögliche Befangenheit des Richters abzielte und darüber hinaus viele inhaltliche Aspekte zu dem Wiesenhofschlachthof in den Prozess trug.

Während der Richter bereits mehrmals den gesamten Saal mit hartem Tonfall beschallt hatte, wurden weitere kritischen Beobachter_innen und Unterstützer_innen immer noch durch die Polizeipräsenz vor Gericht und übertriebene Einlasskontrollen am Eingang aufgehalten. Vielen wurde der Einlass zum Gerichtsgebäude gar nicht gewährt, obwohl sichtlich noch vereinzelte Plätze im Gerichtssaal frei geblieben waren.

Die Angeklagten im Gerichtssaal, die sich im Prozess erfolgreich dagegen wehrten, im Fließbandprinzip abgeurteilt zu werden, erklärten den Richter für befangen. Sie beantragten seinen Austausch, weil er ihre Wahlverteidiger_innen ablehnte und ihnen das Beschwerderecht gegen diesen Beschluss verwehrte. Dieser Antrag wurde ignoriert und die Angeklagten nach mehrfachen polizeilichen Übergriffen (aus denen sie Blessuren und Hämatome davon trugen) von entscheidenden Teilen des Prozesses ausgeschlossen und sogar in Zelle gebracht. Ähnlich erging es einem der beantragten und abgelehnten Wahlverteidiger_innen der Angeklagten. Dieser wurde ohne Begründung ebenfalls für mehrere Stunden in eine Zelle gesperrt. Ein Strafantrag wegen Freiheitsberaubung wurde von Seiten dieses Verteidigers eingereicht.

Der Gerichtssaal wurde ebenfalls gewaltsam geräumt und allen Zuschauer_innen wurde angedroht, inhaftiert zu werden. Anschließend wurde allen

Prozessbeobachter_innen, auch denen die bei den Verfahren noch nicht anwesend waren der Zutritt in das Gerichtsgebäude verwehrt. Eine Störung der Verhandlung durch ihre Anwesenheit konnte ihren Ausschluss und die Bäugung des Grundsatzes der Öffentlichkeit bei Strafverfahren nicht rechtfertigen. Lediglich Vertreter_innen der Presse wurde es gestattet das Geschehen zu verfolgen.

Vielleicht hatte Richter Huber nur einen schlechten Tag, vielleicht war er in seiner Aufgabe die bestehenden Ausbeutungsverhältnisse aufrecht zuhalten und Konzerne wie Wiesenhof zu schützen übereifrig, vielleicht war er auch schlicht und ergreifend überfordert damit das Angeklagte die minimalen Rechte, die ihnen die Strafprozessordnung einräumt, einforderten und durchzusetzen versuchten.

Für Aktivist_innen des Aktionsbündnisses gilt festzuhalten, dass der Justiz- und Polizeiapparat dem Richter schützend zur Seite standen und es damit für das einzelne Individuum schwer möglich ist, zu überprüfen in welchem Rahmen sich ihre Handlungen bewegten. Befehl ist schließlich Befehl.

Das Problem hierbei ist nicht ein einzelner Mensch, wie Richter Huber, sondern, die Struktur der Herrschaftsverhältnisses, in dem einzelne Menschen über das Schicksal von anderen entscheiden können. Viele Studien belegen, dass es innerhalb autoritärer Strukturen nicht zu weniger, sondern zu mehr Gewalt ...kommt. (http://www.projektwerkstatt.de/antirepression/justiz/strafe.html#buch)

Die Angeklagten im Vergleich zu anderen Polizeiübergriffen in der Bundesrepublik wohl glimpflich davon gekommen, da ihre Körper wahrscheinlich keine sichtbar bleibende Schäden davontragen werden. Die Gewalt, die Demütigung und der Entzug ihrer Bewegungsfreiheit die sie erfahren mussten, werden ihre Spuren hinterlassen.

Und das Urteil in diesem Prozess? 15 Tagessätzen für alle Angeklagten, trotz deutlich unterschiedlicher Vorwürfe. Die gewählte Höhe der Tagessätzen legt die Vermutung nahe, dass mit diesem Urteil weitere Rechtsschritte wie Revision oder Berufung erschwert bzw. verhindert werden sollen.

Was die Aussage haben könnte: Bitte nicht noch ein Prozess, wo Angeklagten ihre Rechte kennen und sich zum Ziel gesetzt haben, ihre Möglichkeiten im Prozess auszuschöpfen.

Zudem legte die Staatsanwaltschaft inzwischen Berufung ein und versperrte den Angeklagten somit vollends die Möglichkeit das Strafverfahren in Form einer Revision von einem höheren Gericht auf Rechtsfehler überprüfen zu lassen. Somit bleibt den Angeklagten lediglich die Möglichkeit sich der Berufung der anzuschließen und somit das Urteil, aber nicht den Ablauf des Verfahrens anzufechten.



Demo vorm Straubinger Amtsgericht

Dem Prozess folgte eine kaum zu überbietende Verdrehung von Gewaltverhältnissen durch die Presse.

So schrieb z.B. regio-aktuell24 am 25.10.2013:

„Vorsitzender Richter Lienhart Huber zitierte zum Schluss den Grünen Politiker Joschka Fischer, der einmal erklärt hatte, dass er in einem Erkenntnisprozess zur Abkehr von der radikalen Politik gekommen sei und eingestand, Unrecht getan zu haben. Wenn die Angeklagten noch im Sitzungssaal gewesen wären, hätte er ihnen ins Buch geschrieben: „Schauen Sie, wenn sie sich von der Gewalt abwenden, dann haben sie durchaus die Chance sogar Außenminister zu werden." Zur nächtlichen Farbbeutelaktion fügte Huber hinzu: „Meinem Sohn sage ich, nur Narrenhände beschmieren Tisch und Wände!" (www.regio-aktuell24.de/angeklagter-tierschutzaktivist-zum-richter-halt-doch-du-den-mund-73587/)

Richter Lienhart Huber, dessen Ideologie durch die Hilfe von regio-aktuell24 Verbreitung findet, will damit sagen: Gewaltvoll sind Menschen, die den Ablauf von Fabriken stören, in denen Tiere ermordet und Menschen ausgebeutet werden. Außerdem üben Menschen Gewalt aus, wenn sie den Richter, der sie bereits vorverurteilt hat, für voreingenommen erklären und wenn sie beanstanden, dass sie auf Befehl des Richters Verletzungen von Polizist_innen erfahren haben.

Demgegenüber stehen nach Deutung das obigen Zitats von Richter Huber friedliche Schlachtfabriken, friedliche Gerichte, friedliche Polizist_innen, friedliche Zellen und Joschka Fischer ein Politiker, der sich von der Gewalt abwendete, indem er Außenminister wurde und in dieser Funktion Kriege anzettelt.

Bleibt zu hoffen, dass sich angesichts dieser Worte noch viele Narren organisieren und zu vielen Taten schreiten.

Nachdem lange im Aktionsbündnis MASTANLAGEN WIDERSTAND über den Prozess diskutiert wurde, gab es unterschiedliche Sichtweisen und Perspektiven darauf.

Einig sind wir uns alle in der Frage, dass unsere Solidarität denen gilt, die sich gegen bestehende Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse stellen und, dass wir unsere große Anerkennung an die Angeklagten aussprechen möchten, für ihren Widerstand auch während des Prozesses.

Gleichzeitig möchten wir alle, die den Prozess kritisch sehen bzw. denen die Herangehensweise der beteiligten Aktivist_innen unklar ist, ganz herzlich einladen, gemeinsam darüber zu diskutieren und Ideen dazu auszutauschen.

[1]http://de.wikipedia.org/wiki/PHW-Gruppe[https://3c.gmx.net/mail/client/dereferrer?redirectUrl=http%3A%2F%2Fde.wikipedia.org%2Fwiki%2FPHW-Gruppe]

Genehmigungsverfahren verzögern und stören – Mastanlagen verhindern!

Aber Wie?

Mastanlagen Widerstand

1. Du willst rausfinden, ob in deinem Landkreis eine neue Tierfabrik in Planung/im Bau ist? Dann: Stell eine erste Anfrage ans das betreffende Landratsamt (LRA) entweder per Mail oder telefonisch und berufe dich auf das Umweltinformationsgesetz (UIG).

2. Du hast nach 4 Wochen noch keine Antwort, oder das Landratsamt verlangt Kosten für die Antwort? Dann: Reiche eine Beschwerde gegen den jeweiligen Sachbearbeiter ein, denn so kommt er nicht umher die Anfrage zu bearbeiten.

3. Du hast eine "positive" Antwort bekommen. Es befindet sich eine Mastanlage im Genehmigungsverfahren. Du willst nun mehr dazu herausfinden? Dann: Kontaktiere den zuständigen Sachbearbeiter im LRA und frage ihn nach dem Namen des Bauherren, dem Ort des Bauplatzes und ganz wichtig nach dem Stand des Genehmigungsverfahrens. Es ist möglich, dass das Landratsamt sich auf Datenschutz bezieht und wenige Infos preis gibt.

4. Beantrage nun Akteneinsicht schriftlich nach dem UIG. Oft wird behauptet, dass für die Akteneinsicht Kosten erhoben werden müssen. Lass dich davon nicht abschrecken, laut §12 ist die Akteneinsicht vor Ort kostenfrei. Lediglich die Zusendung der Akte kann in Rechnung gestellt werden, das Abfotografieren nicht. Wenn du direkt von der Anlage betroffen bist (z.B.Anwohner_in oder andere Betroffenheit), kannst du auch eine begründete Akteneinsicht (in Bayern) nach dem Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetz Artikel 29 schriftlich beantragen. Wenn die Akteneinsicht verweigert wird, oder keine Reaktion des Landratsamts erfolgt, reiche wie oben beschrieben eine Beschwerde ein und kontaktiere betroffene Personen vor Ort oder die Ortsgruppe des Bund Naturschutzes und versuche es erneut mit deren Unterstützung.

5. Die Akteneinsicht wurde gewährt. Was nun? Vereinbare mit dem/der zuständigen Sachbearbeiter_in einen Termin. Packe am Besten eine weitere Person und auf jeden Fall eine Fotokamera ein und sicherheitshalber deinen Personalausweis ein. Fotografiere die Akten leserlich. Lies nun den Antrag durch und notiere Wichtiges. Du kannst dich an den folgenden Punkten orientieren: Wie weit ist die Entfernung zur nächsten Siedlung? Sind FFH-Gebiet, Wälder, Gewässer, Biotope, geschützte Lebensräume usw. in der Nähe? Gibt es bereits ein Immissionsgutachten und von wem ist es? Gibt es bereits ein Keimschutz-Gutachten? Ist eine Biogasanlage an den Stall angegliedert? Enthält der Antrag ein Brandschutzkonzept? Sind Vorbelastungen aus anderen Tierfabriken berücksichtigt? Gibt es sonstige Auffälligkeiten (Schulen, Kindergarten etc. in der Nähe) Notiere außerdem alle wichtigen Daten: Bauplatz, Name und Adresse des Bauherren, Adressen der beteiligten Firmen (Baufirmen, Gutachter, Ingenieurbüros....)

Welche Kontakte sind sinnvoll, um weiter gegen die Anlage vorzugehen?

1) Bund Naturschutz

Kontaktiere entweder den Vorsitzenden des Landesverbands oder die ansässige Ortsgruppe.Informiere sie über das Bauvorhaben. Unterbreite ihnen, dass sie für die Verhinderung der Anlage wichtig sind, da sie gegen die Tierfabriken klageberechtigt sind. Vereinbare mit ihnen, dass sie eine Einwendung schreiben, falls der Einwendungszeitraum noch nicht vorbei ist. Falls sie zeitlich überlastet sind, formuliere eine unter welche sie ihren Namen setzen können. Um nach einer Genehmigung rechtlich gegen die Anlage vorzugehen muss die Einwendung die wichtigsten Punkte enthalten, die auch bei der Klage entscheidend sind. Kontaktiere deswegen in Absprache mit des Naturschutzvereins den unabhängigen Gutachter Haverkamp (Knut haverkamp: KnutHaverkamp@web.de 05341 33618)und sende ihm Kopien der Akteneinsicht, damit dieser ein (Gegen-)Gutachten erstellen kann. Sollte es zeitlich nicht klappen schon ein (Gegen-)Gutachten mit einzureichen, merkt in der Einwendung des Naturschutzvereins, dass er solch ein Gutachten nachreichen wird. Bespreche mit dem Naturschutzverein Finanzierungsmöglichkeiten des Gutachtens und einer möglichen Klage (mögliche Unterstützer_innen: betroffene Anwohner_innen, ansässige Vereine, wie Tierschutzvereine, Vogelschutzverein, Grüne Stadträte/Stadträtinnen...) Motiviere den Naturschutzverein eine Pressemitteilung zu dem geplanten Bau an die lokale Presse zu geben und bespreche mit ihm möglich öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und Aktionen (Infostände, Demonstrationen, Podiumsdiskussionen, Informationsabende) Kläre ihre Bereitschaft ab, eine Bürgerinitiative oder ein Aktionsbündnis vor Ort zu gründen oder zu unterstützen.

2) Anwohner_innen

Nimm Kontakt zu den Anwohnern Innen auf. Kläre sie über das Vorhaben auf (falls sie noch nicht darüber in Kenntnis sind), finde heraus, wie sie zu diesem stehen. Finde heraus welche Stellung der Investor in der Gemeinde bzw. dem Ort hat. Kläre sie über gesundheitliche Risiken, Geruch, Lärm, Straßenlärm wegen zunehmenden LKW Verkehrs und über ihre Klageberechtigung als Baugrundnachbarn auf. Gibt es bereits GegnerInnen gegenüber der Anlage? Dann trete mit ihnen in Kontakt, Biete ihnen Unterstützung/Hilfe an und erkundige dich, ob Interesse besteht eine Bügerinitiative zu gründen. Organisiert einen Vortrag in der Ortskneipe, dem Dorfheim oder sonst einer bekannten Örtlichkeit.

3) Tierschutzvereine und Tierrechtsgruppen aus der Region
Informiere Tierschutzvereine und Tierheime über die Situation. Bitte sie sich solidarisch zu zeigen. Bitte sie eine Einwendung zu schreiben oder eine vorgefertigte Mustereinwendung zu unterschreiben. Bezieh sie in das Vorgehen gegen die Anlagen ein.

4) Stadtrat/Gemeinderat
Finde heraus, ob das Einvernehmen bereits verweigert wurde. Es ist wichtig mit den einzelnen Ratsmitgliedern das Gespräch über ihre Position,Beschwerden, Argumente zu suchen, da sie zu allen Belangen und Aspekten dieser Bauanträge Stellung nehmen dürfen und sollten. Kläre sie darüber auf, dass sie die Möglichkeit haben den Flächennutzungsplan zu Ungunsten des Investors zu verändern. Besuche die öffentlichen Stadtratssitzung zu dem Bauvorhaben.

5) Presse
Finde heraus wer für das Ressort Umwelt verantwortlich ist. Händige ihnen interessante Daten rund um das Bauvorhaben aus. Kläre sie über die Situation auf und motiviere sie dazu einen Artikel darüber zu schreiben, um das öffentliche Interesse zu steigern. Verweise sie an Netzwerke wie ABL Bayern und widerständige Gruppen, wie MASTANLAGEN WIDERSTAND.

7. Einwendungen
Die Einwendung sollte unbedingt innerhalb der gesetzten Frist schriftlich adressiert an den Sachbearbeiter des Landratsamtes geschickt werden – unabhängig von dem Wohnort ist jede und jeder berechtigt eine formlose Einwendung einzureichen. Wichtig ist, dass die Klageberechtigten (betroffene Bürger_innen und Naturschutzverbände) mögliche spätere Klagepunkte auch schon in der Einwendung einbringen und diese beim späteren Erörterungstermin detailliert belegen (evtl. anhand einen Gegengutachten zur Immissionsprognose). Versucht so viele Menschen wie möglich zu mobilisieren, Einwendungen zu schreiben bzw. zu unterschreiben, denn nur diejenigen dürfen am Erörterungstermin teilnehmen. Außerdem muss das Landratsamt alle Einwendungen bearbeiten, was zu langen Verzögerungen im Genehmigungsverfahren führt und auch schon des Öfteren geführt hat.

8. Erörterungstermin
Hier werden alle Einwendungen "erörtert", d.h. Einwender_innen haben die Möglichkeit sich nochmal zu ihren schriftlichen Bedenken zu äußern und Fragen zum Bauantrag zu stellen. Bereitet euch gut darauf vor und besteht darauf, dass ein Protokoll geführt wird. Wenn du dich unsicher fühlst oder nicht an dem Termin teilnehmen willst bzw. kannst, bevollmächtigt eine Person, die dich dort vertritt. Informiert Vertreter_innen der Umweltverbände und der Presse und bittet sie zu kommen. Bereitet Anträge und Dienstaufsichtsbeschwerden vor. Bringt eure Bedenken und eure Ablehnung des Bauvorhabens klar zum Ausdruck. Organisiert eine Demonstrationen oder einen Infostand vor dem Gebäude, um weitere Menschen darüber zu informieren.

9. Klage
Genehmigt die Behörde trotzdem den Bauantrag bleibt noch die Klage.



Wichtig dabei ist, dass die Widerspruchsfrist von 4 Wochen eingehalten wird. Deswegen ist es gut schon vorher mit den Klageberechtigten zu sprechen und deren Klagebereitschaft abzuklären. Gut ist es auch schon rechtzeitig mit möglichen Fachanwält_innen für Verwaltungsrecht in Kontakt zu treten (umweltanwälte.de) und sich über Finanzierungsmöglichkeiten Gedanken zu machen. Mobilisiert möglichst viele Menschen und die Presse, um eine kritische Öffentlichkeit während das Verhandlung zu haben. Es ist unglaublich wertvoll bereits zum Zeitpunkt der Bauanfrage (Phase vor der Bauantragsstellung) von solch einem Vorhaben zu erfahren. Der Investor hat zu diesem Zeitpunkt nämlich noch kein Geld investiert. Viele Anlagen wurden bereits dadurch verhindert, dass man mit den Planenden rechtzeitig redet, bevor sie sich endgültig festgelegt hatten und schon viel Geld für Gutachten und Vorbereitung ausgegeben hatten. Dazu sollte man permanent Kontakt zu Kommunalpolitiker_innen halten und auch das Gespräch zum Investor suchen. Man sollte ihn zu seinem Projekt befragen (Förderung, Filter, Gülle- und Kotausbringung, Biogaspläne, weitere Stallplanungen), seinem Betrieb (wirtschaftliche Flächen, vorhandene Ställe), seinen Motiven und Begründungen, Teilhaber, Geldgeber, Zulieferer. kleiner Hinweis: wenn Investoren am Telefon mit einem Studenten sprechen, der diese Information für eine Studie braucht, sind sie meistens kontaktfreudiger;)

Meistens erfährt man von so einem Vorhaben jedoch wenn es sich schon im Genehmigungsverfahren befindet. Lasst euch davon nicht entmutigen, egal zu welchem Zeitpunkt man anfängt Widerstand zu initiieren, gemeinsam für eine Sache einzustehen, zögert man das Verfahren hinaus und rettet somit Leben. Außerdem erreicht man Menschen, die daraus Hoffnung und Motivation schöpfen gegen Mastanlagen vorzugehen. Der Widerstand gegen solche Fabriken ist mittlerweile so groß, dass es bereits Gruppierungen gibt, die schon viel Erfahrung haben. Hierzu gehören MASTANLAGEN WIDERSTAND, AbL (Arbeitskreis bäuerliche Landwirtschaft), und auch der Bund Naturschutz. Hol dir bei ihnen Unterstützung und nötige Informationen! Im gemeinsamen Austausch können wir uns effizienter der Tierausbeutungsindustrie in den Weg stellen.

Von daher freuen wir uns, wenn ihr im Protest gegen einzelne Tierfabriken mit uns in Kontakt tretet (mastanlagenwiderstand@riseup.net) und wir uns gegenseitig mit Informationen, Kontakten und auch aktiver Hilfe unterstützen können. Nützliche Infos sowie Musteranträge, Klagen und Beschwerden findet ihr unter: mastanlagenwiderstand.blogsport.de

Wenn du Kontakte für Workshops und Vorträge suchst oder interessante Informationen über Schlachtfabriken oder Mastanlagen hast wende dich doch an Mastanlagen Widerstand oder die Wietze/n-Kampagne (aif@riseup.net), die in Niedersachsen gegen Schlachtfabriken vorgeht.

Schlachtfabrikverteidigung mit allen Mitteln

Polizei versucht, Informanten in der Tierbefreiungsszene anzuwerben

bor Wietze. Sicherheitsbehörden haben offenbar versucht, Informanten in der niedersächsischen Tierbefreiungsszene anzuwerben. Wie kürzlich bekannt wurde, bekam ein Gegner der Rothkötter-Schlachtfabrik in Wietze (Celle) im September Besuch von zwei Polizeibeamten: In zwei Wohngemeinschaften in Celle und Salzwedel sollte Alex M. sich einschleusen, Kontakte knüpfen und so viele Informationen wie möglich an die Polizei weiterleiten. Vor allem am Widerstand gegen die umstrittene Schlachtfabrik waren die Ordnungshüter interessiert. Für seine Dienste versprachen sie Alex M. eine entsprechende Entlohnung.

„Dieses Vorgehen der Polizei ist empörend“, sagt Janina K., die seit Jahren in der Tierbefreiungsbewegung aktiv ist. „Im Juni setzen sich Vertreter der Polizei, der Gemeinde Wietze und der Firma Rothkötter an einen Tisch, um Menschen aus der ‚radikalen Szene´ von der Großdemo auszuschließen. Daraufhin wird ein rechtswidriges Aufenthaltsverbot gegen fünf Aktivist_innen erlassen und nun soll der Widerstand durch den Spitzelversuch gebrochen werden“, so Janina K. weiter.

Die Aktivist_innen sehen darin den Versuch die Bewegung in zwei Lager zu spalten, Blockaden zu verhindern und Misstrauen unter den Aktiven zu säen. Seit 2010 hatte es gegen die Schlachtfabrik im Rahmen einer Kampagne zahlreiche Aktionen gegeben.



„Für mich zeigt dieser Vorgang vor allem, dass Blockaden, Camps und kleinere Aktionen den Betrieb der Schlachtfabrik wirklich stören. Das ist das Positive, was ich aus dem Vorgehen der Polizei ziehen kann, und das motiviert hoffentlich nicht nur mich.“ kommentiert Stefan J.

Anfang des Monats meldete sich die Polizei erneut bei Alex M. Ob er es sich überlegt habe, wollten die Beamten wissen. Der Schlachtfabrikgegner lehnte die Kooperation ab und entschloss sich stattdessen, den Anwerbungsversuch öffentlich zu machen. „Der Protest ist vielfältig, lässt sich nicht spalten und nicht gegeneinander ausspielen!“ freut sich Janina K. über die Absage.

„Antispeziesismus. Die Befreiung von Mensch und Tier in der Tierrechtsbewegung und der Linken" – Rezension

lar' Mit seinem Buch „Antispeziesismus. Die Befreiung von Mensch und Tier in der Tierrechtsbewegung und der Linken" aus der Reihe theorie.org betritt Matthias Rude absolutes Neuland der deutschsprachigen Literatur. Er zeigt klar auf, dass die Idee der Befreiung von nichtmenschlichen Tieren nicht 1970 mit der ursprüngichen Definition des Speziesismus vom Himmel gefallen ist, sondern sich entwickelt hat.

Er rollt beginnend in der Antike die Historie auf und zeigt nicht nur erstaunliche Funde vegetarischer Ansätze, sondern auch eine Verknüpfung mit linkspolitischem Gedankengut. Während etwa Pythagoreer neben religiösen Gründen auch die physiologische Verwandtschaft zum Menschen anführten, um ihre Abneigung gegen die Ausnutzung von Tieren zu erklären (S.23), tut sich mit der Aneignung der Gemeingüter zum Privatbesitz, ein neues Kapitel der Ausbeutung sowohl des Menschen als auch des nichtmenschlichen Tieres auf.

Die enteigneten Bäuer_innen hatten nun nichts mehr als ihre Arbeitskraft und das nichtmenschliche Tier wurde als Produktionsmittel und sogenanntes Arbeitstier entdeckt (S.28f). Systemkritik dient als Bindeglied zwischen Vegetarismus und Arbeiter_innenklasse. „Fleisch als Klassendimension" (S.33) ist hier das Stichwort. So galt die Kritik an Jagd und Fleischverzehr, welche dem privilegierten Adel vorbehalten waren, explizit dieser Hierarchie (S.33). Rude zeigt deutlich auf, wie verknüpft linke Positionen, linke Gesellschaftskritik mit dem Befreiungsgedanken (oder zumindest dessen Ansätzen) von nichtmenschlichen Tieren ist.

Neben einem guten Überblick der Revolutionsgeschichte(n), welcher hier nur angeschnitten wurde, hat Rudes Werk auch interessante, nicht geläufige Funde zu bieten. In Zeiten der Pariser Kommunen steht für Louise Michel, die rote Wölfin genannt, nicht nur die Ausbeutung der Arbeiter_innen und der nichtmenschlichen Tiere, sondern auch die Unterdrückung der Frau im Zusammenhang. So schreibt die zeitweilige Vegetarierin etwa: „Was die Reichen betrifft, so hatte ich für sie wenig Achtung; und da kam mir der Kommunismus in den Sinn. Die harte Feldarbeit sah ich so, wie sie ist: sie beugt den Menschen wie den Ochsen über die Furchen; das Schlachthaus steht für das Tier bereit, wenn es verbraucht ist; der Bettelsack für den Menschen, wenn er nicht mehr arbeiten kann", sowie „Die Engländer züchten Tierrassen für das Schlachthaus; die zivilisierten Menschen bereiten den jungen Mädchen das Schicksal vor, betrogen zu werden, um es ihnen dann als Verbrechen anzurechnen und dem Verführer fast als Ehre. Welch ein Skandal, wenn sich Eigensinnige in der Herde befinden! Wo kämen wir denn da hin, wenn sich die Lämmer nicht mehr schlachten lassen wollten? [...]" (S. 57).



Neben der Begründung der deutschen wissenschaftlich motiviert vegetarischen Bewegung und der Lebensreformbewegung, sowie der Arbeiter_innenbewegung geht Rude gegen Ende des Buches auch auf die aktuelle Tierbefreiungsbewegung ein. Er zeigt zunächst Überschneidungen zur Friedensbewegung und feministischen Bewegung auf, die beispielsweise auch als Inspirationsquelle für Grundsätze für Aktionen, wie etwa der Zerstörung von Eigentum ohne Personenverletzung, dienten (S. 96f). Aber auch Werke der Frankfurter Schule und die neue Linke dürfen hierbei nicht fehlen, die Herrschafts- und Konsumkritik einbrachten.

Anhand der geschichtlichen Rückverfolgung der jetzigen Gruppe „Assoziation Dämmerung" stellt Rude exemplarisch einen Werdegang der modernen Tierbefreiungsbewegung vom autonomen Tierschutz hin zur historisch materialistischen, kapitalismuskritischen Gruppierung dar, den er sich auch für alle anderen Tierrechts-/Tierschutzgruppen wünscht. Rude ruft jedoch nicht nur Tierrechtsgruppen auf, eine fundierte (d.h. marxistische) Systemkritik in ihr Standardrepertoire aufzunehmen, sondern auch linke Gruppen auf ihre Tierfeindlichkeit abzulegen. Eine „wahrhaft befreite Gesellschaft" (S.18) müsse auch Tiere mit einschließen.

Während Grundsatzthemen und Diskussionen innerhalb der Tierbefreiungsszene treffend und kurz beschrieben werden, geht Rude auf Definitionen wie „Antispeziesismus" und die verschiedenen Hintergründe diesbezüglich eher weniger ein. Wer eine Darstellung verschiedener Theoriestränge erwartet, ist mit diesem Buch nicht bedient. Es wird ebenfalls ein Wissen und Verständnis von Begrifflichkeiten wie „bürgerlicher Ideologie" und (im Gegensatz dazu) einer „historisch materialistischen Analyse", oder auch „Herrschaft" vorausgesetzt, welches Einsteiger_innen ein sofortiges Erfassen der Komplexität – trotz Rudes klarer Ausdrucksweise und relativ fremdwortfreiem Stil – erschweren könnte. Schade ist auch, dass obwohl Rude eindeutig eine interdisziplinäre Grundhaltung an den Tag legt, er nicht gegendert schreibt.

Alles in allem würde ich dieses Buch Menschen ans Herz legen, die sich für einen geschichtlichen Abriss des modernen Tierbefreiungsgedankens und frühe (linke) Tierbefreiungs-/ Tierschutzideen interessieren, die in der Geschichtsschreibung vergessen oder abgewertet wurden.

When a gay guy gets nabbed by the Sexual-Orientation-Police

I came out of the closet when I was 18.

I'm GAAAAAAAY!

Should I tell him we already knew?

Nah.

high school friends

And I stayed as out as possible

earring in right ear *

President of college gay group.

* This was a thing in the '90s.

Today I've lost most of the accessories

nail polish left over from Goth phase

But I still hate being taken for straight.

In fact, I was (and am) a GOLD STAR GAY

i.e. a gay man who's never had sex with a woman.

But lately, my credentials have come under question.

Sorry, pal, but technically...

Gimme!

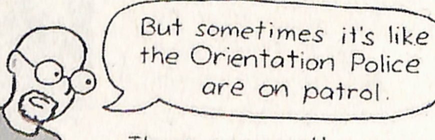
Noooo! It's mine!

Because I've dated transgender guys (Three of my last four relationships have been with transmen) *

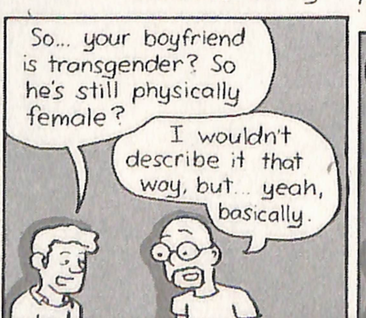
I.. may have a thing for short guys.

* Men who were assigned 'female' at birth, felt that didn't fit, and transitioned to 'male'.





These are mostly clueless straight people:









Bill Roundy about his comic:

This comic is part of the "Anything That Loves" anthology from Northwest Press, along with work from about 30 other excellent cartoonists. I'm just talking about my own experiences here – if you want to read some cool comics by trans men, some of the ones I read are:

Rooster Tails, by Sam Orchard (who's also in the "Anything That Loves" anthology!)
http://www.roostertailscomic.com/

What's Normal Anyway by Morgan Boecher (a great comic about being trans male)
http://whatsnormalanyway.net/

Short comics by Tyler
http://copper-rose.tumblr.com/search/comics

And I liked this short coming-out comic by K Funk
http://kfffunk.tumblr.com/post/33362321334/i-made-a-coming-out-comic-for-facebook-have-a

Link to the comic above:

http://comics.billroundy.com/?p=1116

Offene Räume ohne „Definitionsmacht" und „Schutzraum"?

an In der letzten Ausgabe des grünen blattes erschien der Artikel „Gegenkulturelles Experiment oder weltfremde Verbortheit? Offene Räume" von jb, der sich mit dem emanzipatorischen Anspruch offener Räume beschäftigte.

In dem Absatz „Schutzraum und Definitionsmacht würden aufgegeben" schreibt jb: „Schutzraum und Definitionsmacht sind, jedenfalls in der üblichen, formalisierten Art, Regeln – noch dazu welche, die mit den zentralen Diskursen von Wahrheit und Ausschließung operieren. Der Umgang mit diskriminierenden und übergriffigen Verhaltensweisen bezieht sich zudem meist auf die so handelnden Personen und nicht auf das Verhalten. Ziel ist, die Person fernzuhalten und nicht einen diskriminierungsfreien Raum herzustellen. Letzteres kann sogar als Ziel aus den Augen verloren werden, wenn die „Jagd" auf einzelne Personen ablenkt von dem Bemühen um eine alltägliche Praxis." Hierzu möchte ich eine Gegenvorstellung formulieren: Ich spreche dem von jb formulierten „Konzept der offenen Räume" nicht prinzipiell ihren emanzipatorischen Anspruch ab. Meiner Meinung nach aber kann ein Raum, in dem Betroffene von sexualisierten Übergriffen nicht die Definitionshoheit darüber haben, wann sie übergriffiges Verhalten erlebt haben und sie nicht die Möglichkeit bekommen selber darüber zu entscheiden, in welchem Rahmen sie weiterhin mit dem Täter konfrontiert werden möchten, nicht als offen bezeichnet werden. Das Konzept der Definitionsmacht muss in dem Kontext, in dem es entstanden ist und angewendet wird, betrachtet werden. Nämlich in einer von Sexismus durchdrungenen Gesellschaft, in der in aller Regel die Täter Schutz und Solidarität erfahren und nicht die Betroffenen.

Die Formulierung im obengenannten Absatz widerspricht vollends meinem Verständnis und meinen Erfahrungen mit dem Konzept „Definitionsmacht". Definitionsmacht stellt meiner Meinung nach ein sinnvolles Gegenkonzept zum bestehenden Diskurs zum Umgang mit von sexualisierter Gewalt Betroffenen dar, der hauptsächlich auf den Ausführungen des Strafgesetzbuches aufbaut.

Wer kann besser als die Betroffene beurteilen, was mit ihrem Körper und ihrer Psyche geschehen ist. Desweiteren wird behauptet, die Definitionsmacht „operiere mit dem zentralen Diskursen von (...) Ausschlüssen", hierbei wird ausgeblendet, dass die Definitionsmacht gar nicht den Anspruch hat ein Konzept zum Umgang mit Tätern zu sein, es geht einzig darum, wie für die betroffene Person wieder ein Raum geschaffen werden kann, in dem sie sich aufhalten, bewegen und sich wohlfühlen kann. Der Ausschluss des Täters ist hierbei nur eine Möglichkeit von vielen, damit im Zweifel der Täter gehen muss und nicht (wie üblich) die Betroffene. Auch wenn es keinen hundertprozentig sicheren Raum gibt, so gibt es doch Räume, die sicherer sind als andere. Damit sich das Verhalten der Täter ändert müssen andere Konzepte her, deren Grundlage die Definitionsmacht sein sollte. Dass zu diesen Konzepten leider viel zu wenig gearbeitet wird, würde ich jb vollkommen recht geben, nur würde ich die Verantwortung hierfür nicht bei den Betroffenen sehen und die Schuld nicht bei der Definitionsmacht suchen.



Der folgende Text stellt eine Einführung in das Konzept der Definitionsmacht dar. Er erschien in der Flugschrift „Sexismus in der Linken Szene", die vom „Antisexismus-AK Braunschweig" herausgegeben wurde. Ihr könnt sie gerne herunterladen und verteilen: antisexismusakbs.blogsport.de/material/.

Definitionsmacht und Parteilichkeit!

Von einem emanzipatorischen Umgang mit sexualisierter Gewalt.
Sexualisierte Gewalt gegen Frauen* gehört zum Alltag des Patriarchats. Das Konzept der Definitionsmacht stellt einen emanzipatorischen, selbstermächtigenden Grundsatz des Umgangs mit diesem Zustand dar.

Der Status quo
Betroffene, die über Erlebtes reden wollen, Unterstützung suchen und/oder bestimmte Personen als übergriffig bezeichnen, werden in der gegenwärtigen Normalität mit Fragen und Gegendarstellungen konfrontiert, die deutlich machen: So einfach wird Dir nicht geglaubt, Deine Anschuldigung musst Du erst einmal rechtfertigen, Dir unsere Unterstützung verdienen. Insbesondere vor staatlichen Gerichten, aber auch innerhalb von Familien, in Freundeskreisen und in linken Zusammenhängen ist dieser unwürdige, potentiell retraumatisierende Umgang mit den Überlebenden sexualisierter Gewalt verbreitet. Es wird ein unzureichendes Raster angelegt, um zu testen, ob Gewalt vorgelegen habe: Hat sich die Betroffene gewehrt? Konnte der Täter unzweifelhaft wissen, dass sie nicht wollte, was er tat?

Objektivität?
Ob aber persönliche Grenzen überschritten worden sind, ob eine Gewalterfahrung stattgefunden hat, das

lässt sich nicht anhand vermeintlich objektiver Gesetzestexte oder allgemeingültiger Standards feststellen – diese Frage kann einzig und allein von den Betroffenen selbst beantwortet werden. Denn wie wir Dinge, die uns widerfahren, wahrnehmen, hängt wesentlich von unserer Geschichte, unserer Sozialisation und unseren Vorerfahrungen ab. Grenzüberschreitungen können – erst recht, wenn sie, wie meistens, von Menschen aus dem vertrauten Umfeld ausgehen – unter Umständen erst lange im Nachhinein als Übergriff erkannt und/oder benannt werden. Über Details des Erlebten zu sprechen gezwungen oder gedrängt zu sein, ist häufig mit Scham und sicher mit einem Gefühl der erneuten Ohnmacht verbunden: Erst reißt der Täter die Kontrolle über die Betroffene an sich, in der Folge dann juristische oder Szeneinstanzen, die einen Anspruch auf „die Wahrheit“ anmelden, um festzustellen, ob sie den Beschuldigten bestrafen bzw. ausstoßen wollen. Die Bedürfnisse der Betroffenen bleiben von Anfang bis Ende unberücksichtigt.

Das Gegenkonzept

Statt des oben beschriebenen Umgangs stellen wir uns ein mit der Betroffenen solidarisches, parteiliches Handeln vor. Dem zu Grunde liegt die Definitionsmacht: Weil nur die Betroffene selbst sagen kann, inwieweit ihre Grenzen überschritten wurden, hat sie die Macht, den Vorfall zu definieren: Als Grenzverletzung, als Übergriff, als Vergewaltigung, oder als etwas anderes. Wir denken Definitionsmacht ist darum sehr wichtig, auch wenn sie kein vollkommenes / abgeschlossenes Handlungskonzept darstellt. Betroffene müssen darin unterstützt werden, ihre Bedürfnisse umzusetzen und ihr Erleben sollte nicht infrage gestellt werden!

Ein Missbrauch der Definitionsmacht ist nicht ausgeschlossen, aber a) angesichts des gegenwärtigen Umgangs mit dem Thema, der Tendenz zum Täterschutz und den Abwehrreaktionen der Täter und v.a. anderer Männer* äußerst unwahrscheinlich und b) in den Folgen vermutlich deutlich weniger traumatisierend als ihre Verweigerung. Warum ein Täter hingegen seine Tat abstreiten sollte, ist offensichtlich. Wer auf den möglichen Schwierigkeiten, die Parteilichkeit und Definitionsmacht mit sich bringen, herumreitet, sollte sich dringend vor Augen führen, welche Folgen das Fortbestehen des Status quo für die Betroffenen sexualisierter Gewalt tagtäglich hat.

Vertrauen und Ermächtigung

Zu viele Menschen streben den Mythos einer Neutralität oder Objektivität an, die für die Betroffene ein Vertrauensdefizit bedeutet, gerade wenn sie unbedingtes Vertrauen braucht. Doch Zurückhaltung bei der Unterstützung der Betroffenen, Schweigen und Passivität sind alles, was der Täter braucht, um ungestört weiter Grenzen zu missachten. Um diesen Zustand zu beenden ist die Bereitschaft zum parteilichen Handeln vonnöten! Dabei geht es nicht um Bestrafung des Täters oder Sanktionsautomatismen, sondern um die bedingungslose Unterstützung der Betroffenen in allem, was sie für ihre Selbstermächtigung braucht. Der oft beschworene Ausschluss des Täters aus allen linken Zusammenhängen ist dabei nur ein mögliches Mittel, keine zwangsläufige Folge. Zu einem Umgang mit Tätern, der ihnen eine Veränderung der Denk- und Handlungsmuster, die zur Tat geführt haben, ermöglichen, bietet das Konzept der Transformative Justice hochinteressante Ansätze.

Ticker: Agrogentechnik und ihre Seilschaften
Neues vom Acker (machen)!

jb Gießener FeldbefreierInnen
c/o Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, 06401/903283
saasen@projektwerkstatt.de, www.biotech-seilschaften.de.vu

2013: ein Jahr ohne gv-Pflanzen auf Äckern in Deutschland

2013 war das erste Jahr seit Langem, in welchem keine gv-Pflanzen in Deutschland standen. Als Letztes gab das IPK in Gatersleben bekannt, auf die Aussaat des gv-Winterweizen zu verzichten. Damit blieb das ganze Jahr frei von gv-Pflanzen draußen - leider nur in Deutschland (und einigen anderen Ländern). Was NGOs, Grünenapparate, Schweizer VolksabstimmlerInnen usw. aus Hasenfüßigkeit nie zu fordern wagten (aber dann in einigen Zeitungen als ihr Verdienst abfeierten - wie peinlich ist das denn?), wurde Realität - geschaffen durch die brisante und wirksame Mischung aus Kritik, Enthüllungen über Motive und Interessen sowie direkte, militante und kreative Aktionen. Das war, ist und bleibt es, was sie nicht mögen!

Vortrag als Rückblick lief schon in einigen Orten

Die neue Ton-Bilder-Schau „Die Mischung macht's!" bietet einen Rückblick auf die Kämpfe gegen die Agrogentechnik. Schwächen und Stärken werden analysiert, was auch für zukünftige Kampagnen und andere Themen wertvolle Hinweise geben kann. In Stuttgart und auf der Herbsttour durch Bayern (15.-22.11.) lief die neue Schau bereits mehrfach. Wer sie zudem zu sich einladen will, findet Informationen zu diesem und anderen Veranstaltungsangeboten auf www.vortragsangebote.de.vu.

Was folgt 2014?

Prognosen über das neue Jahr sind schwierig. Der gv-Weizenversuch des IPK Gatersleben bleibt auf der Liste der möglichen Felder. Das Genehmigungsverfahren ist nach wie vor beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit anhängig. Aussaat aber wäre erst wieder im Herbst. Auf EU-Ebene steht die Entscheidung über die Zulassung einer Pioneer-Maissorte kurz vor dem Abschluss. Das könnte erneuten kommerziellen Anbau bedeuten (wie zuletzt beim MON810). Beim kommerziellen Anbau muss ein Eintrag mindestens drei Monate vorher auf www.standortregister.de erfolgen - ein kritischer Blick darauf wird also lohnen.

Schon wieder die Meldung: Monsanto steigt aus gv-Saatgut in Europa aus

Ist ja ein bisschen langweilig, aber offenbar versuchen immer wieder Medien, mit Meldungen über Monsanto AbonenntInnen zu ködern. Tatsächlich haben Monsanto und alle anderen Agrarkonzerne schon 2011 diesen Entschluss gefasst, nachdem weder in der öffentlichen Meinung ein Durchbruch gelangt noch die Felder gegen FeldbefreierInnen geschützt werden konnten. Hier der Text von dpa, gemeldet am 14.11.2013: „Der US-Agrarkonzern Monsanto will Deutschland als Markt für gentechnisch verändertes Saatgut vorerst aufgeben. "Wir lassen unsere Pläne ruhen, solange die politische Situation so verfahren ist wie derzeit", sagte Deutschland-Geschäftsführerin Ursula Lüttmer-Ouazane der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" vom Mittwoch (13.11.2013).

Das Unternehmen, das seinen Deutschlandsitz in Düsseldorf hat, steht wegen seines Saatguts in der Kritik. Man wolle nun an seinem Image arbeiten, so Lüttmer-Ouazane. Monsanto erwirtschafte derzeit weit mehr als 99 Prozent des Umsatzes in Europa mit konventionellem Saatgut und Pflanzenschutzmitteln. "Trotzdem werden wir vor allem als Biotechnologiefirma und nicht als Pflanzenzüchter wahrgenommen. An diesem Bild wollen wir arbeiten", sagte sie. Der US-Konzern hatte im Sommer mehrere Anträge auf Genpflanzen-Anbau in der EU zurückgezogen.

Akteneinsicht in Förderunterlagen gerichtlich durchgesetzt

Seit 2009 wehrten sich die Förderstellen der Agrogentechnik gegen den Einblick ihre Unterlagen. Ständig verzögerten sie, spielten auf Zeit, so dass erst im Sommer 2013 die Entscheidung vor Gericht fiel. Nun ist auch die zweite Instanz durch - und der Sieg über die Agrogentechnikseilschaften hat Bestand. Der Verwaltungsgerichtshof Kassel hat den Berufungsantrag gegen das Akteneinsichtsurteil von Gießen (siehe im letzten „grünen blatt") zurückgewiesen. Damit ist rechtskräftig, was etliche deutsche Universitäten inzwischen in vielen Briefen an das Gericht zu einer Horrorvorstellung erklärt haben: Jedermensch darf in die Förderakten des Biosicherheitsprogramm (Förderprogramm der Bundesregierung zur Agrogentechnik) reingucken. Fast komplett. Die Akten lagern in Jülich im (Kern-)Forschungszentrum - und nun wird sich zeigen, ob solche Einrichtungen nicht nur jahrelang Gesetze missachten, sondern auch Gerichtsurteile. Viereinhalb Jahre hat das Forschungszentrum mit schmutzigen Tricks die Akteneinsicht zu verhindern versucht. Werden sie neue schmutzige bis illegale Tricks finden? Die ganze Story mit den Urteilen steht unter www.projektwerkstatt.de/gen/akteneinsicht.htm.

Union und SPD bei Gentechnik uneins

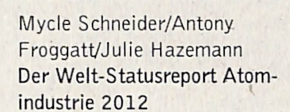
Laut dpa gab es beim Thema Gentechnik interessante Fronten in den Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD. «Wir wollen keinerlei Freisetzung», sagte die SPD-Umweltpolitikerin Ute Vogt am Donnerstagabend in Berlin. Die SPD wolle Gentechnik auf den Fel-

Bücher zur Umwelt

Susanne Elsen
Ökosoziale Transformation
(2011, AG SPAK in Neu-Ulm, 450 S., 32 €)
Ein dickes Buch der Ideen und Konzepte, die in eher auf Reformen orientierten sozialen Bewegungen und Strömungen in sozialdemokratischen oder ähnlichen Parteien diskutiert werden. Wer in diesen Debatten steckt, wird kaum Neues erfahren. Das Buch eignet sich aber als Überblick - oder wahlweise Einstieg für alle, die noch nicht oder nicht so intensiv schon im Thema sind. Die AutorInnen beleuchten Ansätze solidarischer Ökonomien, gemeinschaftlicher Wohnformen, von Energiegenossenschaften, Regionalwährungen, Allmenden und Commons.

Ausverkauft. Wie das Gemeinwohl zur Privatsache wird
(2009, Edition Le monde diplomatique/taz-Verlag in Berlin, 112 S., 8,50 €)
Ein Buch der düsteren Geschichten: Stück für Stück werden alle Lebensbereiche unter Firmenkontrolle gestellt, vieles dafür erstmals privatisiert und kommerziellem Denken unterworfen. Der ca. A4 große Band zeigt die Abläufe an etlichen Beispielen vom Kampf um die Rohstoffe der Arktis über Bahn-, Renten-, Wissens- oder Wasserprivatisierung bis zu Söldnern und Wachschutz als private Armeen im eigentlich öffentlichen Raum.

Mycle Schneider/Antony Froggatt/Julie Hazemann
Der Welt-Statusreport Atomindustrie 2012
(2012, Eigenverlag und taz-Verlag in Berlin, 103 S.)
Zahlen, Schaubilder und Beschreibungen machen den Band im A4-Format zu einem Nachschlagewerk: Welche Atomkraftwerke werden wo gebaut, wo stillgelegt? Wieviele wurden wann verhindert und was sind weitere Planungen? Wer wissen will, wie es auf der Welt bzw. in den einzelnen Atomländern aussieht und in welche Richtung es sich entwickelt, ist mit diesem Werk gut bedient. Nach zahlreichen Tabellen und Diagrammen werden Regionen und Länder genauer beschrieben.



Harald Welzer
Klimakriege
(2008, S. Fischer in Frankfurt, 335 S.)
Ein aufwühlendes Buch zu mehr als den Folgen des Klimawandels. Der Autor, bekannt durch etliche spannende Bücher in einer bemerkenswerten Themenbreite, beschreibt die Gefahr von Kriegen als Folge von Umweltzerstörungen - sei es Dürre, Überschwemmungen oder Wasserknappheit. Mehrere Texte zeigen, dass Gewaltausbrüche und kriegsähnliche Auseinandersetzungen auch bereits geschehen sind. Das Buch klärt auf, aber macht auch Angst - vor allem, weil es schon mehrere Jahre alt ist und wenig bzw. nichts passiert, dieses heraufziehende Desaster zu verhindern.

Bertram Verhaag
Spaltprozesse
(1987, DENKmal-film in München, DVD 91min, 10,90 €)
Einer der beeindruckendsten Filme des Widerstandes gegen die Atomkraft. Bertram Verhaag zeichnete den Kampf gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf nach. Es war eine der intensivsten Auseinandersetzungen noch in einer Zeit, in der die Mächtigen davon träumten, das geld- und atomwaffenbeschaffende Geschäft mit der strahlenden Materie ausbauen zu können. Intensive Eindrücke und Bilder gehen unter die Haut und zeugen von einer Zeit, in der der lange Weg in den Ausstieg noch auf den ersten Metern war (Bestellungen über www.denkmal-film.com).

dern nicht einmal zu Versuchszwecken. Das war nicht immer so - manch ein SPDler in der entsprechenden Fachgruppe der Koalitionsverhandlungen war mal flammender Gentechnikfan, z.B. Till Backhaus aus Mecklenburg-Vorpommern. Der offensive Protest hatte ihn in den letzten Jahren in eine ablehnende Haltung gebracht - ein Erfolg des kreativen und vielfältigen Widerstandes ohne Grabenkämpfe zwischen Umweltverbänden und unabhängigen AktivistInnen in dem Bundesland.

DPA weiter: „Die amtierende Parlamentarische Umwelt-Staatssekretärin Katherina Reiche (CDU) wandte sich aber gegen den Vorstoß, ein Verbot in Deutschland durchzusetzen, indem den EU-Mitgliedstaaten ihr Vorgehen freigestellt wird. «Wenn wir das beginnen in einem Rechtsbereich, haben wir es schwierig, auch in Zukunft Standards in der ganzen EU umzusetzen.» Es solle nicht jedes Land entscheiden können, was es macht. Vogt sagte, dieser Punkt werde möglicherweise nicht in der Arbeitsgruppe entschieden, sondern von den Spitzen der geplanten Koalition. SPD und CSU seien sich bei der Ablehnung der Gentechnik hier näher als CDU und CSU."

Welternährungspreis für Monsanto und Syngenta – wie bitte?

2013 wurde der Welternährungspreis (World Food Prize) an Führungskräfte von Monsanto und Syngenta verliehen, für ihre Pionierarbeit in der Gentech-Forschung. Die Entscheidung sorgte weltweit für Empörung (www.gmwatch.org/index.php/news/archive/2013/15119) und führte zu Protesten, Petitionen mit hunderttausenden Unterschriften, Gegenkonferenzen und sogar einem alternativen Preis, dem Preis für Ernährungssouveränität. Der Welternährungspreis wird von Monsanto, Syngenta und anderen gleichgesinnten Organisationen massiv gesponsert, somit haben sich die Biotech-Unternehmen im Grunde selbst geehrt. (www.gmwatch.org/index.php/news/archive/2013/15122)

Urteil im Maulkorbverfahren von Saarbrücken

Am Ende schienen alle müde. Das kräftezehrende Verfahren um das von führenden GentechniklobbyistInnen angestrengte Verbot kritischer Bücher, Internetseiten, Vorträge usw. vor dem Oberlandesgericht Saarbrücken sollte bei den noch wenigen offenen Punkten mit einem Vergleich enden. Doch Uwe Schrader und Kerstin Schmidt, eher die Looser der letzten Jahre (ihre Schein-, Lobby- und Gentechfirmen gerieten ja unter die Räder des Protestes), widerriefen den Vergleich. So wurde am 15.11. ein Urteil gesprochen. Es verbietet Aussagen, die ohnehin nie gefallen sind. Von Bedeutung ist es daher nicht mehr. Die Teile der deutschen Gentechnikseilschaften, die solche Verbote erreichen wollten, sind vom kreativen Protest weitgehend zerrieben.

Zitat

Bruce M. Owen and Ronald Braeutigam beschreiben in ihrem 1978 veröffentlichten Buch „The Regulation Game: Strategic Use of the Administrative Process"(„Das Regulierungsspiel: Die Strategische Nutzung Administrativer Prozesse"), wie Unternehmen die Kontrolle über die Entscheidungen von Regulierungsbehörden erlangen können: „Regulierungspolitik erfolgt zunehmend unter Einbeziehung von Experten, vor allem Wissenschaftlern. Ein reguliertes Unternehmen oder Branche sollte versuchen, diese Experten so weit wie möglich auf ihre Seite zu ziehen. Am effizientesten ist es dabei, die leitenden Experten in jedem einzelnen der relevanten Bereiche zu identifizieren und sie als Berater zu engagieren oder ihnen Forschungsstipendien und ähnliches zu gewähren. Dieses Tun erfordert ein gewisses Fingerspitzengefühl; es darf nicht zu offensichtlich sein, denn die Experten dürfen nicht merken, dass sie ihre Objektivität und Handlungsfreiheit verloren haben. Ein Programm dieser Art reduziert zumindest die Bedrohung, dass die leitenden Experten dafür zur Verfügung stehen, gegen die Interessen der regulierten Unternehmen auszusagen oder zu schreiben." (Quelle: GM-Watch Nr. 336)

Gericht in Mexiko stoppt Anbau gentechnisch manipulierter Nahrung

Lateinamerika, Ursprung vieler Grundnahrungsmittel wie Kartoffeln, Bohnen und Mais zückt die Rote Karte gegen einzelne profitorientierte Konzerne, die gefrässigsten Pflanzenschädlinge dieser Erde. Nimmersatt war gestern. Das wahre Gold unseres Planeten sind die fruchtbaren Böden, die im Laufe der Evolution im Einklang unzähliger Lebewesen entstanden und diese in ihrer Vielfalt ernährten. Der Kreislauf der Natur, geschädigt und unterbrochen durch Raubbau und Bereicherung weniger, die das „Recht des Stärkeren" durchsetzten. Das 21. Jahrhundert zeigt an Erfolgen, dass es sich lohnt, den aussichtslos erscheinenden Kampf gegen die Agrarmafia aufzunehmen.

Am Donnerstag, den 10. Oktober 2013 - unmittelbar vor der am Wochenende weltweit durchgeführten zweiten Kampagne „Millions March against Monsanto" - erliess das Zwölfte Bundesbezirksgericht für zivile Angelegenheiten in der Hauptstadt Mexiko folgendes bahnbrechende Urteil: „Das Landwirtschaftsministerium von Mexiko (Secretaría de Agricultura, Ganadería, Desarrollo Rural, Pesca, y Alimentación - SAGARPA) und die Zulassungskontrollbehörde für Lebensmittelsicher-

Bücher zu Landwirtschaft und Ernährung

Thomas Kruchem
Der große Landraub
(2012, Brandes&Apsel in Frankfurt, 144 S., 12,90 €)
Die Vertreibung vieler BäuerInnen vom seit langer Zeit selbständig bewirtschafteten Land ist einer der Gründe für Hunger und Verelendung. Dieses Buch benennt Beispiele aus verschiedenen Ländern - über die Kontinente des globalen Südens gestreut. So werden die Folgen besonders eindrucksvoll sichtbar. Die Opfer profitgieriger Konzernpolitiken und der sie unterstützenden Regierungen bekommen Namen und Gesichter. Fotos begleiten die Stories, die bedrücken.

Lutz Holzinger/
Clemens Staudinger
Schwarzbuch Raiffeisen
(2013, mandelbaum in Wien, 227 S., 16,90 €)
Der Blick hinter die Kulissen des Agrarkonzerns Raiffeisen ist aus mehreren Gründen wichtig. Zum einen spielt Raiffeisen eine prägende Rolle beim Umbau der Landwirtschaft zu einer rein auf ökonomische Ziele ausgerichteten Produktionslandschaft (letzteres im wahrsten Sinne des Wortes, nämlich meist weitgehend ausgeräumt, weil maschinengerecht). Das Buch zeigt die Verwicklungen, Strategien und verdeckten Vorgehensweisen. Zum anderen aber entzaubert das Buch alle, die Genossenschaften oder Selbsthilfeorganisationen per se für eine Lösung halten. Dann wären die LandwirtInnen bei Raiffeisen in guter Hand. Doch offenbar zählt die Praxis, nicht der formale Rahmen.

Bertram Verhaag
naturGerecht - ein DVD-Buch
(2013, www.DENKmal-film.com in München, 9 DVDs mit ca. 400min, 29,90 €)
Es sieht aus wie ein Buch, enthält auch einige Text - aber mensch blättert durch DVDs. Die dicken Seiten enthalten Laschen, in die insgesamt neun DVDs eingesteckt werden. Sie alle handeln von Alternativen in der Landwirtschaft und zeigen vor allem konkrete Beispiele, Höfe, Betriebe und Porträts. Im Mittelteil findet sich je eine Seite pro DVD, bestehend aus Text und Foto. Davor stehen zwei Seiten über Bertram Verhaag, dem Macher alle dieser Filme. Ein kleiner Bonus ist eine Sammlung von Trailern zu weiteren Filmen, die von DENKmal herausgegeben wurden. Die einzelnen Filme:
1. Der Agrar-Rebell (über Sepp Holzer und seine Permakultur in den Salzburger Alpen)
2. Andeer ist anders (über Biokäse in Graubünden und Martin, für den „Zur Alp gehen" mehr als ein Ferienjob ist)
3. Der Bauer, der das Gras wachsen hörte (Michael Simml und sein Biohof im Porträt)
4. Der Bauer mit den Regenwürmern (Sepp und Maria Braun in ihrem Ringen um mehr Bodenfruchtbarkeit)
5. Ehrfurcht vor dem Leben (ein Film über Karl Schweisfurth mit dem Untertitel „Lasst uns über das Töten reden")
6. Kartoffelliebe (über die alten Sorten wie Linda, Sieglinde & Co.)
7. Der Landhändler (vorgestellt wird der Betrieb von Josef Feilmeier, der „ganz ohne Gentechnik" arbeitet)
8. Der Ökobräu im Altmühltal (Das Riedenburger Brauhaus - wo Dinkel und Emmer zu Bier gemacht werden)
9. Sekem (wie mit der Kraft der Sonne nördlich von Kairo eine Wüste zur fruchtbaren Landwirtschaft wurde).

heit (Secretaría de Medio Ambiente y Recursos Naturales - SEMARNAT) werden angewiesen, alle Aktivitäten im Zusammenhang mit der Anpflanzung von transgenen Mais im Land einzustellen und die Erteilung von Genehmigungen für Versuche und Pilotprojekten der kommerziellen Pflanzungen zu beenden."

Grundlage für diese Entscheidung war die Überzeugung des Gerichts, dass von diesen gentechnisch manipulierten Pflanzen und Saatgut der Biotechnologie Gefahr drohender Schäden für die Umwelt ausgeht, zitierte Richter Jaime Eduardo Verdugo J. aus dem Urteil. Wissenschaftliche Studien wurden bei der Entscheidung berücksichtigt, die das Kreuzen (Austausch) von Genmaterial in herkömmliche gezüchtete und wilde Sorten belegten.

Konzerne wie Monsanto, Bayer CropScience oder Pioneer sind mit dem sofortigen Verbot beauflagt, transgenen Mais in die mexikanische Landschaft einzubringen - so lange wie durch kollektives Handeln die Klagen von Bürgern, Bauern, Wissenschaftlern und Organisationen der Zivilgesellschaft ihren Weg durch die Justiz nehmen.

Eingereicht hatte die Sammelklage beim Gericht ein breites Bündnis, das sich unter „Acción Colectiva" zusammengeschlossen hatte - geleitet von Pater Miguel Concha vom Human Rights Center Fray Francisco de Vittoria und unterstützt von Victor Suarez von ANEC (National Association of Rural Commercialization Entertprises) sowie Dr. Mercedes Lopéz von Vía Organica und der Lehrerin Adelita San Vicente, Mitglied bei Semillas de Vida.

Die Entscheidung erlaubt nun auch „Strafanzeige gegen die zuständigen Behörden für die Einführung von transgenem Mais in unserem Land zu stellen", stellte Rene Sanchez Galindo, Rechtsbeistand der Kläger, fest. (Quelle: www.radio-utopie.de/2013/10/15/urteil-verbot-von-gen-mais-in-mexiko-tritt-sofort-in-kraft/)

Glyphosat unter Druck?

Das Patent ist abgelaufen, die Gewinne eingestrichen und gesundheitliche Schäden aufgetreten. Darf nun endlich Kritik benannt werden? Laut einer Presseinformation vom 15.11.2013 des Umweltministeriums Brandenburg hat die Umweltministerkonferenz eine umfassende Prüfung der Wirkungen glyphosathaltiger Mittel auf den Weg gebracht. Bis zur Frühjahrs-UMK soll die Bundesregierung diese Neubewertung vorlegen. „Wir nehmen die Sorgen in der Bevölkerung ernst. Vorsorglich sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, um Einträge von Glyphosat in die Umwelt zu vermindern", so Umweltministerin Anita Tack. Sie plädierte dafür, weitere Ergebnisse wissenschaftlicher Studien zur Bewertung des Stoffes einzubeziehen.

UN-Report verlangt Umdenken in der Landwirtschaft

Ein neuer Report der UN ist ein Handlungsaufruf für eine Umorientierung - weg von der intensiven Landwirtschaft und Gentechnologie, und hin zu grösserer Nachhaltigkeit. Der Report betont, dass Hunger und Mangelernährung hauptsächlich durch Armut und fehlenden Zugang zu Land verursacht werden, nicht durch einen globalen Mangel an Nahrungsmitteln. (www.gmwatch.org/index.php/news/archive/2013/15073)

Petition „Saatgutvielfalt in Gefahr" erhielt 95.000 Unterschriften

Mit 95.000 Unterzeichnungen am Ende der Zeichnungsfrist hatte die deutschsprachige Petition „Saatgutvielfalt in Gefahr" eine überwältigende Resonanz. Ein Dank ging an alle, die unterzeichnet haben!

Solidarische Landwirtschaften: Neue Keimzellen schaffen!

Immer wieder sei auf die Idee solidarischer Landwirtschaft hinweisen, denn es wird nötig sein, mehr zu verändern als die Gentechnik von Feldern und aus Ställen zu verbannen. Solange die Logiken von Eigentum, profitorientierter Vermarktung und Konkurrenz im Vordergrund stehen, wird das Höfesterben weitergehen. Es gilt, solidarische Kooperationen zwischen allen Beteiligten zu schaffen und nicht - wie leider beim eigentlich guten Projektansatz der „Fairen Milch" geschehen - die Härten des Marktes in die Projekte zu lassen. Solidarische Landwirtschaften, an einigen Orten schon am Werkeln oder in der Entstehung, stellen eine Möglichkeit dar, eine bedürfnisorientierte Lebensmittelproduktion jenseits des Marktes zu schaffen: Die VerbraucherInnen helfen mit und/oder finanzieren gemeinsam die landwirtschaftliche Arbeit z.B. eines Hofes. Dort wird dann genau das angebaut, was die AbnehmerInnen wünschen. Verkauf und Vermarktung fallen weg. Beispiele und Informationen finden sich auf www.solidarische- landwirtschaft.org.

Bertram Verhaag: **Gekaufte Wahrheit**
(2010, DENKmal-film in München, DVD in zwei Versionen mit 60 bzw. 88min, 16,90 bzw. 19,90 €)
Der passende Film zum Thema Gentechnik-Seilschaften. Aufgezeigt wird der Druck, der auf ForscherInnen lastet, die zum Thema arbeiten. Wer kritische Ergebnisse liefert, wird eingeschüchtert, entlassen oder sogar in der wirtschaftlichen Existenz vernichtet. Eindrucksvoll zeigt der Film das an bekannten Fällen von Árpád Pusztai über Ignacio Chapela, Antônio Andrioli und Jeffrey Smith bis Andrew Kimbrell. Da der Filmemacher Bertram Verhaag auch auf altes Material zurückgreift, wirkt „Gekaufte Wahrheit" phasenweise wie eine zweite Auflage des Klassikers „Leben außer Kontrolle". Wer immer nach einem aufrüttelnden Film sucht für einen einführenden Infoabend, kann zwischen den beiden entscheiden. Mehr: www.denkmal-film.com.

Etikettenschwindel auf Staatskohle?

jb **Der folgende Text ist eine Zusammenfassung mit Auszügen aus dem Artikel „Was ist drin, wenn Biosicherheitsforschung drauf steht?" im Gen-ethischen Informationsdienst Oktober 2013. Darin ging es um Recherchen zu einem Versuchsfeld mit gv-Gerste der Universitäten Gießen und Erlangen (2006-2010). Das Studium vieler Akten führte zu einem Bild, dass der ursprünglich kommunizierte und bezuschusste Zweck des Feldes kaum der tatsächliche gewesen sein kann.**

Stellen Sie sich vor, Sie beackern ein Feld mit Gerste, genau genommen mit Sommergerste. Nach gut einem Monat Wachstum kommt es im gesamten Bestand zu einem starken Mehltaubefall. Wenn Sie ökologische Prinzipien ignorieren, werden Sie spritzen. Die Firma BASF bietet dafür zum Beispiel Capalo an: „Durch die Kombination der drei Wirkstoffe werden relevante Pilzkrankheiten in Weizen, Gerste, Roggen und Triticale sicher und dauerhaft erfasst." Für konventionelle LandwirtInnen eine Option. Aber können Sie sich vorstellen, dass ein solches Vorgehen auch sinnvoll sein kann in einem Pflanzenbestand, der zu wissenschaftlichen Zwecken angelegt wurde, um das Verhalten von Pilzen auf Blattoberflächen zu beobachten?

Genau das ist aber geschehen - und zwar bei einem Freisetzungsversuch der Universität Gießen mit transgener Gerste im Jahr 2009. Dies ist nicht die einzige Merkwürdigkeit eines Experimentes, welches aus dem Förderprogramm für biologische Sicherheitsforschung der Bundesregierung finanziert wurde. Vielmehr erfüllt der gesamte Versuch grundlegende Anforderungen an landwirtschaftliche Feldversuche nicht und es ist zweifelhaft, ob die in den Förder- und Genehmigungsanträgen bezeichneten Ziele jemals verfolgt wurden. Zwar wurde im Jahr 2010 ein Abschlussbericht veröffentlicht, doch auch in diesem wimmelt es von Ungereimtheiten

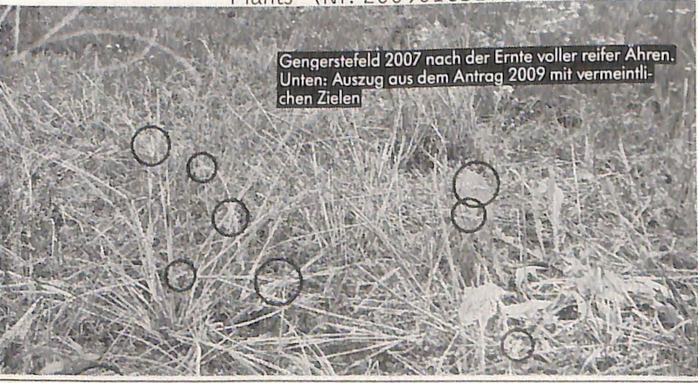
Nach unzähligen eigenen Beobachtungen des Feldesam Feld und der Auswertung etlicher hundert Seiten Unterlagen zum Versuch entsteht ein Bild, demzufolge „Biosicherheit" ein falsches Etikett für den Freisetzungsversuch mit gentechnisch veränderter (gv) Gerste war. Statt um Umweltbegleitforschung ging es um andere Ziele. Der Trick verschaffte Zugang zu einer lukrativen Finanzquelle: Insgesamt flossen mehr als 650.000 € Fördergelder - für 9,6 Quadratmeter Gerste ein nettes Zubrot.

Das Totspritzen des Untersuchungsgegenstandes Pilze war nicht die einzige Merkwürdigkeit des Feldes:

- Für landwirtschaftliche Forschungen gilt eine dreijährige Versuchszeit als methodischer Standard. Doch keine der drei Teiluntersuchungen, die im Rahmen dieses Biosicherheits-Versuches durchgeführtgefördert wurden, erfüllte den Standard.
- 2007 erregte der Giessener Freisetzungsversuch schon früh die Aufmerksamkeit der Medien. Unbekannte hatten dem Versuchsleiter Kogel (und einigen Zeitungsredaktionen) kurz vor der geplanten Aussaat mitgeteilt, dass der Boden der Versuchsfläche unbrauchbar gemacht worden sei. Kogels Umgang damit war entlarvend: Er ließ den Boden nicht untersuchen, sondern säte vielmehr direkt nach Bekanntwerden des Briefes aus.
- 2009 bot der Aussaatzeitpunkt Anlass für Verwunderung und Spekulationen unter Gentechnik-KritikerInnen. Wenn tatsächlich die Untersuchung der bodenbewohnenden und blattbefallenden Pilze zwei der drei Forschungsziele der Forschung gewesen wären, hätten Lufttemperatur und -feuchtigkeit eine bedeutende Rolle gespielt. Diese verändern sich im Jahresverlauf erheblich, weshalb eine Aussaat sinnvoll gewesen wäre, die der Realität eines landwirtschaftlichen Betriebes ähnelt. Doch die Aussaat, aus der Kogel später behauptete, seine Forschungsergebnisse gewonnen zu haben, erfolgte am 24. oder 25. Mai (unterschiedliche Angaben in den Unterlagen der Uni Gießen). Das ist für Sommergerste zirka zwei Monate später als üblich.

Was geschah also in den Jahren 2006, 2007 und 2009 auf den Versuchsfeldern? Biosicherheitsforschung, wie behauptet, war mit den konkreten Abläufen auf den Feldern nicht in Einklang zu bringen. Der Verdacht, dass sie nur simuliert wurde, um Fördermittel und eine Aussaatgenehmigung zu erhalten, erhärtet sich mit Blick auf die Vorphase des Versuchs. Kogel arbeitete nämlich schon jahrelang mit gentechnisch veränderter Gerste. Umweltauswirkungen interessierten ihn dabei nicht, sondern die Entwicklung von gentechnischen Methoden - finanziert vor allem über die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), in der er selbst Projektgruppenleiter war. Fast zehn Jahre vor der Freisetzung lautete der Arbeitsauftrag einer von Kogel geleiteten DFG-Arbeitsgruppe: „Ziel des Teilprojektes ist die Charakterisierung neuer Gene, die in der Gerste bei der Ausprägung der SAR nach chemischer Aktivierung gegenüber dem Mehltaupilz beteiligt sind. Die Charakterisierung dieser Gene ist Voraussetzung für ein genaues Verständnis der SAR und damit für ihre optimierte breite Anwendung. Als weitere Konsequenz dieser Arbeit werden heute nicht verfügbare Getreide-spezifische SAR Gene bzw. Promotoren bereitgestellt, die u.a. zur Erstellung von transgenen Pflanzen mit SAR Reporterfunktion verwendet werden können." Die Beschreibung deutet auf Methodenentwicklungen hin, mit deren Hilfe anschließend konkrete Produkte (gv-Pflanzen) entstehen sollen.

Knapp zwei Jahre vor Beginn der ersten Freisetzung beschloss die DFG den Start einer neuen Arbeitsgruppe, wieder unter Leitung von Kogel. Ungefähr zeitgleich kündigte dieser im Zuge seiner laufenden Forschungen „Freilandversuche in Kooperation mit nationalen Saatgutfirmen" an. Was ist aus den Plänen geworden? Laut Standortregister legte Kogel keine anderen Felder als die für die Biosicherheitsforschung benötigten an. Die dortigen Abläufe passten aber gar nicht zur Biosicherheitsforschung, wohl aber zu Kogels ursprünglichen Plänen. Ohnehin wirkt es wenig wahrscheinlich, dass Kogel eine jahrelange Forschung abbrach und etwas ganz anderes machte, was vorher nicht zu seinem Tätigkeitsspektrum gehörte. Viel wahrscheinlicher ist es deshalb, dass Kogel seine ursprünglich geplanten Versuche durchführte, aber aus finanztaktischen Gründen zunächst 2005 und dann nochmals im Jahr 2008 Förder- und Genehmigungsanträge so stellte, dass sie in das Biosicherheitsprogramm passten. Das bietet eine Erklärung des seltsamen Verlaufs der Versuche dar. Denn wenn es nicht um Pilze, sondern um Methodenentwicklung ging, schaffen verspätete Aussaat, verunreinigter Boden und vor allem der Einsatz eines Breitband-Fungizids keine Probleme. Dazu passt, dass Professor Kogel am 26. Mai 2009 ein Patent unter dem Titel „Novel Nucleic Acid Sequences and their Use in Methods for Achieving Pathogen Resistance in Plants" (Nr. 20090165173) anmeldete.



Gengerstefeld 2007 nach der Ernte voller reifer Ähren. Unten: Auszug aus dem Antrag 2009 mit vermeintlichen Zielen

Die Feldstudien umfassen eine gezielte Evaluation von Interaktionen zwischen den transgenen Linien und dem symbiontischen Pilz *Glomus intraradices* (kommerzielles Präparat Amykor® Wurzel-Vital). Ein zweites Ziel ist eine umfassende epidemiologische Aufzeichnung auftretender, pilzlicher Organismen bzw. sichtbarerer Krankheiten auf gentechnisch modifizierten Pflanzen und der/m entsprechenden Empfängerpflanze (Golden Promise) und Kreuzungselter (Baronesse).

Die Macht des Verpfeifens

zum Schutz vor Herrschaft durch Staaten und Unternehmen

kardan Wissen ist Macht und Informationen bestimmen unser Leben. Whistleblower sind das Zünglein an der Waage und daher für eine freiheitliche Gesellschaft äußerst wichtig. Die Veröffentlichung von geheimen Informationen führt nicht zwangsläufig zu mehr Freiheit oder direkten Verbesserungen, doch es ermöglicht Menschen, bessere Entscheidungen zu treffen. Der Einfluss hängt davon ab, wer anschließend auf welchen Machtebenen punkten kann.

Sind es gesellschaftlich geprägte, moralische Gründe, die Menschen dazu bringen, Geheimnisse zu veröffentlichen? Was ist der Antrieb, Unternehmensrichtlinien oder staatliche Gesetze zu verletzen? Wie relevant müssen Informationen sein, um dafür die Loyalität des eigenen Freundeskreises oder Berufsumfelds "auf's Spiel" zu setzen?

Die Antworten sind individuell unterschiedlich, doch vermutlich gibt es übergeordnete ethische Kategorien, nach denen Menschen entscheiden, dass ein Missstand so schwerwiegend ist, dass alle davon wissen sollten. Oftmals ist der Akt der Veröffentlichung mit Repression verbunden, doch das hält viele nicht ab, "das Richtige" tun.

Es gilt als ehrbar, Hinweise zu geben, wenn die Öffentlichkeit negativ betroffen ist, und als verwerflich, wenn dabei Personenrechte verletzt werden. Die sprachliche Vielfalt als Abschreckung vor dem Ausplaudern zeigt die ausgeprägte Tradition, Denunzianten, Nestbeschmutzer, Verpfeifer, Petzen zu diskreditieren. Doch welches Wort kann die positive Komponente des englischen "whistleblowing" (blow a whistle - eine Pfeife pusten) adequat übersetzen?

Britische Polizisten nutzten früher Trillerpfeifen, um Gesetzesbrüche öffentlich anzuzeigen. Fabriksirenen beenden eine Arbeitsschicht und Schiedsrichter pfeifen bei Regelverstößen zum Unterbrechen eines Spiels. Auch Pfui-Rufe bei öffentlichen Reden, um z.B. Lügen aufzudecken, sind uns vertraut.

Öffentlich Alarm zu schlagen ist heute nicht mehr nur einer priviligierten Minderheit vorbehalten, denn im Informationszeitalter kann das Verschicken einer Nachrichten von einem Moment auf den anderen das Denken und Handeln von Millionen anderen beeinflussen, sofern sie relevant genug ist.

Meine These: Wenn lückenlos nachgewiesen wäre, was Geheimdienste mit unserem Geld treiben, würden Menschen keine Steuern mehr zahlen.

unklare Rechtslage

Es ist ein Gradmesser für die Repressivität von Gesellschaften, wie das öffentliche Reden von Missständen, die alle oder viele betreffen, verfolgt wird. In der DDR gab es die „Gummiparagraphen" §§ 245, 246 „Geheimnisverrat" für die Weitergabe von Informationen über die Situation der DDR an westliche Medien". Doch auch heute müssen wir nicht in der Ferne Rußlands schweifen, um ähnliche Gesetze zu finden. Auch wenn Verstöße gegen Schweigeklauseln meist nur zur Entlassung führen, gibt es in der BRD den Straftatbestand des Landesverrats (§ 94 StGB) für die Preisgabe von Staatsgeheimnissen (Spionage). Obama baute die Whistleblower-Gesetze zwar aus, verfolgte jedoch mehr Personen, die geheime Informationen veröffentlich hatten, als jeder vorherige Präsident.

Wenn von öffentlicher Sicherheit die Rede ist, geht es um den Schutz staatlicher Einrichtung und profitabler Infrastruktur vor den Bürgern, nicht darum, dass Menschen gefahrlos leben können. Sonst gäbe es keine Atomkraftwerke. Daher kann die geltende Rechtssprechung nur bedingt entscheidend sein, wenn Menschen ihrem Gewissen folgen, um Verschwörungen aufzudecken.

"Öffentliche Daten nutzen, private Daten schützen", das Motto des Chaos Computer Club, ist nicht nur Hackern Ansporn und Ethik für den Umgang mit "geleakten", also evtl. auf illegalem Weg erworbenen, Informationen. Zum Schutz vor Persönlichkeitsrechten ohne personenbezogene Daten, denn z.B. das Veröffentlichen von privaten Mails gilt als schlechter Stil.

Diskursmacht

Wer den wirkungsvollen Hebel der (Online)Medien bemüht, erwirkt nicht zwangsläufig eine sofortige Unterbrechung, aber ggf. das Anwerfen der Repressionsmaschinerie durch Betroffene und/oder bestenfalls öffentliche Aufmerksamkeit: Der Twitter-#Aufschrei über sexistische Äußerungen von Rainer Brüderle fand beispielsweise Eingang in Printmedien und selbiges Schlagwort ('Hashtag) wird seither immer wieder für Enthüllungen genutzt. Diskurse können je nach medialer Steuerung zur gewünschten Verhaltensänderung führen, laufen aber Gefahr durch Personalisierung, also Ablenkung auf persönliche Details der Kritik äußernden Person(en), im Sande zu verlaufen.

Bei Unternehmen und Behörden sind Lügen und Vertuschung ein Reflex, wenn es um das Aufdecken von Missständen geht. Die Glaubwürdigkeit ihrer Vertreter in der Öffentlichkeit tendiert gegen Null, solange Aussagen nicht mit eindeutigen Fakten belegt werden können. Daher ist die Veröffentlichung interner Dokumente fundamental, um überhaupt qualifizierte Aussagen über Organisation zu machen.

Oftmals werden erschreckende Sachverhalte als Verschwörungstheorie abgetan. Das heißt im Grunde nicht viel mehr, als dass sich Menschen abgesprochen haben und anderen nichts darüber erzählen. Das passiert auf jedem Vorstandstreffen. Also kein Grund zur Panik. Theorien darüber sind nicht schlecht, solange sie auf Fakten beruhen. Also besser genau hinsehen, wovon mit dem Ausruf "Verschwörungstheorie!" abgelenkt werden soll und warum.

Fazit

Das Zurückhalten von Informationen ist typisch für streng hierarchiche Zusammenhänge. Wer in einer freien auf Kooperation basierenden Welt leben will, teilt Informationen, auch wenn dies gegen geltende Gesetzte verstößt oder Machthabenden missfällt. Öffentlich darüber zu sprechen und dagegen einzutreten, ist essentiell, um das heimliche Erstarken gewalttätiger Strukturen aufzuhalten.

bekannte Hinweisgeber

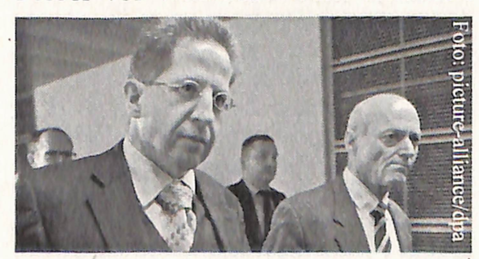
Daniel Ellsberg

Die durch ihn veröffentlichten Pentagon-Papiere bewiesen Lügen von US-Regierungen seit Truman - deren Intention, ein unabhängiges Vietnam um jeden Preis zu verhindern. Der Artikel der New York Times (NYT) deutete auf ein Leck im Weißen Haus hin und Präsident Nixon setzte seinen CIA-Spür-Hunt darauf an. Was folgte, waren erhebliche Amtsmissbräuche, die als Watergate-Affäre in die Geschichte eingingen und den prominentesten Whistleblower des 20. Jahrhunderts vor einer Verurteilung zu 115-jähriger Gefängnisstrafe bewahrten.

Der Prozess über Nixons eilgerichtliches Verbot zur Veröffentlichung des NYT-Atikels, sowie Ellsbergs geschicktes Vorgehen, 19 andere Zeitungen einzubeziehen, machten ihn über Nacht zum Star der Öffentlichkeit und hatte ähnlich wegweisenden Charakter für die Meinungsfreiheit in den USA wie die Spiegel-Affäre von 1962 in Deutschland. Dabei hatte Conrad Ahlers mit dem Artikel "Bedingt abwehrbereit" auf Basis der Resultate des NATO-Manövers Fallex 62, das Verteidigungskonzept der Bundeswehr unter Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß in Frage gestellte was massive Repression nach sich zog. Konrad Adenauer sprach im Bundestag von einem "Abgrund von Landesverrat“.

Edward Snowden

Ähnlichen Einschlag erreichten Snowdens Enthüllungen über die NSA, die weltweite Entrüstungen und monatelang anhaltende Debatten auslösten. Paradoxerweise führte dies zum Aufstocken des Überwachungsetats um 75 Millionen US-$, damit sich die NSA in Zukunft besser vor Whistleblowern schützen kann. Empört ist auch die Bundesregierung, da sie trotz der laut General Alexander "großartigen BND-Arbeit in Afghanistan" (geheimerkrieg.de) nicht in den inneren Kreis eingeladen wurde.



"Die Spitzen der dt. Geheimdienste Hans-Georg Maaßen (l.), VS, und Gerhard Schindler, BND, reisten Anfang November nach Washington, um über ein Anti-Spionage-Abkommen mit den USA zu verhandeln. Die Bundesregierung wolle in Wirklichkeit gar nicht US-Spionage-Aktivitäten hierzulande eindämmen, vermuten US-Berater - sondern dem "Five Eyes" Spionage-Netzwerk beitreten." (6.11.2013, dw.de)

William Binney

Nachdem er merkte, dass seine Entwicklungen gegen US-Bürger eingesetzt werden, entschied sich NSA-Veteran und technischer Direktor des streng geheimen "Stellar Wind"-Überwachungsprogramms, an die Öffentlichkeit zu gehen und macht seit 2007 darauf aufmerksam, dass es unter Bush/Cheney eine Verschwörung der Geheimdienstchefs gegeben habe zum "Aufbau des Überwachungsstaates als schlüsselfertige Lösung für Totalitarismus" und die USA von einem Staat im Staat regiert werden.

Thomas Drake

Der 11.09.01 war sein erster Arbeitstag bei der NSA und machte ihn zum kritischen Mitwisser an den Überwachungsprogrammen ThinThread und Trailblazer. Während der 9/11-Untersuchung wies er interne Fehlentscheidungen nach und war Hauptquelle des Berichts von Roark, Binney, Wiebe und Loomis, der 2007 zu Hausdurchsuchung "im russischen Stil" führte. Drakes öffentlich Auftritte motivierten Snowden zu seinen Enthüllungen.

James Rosen

Nach Veröffentlichungen von Associated Press von Mai 2013 wurde der FoxNews-Journalist Rosen als mutmaßlicher "krimineller Mitverschwörer" von Stephen Jin-Woo Kim auf Anordnung von US-Justizminister Eric Holder 2012 "exzessiv überwacht" (E-Mails, Telefon). Anstoß war die Einleitung eines 2009 veröffentlichten Artikels: "US-Geheimdienste warnten Präsident Obama, dass Nordkorea die aktuelle Passage des UN-Sicherheitsrats, welcher das kommunistische Land für kürzliche Nuklearraketentests verurteilte, mit weiteren Atomtests beantworten wolle". Das öffentliche Echo war ähnliche Empörung wie bei der Bespitzelung von Andrea Röpke und sieben Journalisten durch den niedersächsischen Verfassungsschutz.

Sibel Edmonds

wies von September 2011 bis März 2012 als FBI-Übersetzerin hartnäckig Fälle von Inkompetenz und Korruption gegenüber Vorgesetzten nach. Sie zeigte vor dem US-Kongress, dass Al-Quaida zu 95% mit Geld aus Opium-Handel aus Afghanistan über die Türkei finanziert werde, der zur Deckung von 95% des euopäischen Heroinbedarfs diene. Als im Oktober 2002 bei Anhörungen ihre Aussagen durch FBI-Dokumente bestätigt wurden, deklarierte Justizminister John Ashcroft, Berfürworter von Nixons "War on drugs", mit Edmond in Verbindung stehende Unterlagen als "streng geheim" aus "Gründen der nationalen Sicherheit". In Videointerviews und Onlineartikeln deckt sie seit dem CIA-Ausbildungen in Tschetschenien und die Rolle des American-Turkish-Council (ATC) bei der (Atom)Waffen-Proliferation auf. In der Dokumentation "Kill the messenger" bestätigte ex-CIA-Offizier Philip Giraldi viele ihrer Enthüllungen und wies auf Isreals Beteiligung hin.

Philip Giraldi

2005 beschuldigte Philip Giraldi Dick Cheney, die Firma STRATCOM mit der Vorbereitung eines "Ausweichplans als Antwort auf einen weiteren Anschlag im Stil des 11.9.01" "mit großflächigem Luft-Bombardement des Iran durch konventionelle und taktische Nuklearwaffen" beauftragt zu haben. 2009 legt er Rupert Murdoch zur Last, wiederkehrend Falschinformationen von Israels Geheimdienst Mossad über Atomexperimente des Iran in Umlauf zu bringen. Als Antwort auf den Vertrag zur Begrenzung der Atomanreicherung im Iran bedankte er sich vor einigen Tagen für die friedensbringenden Entwicklungen und kritisierte Bill Kristol, der im Weekly Standard für einen Erstschlags Israels wirbt - mit Hinweis auf die Schlacht von Gettysburg als Motto: "etwas Blut zu vergießen ist manchmal notwendig, um das Richtige zu tun."

Chelsea Manning

Im August wurde Chelsea Manning durch ein Militärgericht zu 35 Jahren Haft verurteilt. Grund ist die Veröffentlichung von US-Kriegsverbrechen im Irak unter Bush. Trotz des Versprechen, Guantanamo zu schließen und obwohl nachweislich kein Soldat durch die Veröffentlichg Mannings zu Schaden kam, setzt Obama Menschenrechtsverletzungen fort und beweist, den Stellenwert der Wahrheitssuche in USA.

Gedanken zu Kennedys 50. Todestag

kardan Vermutlich erinnern sich mehr Menschen an seinen angeblichen Todesschützen als den 22. November 1963. Während das Datum seiner Ermordung garantiert stimmt, können wir bei John Fitzgerald Kennedys Todesschützen nicht sicher sein. Doch der Hintergrund seiner Ermordung ist das Bedeutende.

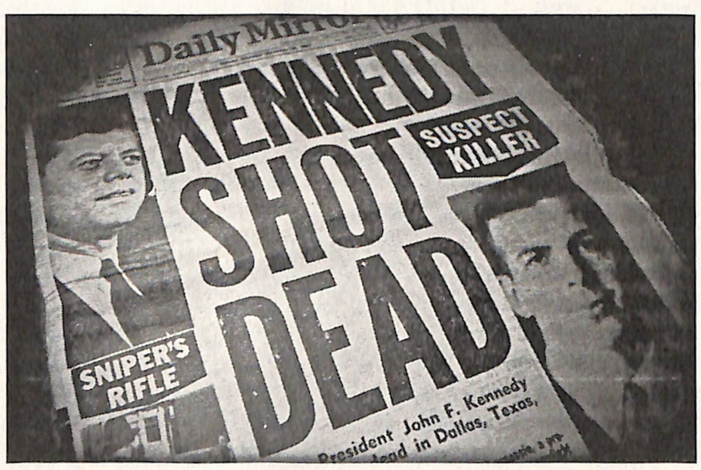
Auch wenn die Einzeltätertheorie vehement von der Polizeidirektion von Dallas vertreten wurde, deutet heute vieles auf eine Verschwörung hin. Den Beteilgiten war es wichtig, nicht zu Lebzeiten überführt zu werden, denn Mord verjährt nicht. Doch die Zeit ist um. Einige von ihnen sind längst tot und haben am Sterbebett eine Nachricht für uns hinterlassen. Der Rolling Stone veröffentlichte 2007 posthum ein Tondokument mit den Geständissen von E. Howard Hunt, dem Mitinitiator der Schweinebucht-Invasion, dem missglückten Militärcoup zur Ermordung von Fidel Castro.

Der ursprünglich von Eisenhower unterstützte CIA-Plan, bei dem 1500 Exilkubaner in Miami trainiert wurden, 1961 in Kuba einmarschierten und zum Großteil gefangen genommen wurden, sorgte für Verstimmung bei allen Beteiligten. Grund: CIA-Direktor Allen Dulles hatte hoch gepokert und auf Militärunterstützung durch Kennedy spekuliert. Doch dieser wollte nicht einen weiteren Weltkrieg riskieren und versprach, „die CIA in 1000 Teile zu schlagen".

Er wandte sich vertrauensvoll an das Pentagon und geriet an den Stabsvorsitzenden Lyman Lemnitzer. Dieser presentierte im März 1962 das Skript für Operation Northwoods, das Ende 1997 erstmals veröffentlicht wurde: Eine Reihe von CIA-Anschlägen innerhalb der US sollten den Kubanern in die Schuhe geschoben werden, um öffentliche Unterstützung für einen weiteren Krieg gegen Castro zu erlangen.

Kennedy hielt auch diese Pläne für verrückt, und lehnte weitere Schritte in diese Richtung ab: "... Wir erhielten einen heftigen Tritt ans Knie und verdienten ihn. Aber vielleicht lernen wir etwas daraus." Er degradierte Lemnitzer, der daraufhin nach Europa versetzt wurde und bis 1969 als Supreme Allied Commander auf seine Kosten kam: Mit dem Aufbau der geheimen "stay behind"-Armeen und Gladio-Anschlägen auf die Zivilbevölkerung, um öffentlichen Unmut gegen den Kommunismus zu erregen.

Das Militär war stinksauer. 1961 hatte er noch die SEALs-Spezialeinheit erschaffen und von der Notwendigkeit, militärisch entschlossen aufzutreten, gesprochen. Nun war er sogar gegen den Einmarsch in Vietnam. Zwar beauftragte er Lemnitzer mit "Natial Security Action Memorandum 55" zu "Cold War Operations", also geheimen Operationen gegen den Kommunismus, doch die 1940 angelaufene Kriegsmaschinerie wollte mehr und konnte keinen Frieden ertragen.



jfkassassinationlegacy.blogspot.com

Kennedy dagegen setzte sich gegen Atomtests ein, stimmte zur Beendigung der Kubakrise einem Abzug der Atomwaffen aus der Türkei zu und unterzeichnete mit der Sowjetunion ein Abkommen zur teilweisen Bannung von Atomtests.

Er war vielen im Weg, doch er war populär. „Mr. President, man kann nicht sagen, dass Dallas Sie nicht liebt", Frau von Gouverneur Connally angesichts der vielen freundlich winkenden Menschen am Straßenrand und Kennedy hatte zugestimmt: „Nein, das kann man ganz sicher nicht sagen.". Es waren seine letzten Worte.

Nicht nur die Clique um Eisenhower und Lemnitzer war sauer, auch die Mafia aus Chicago. Tony Accardo and Sam Giancana fühlten sich hintergangen, nachdem sie die Auszählungen in Illinois "überwacht" hatten, um Kennedys Wahl zu sichern. Nun waren sie Ziel von Robert "Bobby" Kennedys Ermittlungskampagne gegen das organisierte Verbrechen. "Jack" Kennedy hatte seinen Bruder kurz nach der Wahl zum Justizminister gemacht. Im Gegenzug vermittelte dieser regelmäßigen Damenbesuch ins Weiße Haus, was den Kennedys die Verachtung des FBI-Direktors Hoover einbrachte, den zudem Revierstreitigkeiten mit Bobby bei Ermittlungen aufbrachten. Er steurte den "kommunistischen Agenten" Oswald bei, der für 200 $ beim FBI angestellt war.

«Wenn du das tust, bringen sie dich um!» soll sein Vater ihn im Weißen Haus angeschrien haben. Es ging um die Unterzeichnung der Executive Order 11110 am 4. Juni 1963, welche das Finanzministeriums zur Zeichnung silbergedeckter Banknoten ermächtigte. Laut Jim Marrs, der 30 Jahre lang Vorlesungen über die JFK-Ermordung gab, sei dies als Entmachtung der FED und damit Hauptgrund für Kennedys Ermordung zu werten, womit dessen Vater Recht behalten hätte. Der Makroökonom G. Thomas Woodward wandte ein, dass dies nur ein Akt zur Erhöhung der Bequemlichkeit gewesen sei, und niemals ausgeführt wurde.

Lyndon B Johnson war versessen darauf, Präsident zu werden, konnte sich jedoch bei der Wahl 1960 nicht gegen Kennedy durchsetzen und erlangte nur dessen Stellvertreterposten. Auf Grund seiner Bestechlichkeit hatte er dessen Gunst verloren und fürchtete das Ende seiner Karriere. Als Nachbar und enger Freund von Hoover, mit dem seine Interessen zusammen fielen, ersann er Schritte, um Kennedy vorzeitig lo szuwerden.

CIA-Chef Allen Dulles fürchtete Budgetkürzungen und beauftragte David Atlee Phillips, den Auftragsmörder James E. Files mit Lee Harvey Oswald und dem Gelände in Dallas vertraut zu machen. Der entscheidende Deal entstand zwischen Giancana aus Chicago und Phillips, die bereits we-

gen der vereitelten Ermordung von Castro zusammen gearbeitet hatten.

In 8,3 Sekunden wurden laut der von Lyndon B. Johnson einberufenen Warren-Kommssion, die den Fall abschließend untersucht hatte, 3 Schüsse von Oswald abgefeurt. Zu viele für das gefundene Gewehr. Zudem saß dieser keine zwei Minuten später nachweislich mit Cola in der Kantine ohne einen Schuss abgegeben zu haben. Den Rest der Mörderbande hatte Files am Morgen des 22. November getroffen. Charles Nicoletti und Johnny Roselli aus Chicago feuerten vom Daltex-Gebäude gegenüber des Schulbuchlager. Files stand hinter einem Bretterzaun auf dem Grashügel und gab den entscheidenden Kopfschuss von vorn ab. Sein Geständnis findet sich zusammen mit einem zweistündigen Film auf jfkmurdersolved.com.

Erschossen wurde nicht nur Kennedy, sondern am darauf folgenden Tag auch sein angeblicher Mörder, damit dessen Sicht niemals aktenkundig wurde. Am 25. November 1963 schrieb die New York Times: „Der Mörder des Präsidenten wurde im Korridor des Gefängnisses durch einen Bürger von Dallas erschossen.“. Gemeint war Ruby. Doch auffälligerweise sprach der Autor nicht vom "mutmaßlichen" Mörder Oswald, sondern kolportierte die offizielle vorher festgeschriebene Version der Verschwörer. Bemerkenswert auch, dass bereits zwei Stunden nach dem Attentat, noch bevor die Polizei von Dallas Gewissheit über die Ereignisse erlangt hatte, in Australien ein umfassender Zeitungsbericht mit biographischen Details über Oswald erschien. Für die damalige Zeit ohne Internet eine erstaunliche Leistung.

"Bobby" wurde von Hoover telefonisch lapidar über das Attentat informiert und glaubte nicht an die offizielle Version. Das Verhältnis der beiden war wegen ohnehin unterkühlt. Er schickte seinen Beamten Walter Sheridan los, um die Angelegenheit zu untersuchen, welcher innerhalb von zwei Tagen berichtete, der Nachklubbesitzer Jack Ruby hätte einen "Haufen Geld" von Gangstern aus Chicago erhalten. Robert Kennedy kandidierte 1968, um als nächster Präsident die Verschwörung aufzudecken, aber wurde vorher ebenfalls ermordet.

Der Mitverschwörer Hunt nannte die Namen, die bei der Ermordung Kennedys involviert gewesen sein sollen: Lyndon B. Johnson, der nachfolgende Präsdient, Cord Meyer, David Phillips, Frank Sturgis, David Morales, William Harvey, und Lucien Sarti. 1971, zwei Jahre vor seinem Tod, spricht Johnson von Verschwörung und gesteht: "Wir haben damals ein verdammtes Mordunternehmen [Murder Inc.] in der Karibik veranstaltet."

Richard Cotrell, Autor von "Gladio: NATO's Dagger at the Heart of Europe" hält Lemnitzer für den Drahtzieher hinter dem Mord. Das Militär war anwesend bei der Autopsie und verhinderte eine genaue Untersuchung.

Berliner Bürgermeister, Willy Brandt, sagte: „Eine Flamme ist erloschen für alle Menschen, die auf einen gerechten Frieden und auf ein besseres Leben hoffen. Die Welt ist an diesem Abend sehr viel ärmer geworden.“

Es bleibt eine Vermutung, doch vielleicht wäre der Rest des 20. Jahrhundert friedlicher verlaufen. Kennedy hatte Ambitionen, die Welt zu verändern und was noch viel gefährlicher war: Er hatte das Potential.

2053 seit 1945

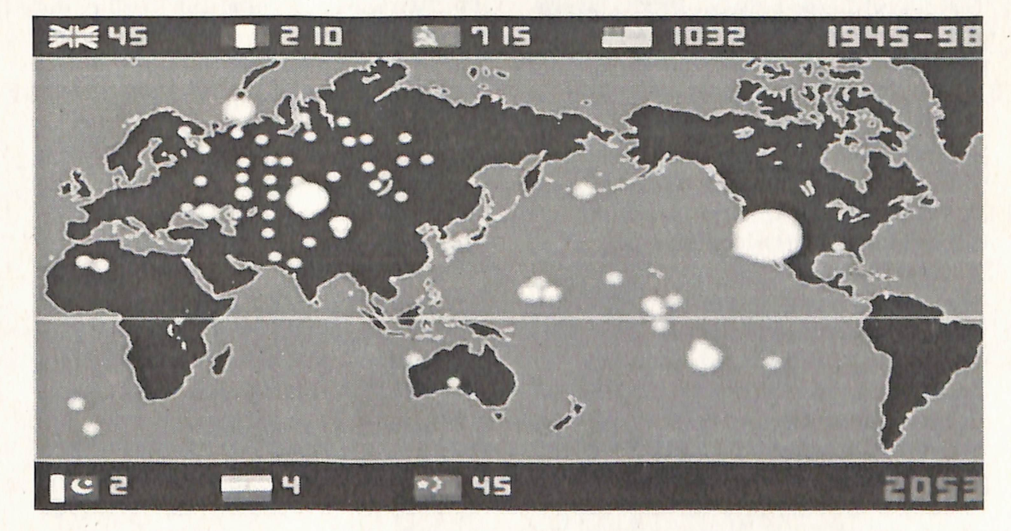
Atomtests im 20. Jahrhundert

In seiner 14 minütigen Animation "1945-1998" veranschaulicht Isao Hashimoto die Geschichte die irren Folgen des Wettrüstens. Das Video zeigt akustisch und optisch jede Atomexplosion - auf dem Höhepunkt 140 im Jahr 1962. die orbitalen Atomtests während der Kubakrise nicht miteingerechnet.

Keine der tausenden produzierten und getesteten Bomben hatte einen Sinn für die Menschheit. Es zeigt "die Angst und Torheit nuklearer Waffen", so der Künstler: "Ich habe diese Arbeit erstellt, damit Menschen das extrem ernste, aber aktuelle Problem unserer Welt erkennen können."

Beginn des Wettrüstens

Nach erfolgreichem Test des Manhatten-Projekts, der einen Krater mit 340 Meter Umfang aus drei Meter dickem Trinit-Glas in der Wüste von New Mexico hinterließ, gab Präsident Truman am 17. Juni 1945, auf der Potsdamer-Konferenz Stalin den Hinweis auf seine einsatzbereite neue Superwaffe. Obwohl Berichte über Atomforschung seit 1999 aus amerikanischen und britischen Medien und Bibliotheken in Orwell-Manier getilgt wurden, hatte dieser bereits 1942 nach Berichten des Wissenschaftlers Georgy Flyorov über die verdächtige Stille ein sowjetisches Atomprogramm initiiert, das aus Mangel an Uranerz erstmals vier Jahre später, am 29. August 1949, in Semipalatinsk in der kasachischen Steppe mit dem ersten der dortigen 456 Atomtests das atomare Wettrüsten einläutete. Im Dezember desselben Jahres setzte die US-Regierung im Rahmen des "Green Run"-Testprogramms an der Hanford-Atomanlage 200 verschiedene Radionukleide frei, um zukünftige sowjetische Atomtests besser erkennen zu können - eines von vielen unethischen Nuklearexperimenten ohne WIssen und mit unfreiwilliger Beteiligung der Zivilbevölkerung.



Gladio: NATO-Terror in Europa

kardan Dass die North Atlantic Treaty Organization (NATO) kein Friedensbündnis ist und niemals war, zeigt ein Blick auf ihre Anfänge. Seitdem wurde die zivile Welt militarisiert und ihr militärischer Apparat ist explodiert. Wenn Merkel von der Notwendigkeit eines "europäischen Rettungsschirms" spricht, ist das Vokabular aus der Zeit des atomaren Wettrüstens und deutet den zivil-militärischen Charakter internationaler Wirtschaftspolitik an.

Wie auf der Teheran-Konferenz im November 1943 und im Februar 1945 in Yalta angekündigt, erklärte Stalin exakt drei Monate nach der Kapitulation von Nazi-Deutschland Japan am 8. August 1945 den Krieg. Eine Stunde später begannen seine Truppen an drei Fronten mit dem Einmarsch in die Manschurei im Nordosten Chinas, die 1931 in Folge des ersten japanisch-chinesischen Krieges von Japan annektiert worden war. Es ging damit um lang umkämpftes Gebiet und jeder Tag der Überraschungsoffensive brachte territoriale Vorteile für die Sowjetunion. Bereits 1939 hatte diese Japan bei Grenzkonflikten um Khalkhin Gol unterworfen und 1941 in einen Neutralitätspakt gezwungen, welcher im April 1946 ausgelaufen und laut Stalin nicht erneuert worden wäre.

Da 1948 in Folge des kommunistischen Februarumsturzes in der Tschechoslowakei und der Berlin-Blockade im April die im September 1948 gegründete Westeuropäische Union ohne die USA als nicht handlungsfähig genug erschien, wurde am 4. April 1949 in Washington der Nordatlantikpakt zur Gründung der NATO unterzeichnet. Laut deren ersten Generalsekretär Genernal Ismay galt es, "die Russen draußen zu halten, die Amerikaner rein zu holen und die Deutschen unten zu halten.". Der erste Stellvertreterkrieg der beiden Besatzermächte unter UN-Beteiligung in Korea 1950 verstärkte die Angst vor einer sowjetischen Invasion, sodass Europa massiv aufgerüstet werden sollte. Dies gelang trotz umfangreicher Militärhilfe der boomenden US-Industrie nur stockend, doch die finanzielle Unterstützung des Marschall-Plans schweißte Europa langfristig an das Militärbündnis.

Während GB und USA stritten, wie sie Griechenland und die Türkei langfristig unter militärische Abhängigkeit bringen könnten, forcierte Konrad Adenauer heimlich die Gründung einer westdeutschen Armee und bekräftigte öffentlich die Notwendigkeit von 50.000 (Polizei-) Truppen in Deutschland. Seit 1952 wurden von der CIA Nazigrößen zum Aufbau des späteren BND angeworben (Operation Gehlen). Ein Beitrittsgesuch zur NATO seitens der SU zur Stärkung des Friedens in Europa von 1954 wurde aus Angst vor der Unterhölung des Bündnisses abgelehnt und statt dessen 1955 mit dem Beitritt der BRD beantwortet. Zwei Jahre nach der Stationierung von 16 "Atom-Anni" in Mainz, Nürnberg, Bamberg-Breitenberg und Grafenwöhr konnten damit Wehrmachtoffiziere neben den neu gegründeten Bundesnachrichtendienst und Bundesamt für Verfassungsschutz nun auch in der NATO Karriere machen.

Mit der 1952 eingeführten Strategie der "Vorwärtsverteidigung" sollte die Unterlegenheit bei konventionellen Waffen gegenüber der SU mit Atomwaffen ausgeglichen werden, 1957 konkretisiert durch das Abschreckungskonzept der "Massiven Vergeltung". Weil sich Kennedy gegen eine selbstständige europäische NATO-Atomstreitkraft aussprach, legte General Norstad, der als Supreme Allied Commander Europe (SACEUR) - NATO-Kommandeur in Europa - wiederholt auf einen stärkeren Aufbau der NATO-Truppen mit Langstreckenraketen gedrängt hatte, ein Rücktrittsgesuch ein und wurde nach der Kubakrise im Oktober 1962, bei der die SU den Abzug der 26 1960 dort stationierten Jupiter-Langstreckenraketen erwirkte, am 1. Januar 1963 von Lyman Lemnitzer abgelöst.

Lemnitzer als SACEUR

Als Mitglied der faschistischen John-Birch-Gesellschaft war Lemnitzer fasziniert von der Präzison des Aufseherstaates in Nazi-Deutschland. Von ihm stammt der Plan für die nicht ausgeführte "false flag"-Operation Northwoods, um Amerika in den (Atom-) Krieg gegen Kuba und damit Rußland zu zwingen. Der Autor und Historiker Richard Cottrell sagt in einem Interview: "Eisenhower kam ihm zur Hilfe durch Erhebung ins Pentagon. Er behandelte Lemnitzer wie seinen eigenen Sohn und machte ihn zum Kommandeur der Armee und später des Pentagon. Eisenhower ermöglichte das Wiedererstarken des militärisch-industriellen Komplexes und leitete das Wettrüsten ein, um die Verbreitung von Atomwaffen auf der ganzen Welt voran zu treiben. Er gehörte damit zu den Verfechtern "künstlicher Angst", welche der Bevölkerung einhämmerten, es wäre unsicher, dass sie am nächsten Morgen wieder aufwachen würden. Er machte damit nicht Rußland oder den Kommunismus, sonden die Bevölkerung zum eigentlichen Feind, den es auf die Seite des Staates zu zwingen galt."

Als NATO-Befehlshaber in Europa gründete Lemnitzer gemäß der Strategie der Angst militärische Schläferzellen für die als real angesehene Möglichkeit, dass sowjetische Truppen Europa überrennen würden. Ähnlich der Nazi-Strategie "Operation Werwolf" sollten diese bei einer militärischen Niederlage hinter den Linien Attentate und Sabotageaktionen auf Infrastruktureinrichtungen wie Bahnlinien, Bahnhöfe und Brücken verübt werden.

Nach dem Vorbild der britischen Special Operations Executive wurden seit den 1950er Jahren Agenten ausgebildet und europaweit illegale Waffendepots angelegt. Im Raum Fulda wurden entlang der Grenze 141 sogenannte Zebra-Pakete, Nuklearsprengkörper gelagert, um da-



Lyman Lemnitzer befürwortete als US-Militärstabschef Anschläge auf die Zivilbevölkerung und übertrug diese Strategie ab 1963 als NATO-Befehlshaber auf Europa.



mit kurzfristig neuralgische Punkte sprengen zu können.

Als die sowjetische Invasion ausblieb, sollte analog zu Lemnitzers Strategiekonzept gegenüber Kuba mit gezielten Anschlägen auf die Zivilbevölkerung Angst vor dem Kommunismus geschürt werden.

Gladio

Als erste der bei der NATO intern "stay behind" genannten Geheimarmeen wurde 1990 der italienische Zweig mit dem Codenamen Gladio aufgedeckt. Der Begriff entwickelte sich in Folge zu einer Bezeichnung für alle europäischen Geheimarmeen, obwohl diese unter unterschiedlichen Decknamen agierten, zum Beispiel SDRA8 in Belgien, BDJ-TD in Deutschland, Red Sheepskin in Griechenland, Absalon in Dänemark, O bzw. I in den Niederlanden und Counter-Guerilla in der Türkei.

Die deutlichsten Belege lieferte der italienische Neofaschist Vinciguerra mit seinem Geständnis, bei seinen Anschlägen durch staatliche Strukturen gedeckt worden zu sein. Der Untersuchungsrichter Casson ermittelte zum Bombenattentat von 1972 "dass Mitglieder des italienischen Militärgeheimdienstes SISMI, Neofaschisten und Teile des von NATO und CIA betriebenen Gladio-Netzwerks von den 1960ern bis in die 1980er Jahre zahlreiche politisch motivierte Terroranschläge und Morde in Italien begangen hatten".

Die darauf folgende italienische Staatskrise Anfang der 1990er Jahre nahm Hermann Scheer zum Anlass für Anfragen bei deutschen Behörden, die pauschal und unglaubwürdig dementiert wurden und kaum medialen Wiederhall fanden.

Gladio in Deutschland

In Deutschland wird der Anschlag auf das Oktoberfest 1980 durch eine Metallsplitterbombe in einem Papierkorb in Verbindung zu Gladio gesehen. Nach kurzen Ermittlungen stand die Einzeltäterthese schnell fest, auch wenn diese von einigen Seiten u.a. auf Grund staatsanwaltschaftlich festgestellter Verbindungen des mutmaßlichen Täters zur neonazistischen Wehrsportgruppe Hoffmann angezweifelt wurde (vgl. die Dokumentation "Gladio - Geheimarmeen in Europa" von 2010).

Zur damaligen Praxis von Geheimdiensten, Terroranschläge unter falscher Flagge zu verüben und militante Gruppen zu unterstützen passt auch der unter dem Titel "Aktion Feuerzauber" 1986 durch das Bundesamt für Verfassungsschutz durchgeführte Sprengstoffanschlag auf eine Außenmauer des Celler Gefängnisses, bekannt als Celler Loch. Die Tat wurde medial der Rote Armee Fraktion zugeschrieben und sollte Ressentiments der Bevölkerung gegen deren ohnehin offenkundige Militanz stärken.

Der Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt antwortete auf die Frage, ob es mit Blick auf die RAF eine besondere Form des Terrorismus in Deutschland gegeben habe: "Ich habe den Verdacht, dass sich alle Terrorismen, egal, ob die deutsche RAF, die italienischen Brigate Rosse, die Franzosen, Iren, Spanier oder Araber, in ihrer Menschenverachtung wenig nehmen. Sie werden übertroffen von bestimmten Formen von Staatsterrorismus." und auf weitere Nachfrage "Belassen wir es dabei. Aber ich meine wirklich, was ich sage".

Im Mai 2013 erklärte der "Koordinator der Bundesregierung für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung" Eckart von Klaeden: "Infolge der weltpolitischen Veränderungen hat der Bundesnachrichtendienst in Abstimmung mit seinen alliierten Partnern zum Ende des 3. Quartals 1991 die Stay-behind-Organisation vollständig aufgelöst."

Während es in anderen Ländern Europas Untersuchungsausschüse zu Gladio gab, halten die Widerstände gegen eine öffentliche Aufklärungen über Gladio in der BRD bis heute an. Fakt ist jedoch, dass mit Gladio eine Geheimdienststruktur geschaffen wurde, die bis heute weder restlos aufgeklärt wurde und die Mentalität von Beamten nachhaltig geprägt hat.

Quellenangaben zum Artikel sind online im grbl-Wiki verlinkt: http://wiki.gruenes-blatt.de/index.php/2013-03

Rubrik: Militarisierung
Artikel für diese Rubrik kannst du bis zum 14.02.14 einsenden. Beiträge von (ehemaligen) Gefangenen sind sehr willkommen. Das grüne blatt ist für Gefangene kostenlos. Falls du von interessierten Gefangenen weißt, immer her damit.
Kontakt: militarisierung@gruenes-blatt.de

Der schweizer Historiker und Friedensforscher Daniele Ganser legt im 2008 auf deutsch (englisch 2005) erschienen Buch "NATO-Geheimarmeen in Europa" dar, dass die NATO niemals nur ein defensives Bündnis zum Schutz vor Angriffen gedacht war. Im Klappentext heißt es: "Es geht dabei um antikommunistische verdeckte Einheiten, welche nach dem Zweiten Weltkrieg von CIA und MI6 aufgebaut wurden und sich darauf vorbereiteten, im Falle einer sowjetischen Invasion von Westeuropa hinter den feindlichen Linien als Guerilla zu kämpfen um die besetzten Länder wieder zu befreien.". Zu einem Sammelband über den 11. September 2011 steuerte er das Kapitel „Verdeckte Kriegsführung" bei, in welchem er drei Haupt-Theorien zu den WTC-Aschlägen ausmacht: 1) SURPRISE, 2) LIHOP (Let It Happen On Purpose) 3) MIHOP (Make It Happen On Purpose).

Im Einklang mit der Truther-Bewegung zweifelt Ganser die offizielle Version der Ereignisse an und fordert eine "unabhängige wissenschaftliche Untersuchung" bezüglich des 11. Septembers.

In "Peak Oil: Erdöl im Spannungsfeld von Krieg und Frieden" schreibt er: „Vieles deutet indes darauf hin, dass der Irakkrieg ein klassischer Ressourcenkrieg ist, welcher es den USA erlaubt, vor Erreichen des Peak Oil und dem globalen Förderrückgang wichtige Erdölquellen zu besetzen, um dadurch gegenüber den Konkurrenten China, Europa und Russland eine Machtposition aufzubauen. Alan Greenspan, der frühere Direktor der US Federal Reserve, meinte in diesem Kontext: ‚Ich finde es bedauerlich, dass es politisch unkorrekt ist, zuzugeben, was alle schon wissen: Beim Irakkrieg geht es um das Erdöl.'" Das Schweizer Institut für Friedensforschung und Energie (Swiss Institute for Peace and Energy Research), SIPER, "untersucht unter der Leitung von Dr. Daniele Ganser aus geostrategischer Perspektive den globalen Kampf ums Erdöl und das Potential von erneuerbaren Energien."

Sein zweistündiger Vortrag über die Geschichte der Geheimarmeen der NATO ist im Internet veröffentlicht.

NSU & VS - Lügen, Vertuschung, Zensur

Wie viel Staat steckt im "Nationalsozialistischen Untergrund" (NSU)?

Müssen wir uns im Rahmen der allgemeinen Militarisierung nun auch an blutige Gewalt a la Nagelbomben und öffentliche Exekution gewöhnen, wie sie von NS-Untergrund (NSU) verübt wurden? Laut der WDR-Dokumentation "Nazis im BND" bestanden Verfassungsschutz (VS) und Bundesnachrichten (BND) seit ihrer Gründung aus Nazis. Nach dem Totrüsten der SU und Wegfall des Systemfeindes wurde die NATO-Strategie der Spannung (Gladio) offiziell eingestellt und vom V-Leute-System abgelöst. Es zielte auf den Aufbau von NPD-Strukturen in den Neuen Bundesländern durch den Verfassungsschutz (VS). Begründet wurde und wird dies damit, existierende rechte Kräfte unter Kontrolle zu bringen. Faktisch finanzierte der Staat den rechten Sumpf jährlich mit 20 Mio. Euro und führt 130 Vertrauenspersonen in der NPD.

verfassungswidrige Praktiken des VS

Weil jeder siebte NPD-Funktionär Geld vom VS erhielt, lehnte das Bundesverfassungsgericht den NPD-Verbotsantrag ab: "Auch ihre Aussagen sollten als Beweise dienen. Die Richter mussten sich fragen: Sollten am Ende vom Staat bezahlte Informanten zur Systemfeindlichkeit beigetragen haben?" (spiegel). Wegen der „fehlenden Staatsferne“ erteilten die Richter dem VS die implizite Aufgabe vor einem erneuten Antrag die V-Leute abzuziehen. Doch die Wortwahl offenbart das Logikproblem: Es handelt sich nicht um vom Staat kontrollierbare Informanten, denn die V-Leute-Praxis umfasst die Anwerbung und Bezahlung von Straftätern mit rechter Gesinnung, faktisch Erpressung von Informationen für gewährte Straffreiheit.

"Als ich eine Anzeige gegen den Mann geschaltet habe, weil er auf mein Kind losgegangen ist, dauerte es keine halbe Stunde, bis der VS sich gemeldet hat", V-Frau Franka stellt in der ZDF-Dokumentation "Brandstifter im Staatsauftrag?" dar, wie der VS ihre Situation ausnutzte: "entweder du unterschreibst, oder deine Kinder sind weg". Für Bernd Wagner von der Naziausteigerorganisation Exit ist damit die Grenze der Nötigung überschritten: "Um den Staat mit Informationen zu versorgen, haben sie im Staatsauftrag Parteistrukturen aufgebaut für effektivere länderübergreifende Zusammenarbeit."

Im Dezember 2012 sprachen sich die Innenminister der Länder für einen erneuten Verbotsantrag aus, der noch 2013 eingereicht werden soll. Nur die CDU sperrt sich noch.

Doch das allein reicht nach den Vertuschungsskandalen nicht aus, um die strukturelle Rechtslastigkeit der übrigen Behörden zu beheben. Mindestens ist die Verfassungswidrigkeit des Verfassungsschutzes selbst zu prüfen. Der erste NPD-Verbotsantrag von 2001 war seitens der Antragsteller wesentlich mit Zitaten von Verfassungsschutzmitarbeitern begründet worden.

Die Forderung, den VS an sich abzuschaffen, nicht nur das explosive V-Leute-System, beantwortet Binninger entlarvend: "Wer macht dann die Aufgabe der Überwachung, wenn Strukturen entstehen? Etwa die Polzei? Aber diese hätte doch die Aufgabe einzugreifen. Das wäre eine ganz seltsame Entwicklung, wo ich nur vor warnen kann." Falls also die Forderung, V-Mittel auf 0 zu kürzen, nicht umgesetzt werden, hilft vermutlich nur noch konsequente Steuervermeidung.

Ermittlung unerwünscht

Schon 1997 wusste das BKA in einem internen geheimen Schreiben zu vermelden: "Es bestehen konkrete Anhaltspunkte, dass dadurch Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden vereitelt oder unterlaufen werden, wodurch letztlich nicht nur die Quellen, sondern die gesamte Szene vor Strafverfolgung geschützt wird." Dass dies kein Anlass zu strukturellen Maßnahmen war, ist Beweis für die Motive des Innenministeriums, dem der VS untersteht. Nur mit attraktiven Anreizen sei es möglich, die immer brutaleren Nazis unter Kontrolle zu halten. Kanzleramtschef Friedrich verrät den Fachjargon für diese widersinninge Praxis: "ungewollte Anschubfinanzierung". (ZDF-Doku "NSU im Staatsauftrag? vom 23.07.2013")

Von Helmut Röwer, Leiter des Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Thüringen – oder sollte ich sagen Heimatschutz – lernen wir: "Einen V-Mann zu schützen ist wichtiger als das Aufklären von Straftaten". Am 21. Januar 1999 erklärte er auf einer Podiumsdiskussion in Jena vor den Nationalsozialisten des Thüringer Heimatschutzes: "Die sollten mal fragen, was sich für die meisten Menschen mit dem Dritten Reich noch verbindet. (...) Eine richtige Schlussfolgerung kann ein ganz normaler Mensch nur dann ziehen, wenn man ihm gesagt hat, was passiert ist, und zwar die schlechten und die guten Seiten. (...) Das Dritte Reich ist eine bestimmte Epoche in der deutschen Geschichte, und diese besteht nicht nur aus Verbrechen.“

Tino Brandt, V-Mann und Mitbegründer des Thüringer Heimatschutz ("Umweltschutz ist Heimatschutz gegen Drogendealer, Linke, Rote, Kriminelle – alles was irgendwie Probleme macht") erhielt mehrere tausend DM und Strafverfahren gegen ihn wurden eingestellt. Als 2001 seine Tarnung aufflog, erklärt er freimütig vor der Kamera: "Das Geld ist definitiv in den Aufbau unserer Organisation geflossen".

Dazu bei einer Presseerklärung befragt, erklärt der damalige Ministerpräsident von Thüringen, Köcker: "Die Vermutung kann ich nicht unterstützen" und schweigt die Kamera bei weiteren Nachfragen an. Sein Beisitzer, Thomas Sippel, Kollege von Röwer beim LfW des gleichen Landes, springt für ihn lachend ein: "Wenn wir das wissen würden oder wenn wir Erkenntnisse dazu haben würden, dann würden wir sie nicht hier vortragen vor der Presse".

Michael Rott, NPD-Aussteiger und späterer V-Mann aus Mittweida beschwerte sich über seine Gruppe, Sturm 34: "Es wurde immer brutaler. Menschen wurden im Vorbeigehen grundlos zusammen geschlagen und an die Hauswand gedrückt". Die brutale Gewalt sorgte für ein Klima der Angst, nicht nur für Geschäftsinhaber türkischer Abstammung, die primäres Ziel des NSU waren. Rott hielt es für unerklärlich, warum es so lange gedauert hat, bis die Behörden reagiert haben: "meine Hinweise wurden nicht gewertet und das hat dazu geführt, dass die Gewalttaten immer massiver wurden." Bei der Anklage gegen ihn wurden die Akten, die beim sächsischen Innenministeriums lagerten und ihn hätten entlasten



können, nicht an das Gericht ausgehändigt “zum Wohle des Freistaates”.

NSU-Umfeld

Der in der Presse häufig nur als Trio dargestellte NSU hatte ein weites unterstützendes Umfeld: Mandy S. Deren Identität hat Beate Zschäpe nach ihrem Untertauchen benutzt. Außerdem werden genannt Jan W. sollte Waffen besorgen, Thomas S. Er hat vor ihrem Untertauchen 1,4 Kilogramm Sprengstoff geliefert und war ab Ende 2000 als V-Mann tätig. machtelite.wordpress.com schreibt am 5.5.2013: “Benjamin Gärtner war schon V-Mann, als ihn Temme im Jahr 2003 übernahm. Er hatte Kontakt zur Kasseler rechten Szene, aber auch nach Thüringen und war 2001 bei einer Aktion des Thüringer Heimatschutzes (THS) in Eisenach festgenommen worden. Das war im Untersuchungsausschuss in Berlin zu erfahren. Zum rechtsextremen THS zählten auch Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe sowie die in München Angeklagten Ralf Wohlleben, Carsten Schultze und Holger Gerlach. Der THS war unter starker Mitwirkung des Verfassungsschutzes geschaffen worden und von zahlreichen V-Leuten durchsetzt. Ein führender Aktivist war der V-Mann Tino Brandt. Der thüringer Verfassungsschutz wurde vom hessischen aufgebaut. Aus dem Thüringer Heimatschutz ging das spätere NSU-Netzwerk um Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe und Wohlleben hervor”

organisiertes Wegschauen

Es ist oft von "Ermittlungspannen" und "Staatsversagen" zu lesen neuerdings. In einem Dokument des LfV Dresden vom 28.04.2000 heißt es jedoch: “Das Vorgehen der Gruppe (gemeint ist das Neonazi-Trio) ähnelt der Strategie terroristischer Gruppen, die durch Arbeitsteilung einen gemeinsamen Zweck verfolgen.” Außerdem heißt es weiter im Dokument: Zweck der Vereinigung sei es, “schwere Straftaten gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung zu begehen”. Und: Bei dem Trio wäre “eine deutliche Steigerung der Intensität bis hin zu schwersten Straftaten feststellbar.”

swr schreibt dazu: “Absender des Schreibens mit Briefkopf des Präsidenten ist das Landesamt für Verfassungsschutz in Dresden. Gerichtet ist es unter anderem an den damaligen Innenminister Klaus Hardraht (CDU) und mehrere Verantwortliche seines Hauses. Vom Brief selbst gibt es nur zwei Ausfertigungen. Mit dem Schreiben wird eine sogenannte G10–Beschränkungsmaßnahme gegen das Neonazi-Trio und vier weitere namentlich genannte Unterstützer beantragt. Es geht also um die geheime Überwachung von deren Telefonen und Briefen.” Diese Überwachung, Operation Terzett, wurde jedoch nur halbherzig durchgeführt und brachte kaum Ergebnisse. Weiter heißt es:

Über die Unterstützer heißt es in dem Dokument: Die schnelle, professionelle und praktisch spurlose Flucht des Trios (1998) ist ein Anhaltspunkt dafür, dass sie “ohne die entsprechende Unterstützung ... so nicht realisierbar gewesen wäre. Nur durch engste Bindungen in einem abgeschlossenen Zirkel mit wenigen verschwiegenen Mitwissern wird eine solche Flucht möglich.”

Prof. Christian Pfeiffer: “Hier hat es eine Behörde gegeben, den Verfassungsschutz, die schon im Jahr 2000, vier Monate vor dem ersten Mord, deutlich gesagt hat: Die Drei sind terrorgefährlich im Sinne rechten Terrors.”.

vereitelte Festnahme

Die Durchsuchung der Erfurter Garage am 26. Januar 1998 lieferte aus der Sicht eines Ermittlers traumhafte Beweise: Rohrbomben, TNT, Propagandamaterial und die Adressliste mit relevanten Kontakten der Naziszene. Was geschieht? Ein Polzist raunt dem Anwesenden Uwe zu “Jetzt bist du fällig.”, ein letzter Wink zum Abtauchen. Die zuständigen Ermittler sind auf Lehrgang oder im Urlaub, die Adressliste verschwindet für Jahre in einer Plastetüte in einer Aservatenkammer.

Der Kripobeamte Timo Melzer habe verstärkt versucht, die drei aus dem Verkehr zu ziehen und entschuldigte sich später, dass er nicht hartnäckiger gegenüber Vorgesetzten geblieben sei. Seine Vorgesetzten sahen das anders. Wenn es darum geht, Quellen zu schützen, ist es nicht im Interesse der Ermittler, Bombenbauer zu stoppen.

Dass das Trio 1998 untertauchen konnte, ist also Mitarbeitern der Behörden zu verdanken. Doch warum sollte nicht ermittelt werden? Es scheint also, dass was passiert ist, in der Absicht des Verfassungsschutzes lag. Erst als eine Polizeistreife Opfer der Anschläge wurde, war Schluss. Focus schreibt “Jahrelang wird gemordet quer durch Deutschland. Ein Jahrzehnt lang übersieht die Polizei Gemeinsamkeiten von Morden und Banküberfällen. Die Häufigkeit, mit der Fahrräder an den Tatorten gesehen werden. Die Rucksäcke, die immer wieder zu beobachten sind. Die Beschreibungen der mitteleuropäischen Täter – macht nichts, die Beamten ermitteln in Richtung süd- oder osteuropäischer Mörder.”

verminderter Aufklärungswillen

Schon 2004 wusste Innenminister Schily direkt nach der ersten Explosion noch bevor die Ermittlungen weitere 9 Jahre unterdrückt wurden, das fragliche Umfeld sei “nicht terroristisch, sondern aus kriminellem Milieu”. Aus Versehen werden Akten geschreddert,

Im Namen der Banken

Bayerische Justiz - ein Irrenhaus

Hans Woestler Was waren das noch für Zeiten, als das Königlich Bayerische Amtsgericht als Kultserie im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) tagte und den Zuschauern stets noch eine "kleine Moral von der Geschicht" mit auf den Weg gab. Etliche bayerische Volksschauspieler wirkten darin mit und schufen eine komödiantisch-skurrile und menschliche Atmosphäre. Im Januar 1972 wurde diese TV-Serie aber endgültig eingestellt. Inzwischen, so könnte man meinen, sind Politik und Justiz in Bayern von allen Guten Geistern verlassen zu einem Irrenhaus verkommen – eine vielleicht spezifisch bayerische Situation, die teilweise schon in den kurios anmutenden Geschichten der Fernsehserie des Bayerischen Rundfunks angedeutet wurde. Aus Fiktion mutierte eine schreckliche Realität.

Vor 6 Jahren – am 8. August 2006 – stand der Ingenieur Gustl Mollath nicht vorm Amtsgericht, sondern vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth. Ihm wurde vorgeworfen, er habe seine Frau verprügelt und die Reifen an den Fahrzeugen verschiedener Personen, die gegen ihn tätig wurden, durchstochen zu haben. Die Reifen des Liebhabers seiner Ehefrau wurden jedoch nicht durchstochen.

Mollath hat in der Gerichtverhandlung diese Taten abgestritten – bis heute; und einen eindeutigen Beweis für die Reifenstecherei wurde in der Gerichtsverhandlung nicht erbracht. Die Frau von Gustl Mollath sagte als Zeugin, es sei möglich, dass der auf einer Videoaufzeichnung der Polizei gefilmte Reifenzerstecher ihr Mann sei. Weitere Zeugen gab es nicht.

Was hatte Mollath wirklich getan?

Mit detaillierten Angaben hatte er 2003 die HypoVereinsbank und eine Reihe ihrer Kunden wegen über Jahre hinweg in riesigem Umfang betriebener Steuerhinterziehung durch Verschiebung von Schwarzgeld in die Schweiz angezeigt. Zugleich zeigte er seine von ihm getrennt lebende Ehefrau an, die als Mitarbeiterin der HypoVereinsbank tätig war und in wiederholten Fahrten als Kurierin Schwarzgeld zur AKB-Bank, eine

Fortsetzung von „NSU & VS - Lügen, Vertuschung, Zensur"

Informationen enthalten. Je höher Befragte in der Hierarchie stehen desto auffäliger ist die Tendenz zur Amnesie.

Es sind Details, die vermuten lassen, wie tief dieser Rechtsstaat im braunen Sumpf wurzelt. Wenn BKA-Chef Jörg Ziercke beim Kiesewetter-Mord öffentlich von einer geplanten Beziehungstat spricht und daraufhin vom Vater der Polizistin tätlich angegriffen wird: "Es habe niemals Kontakt zwischen seiner Stieftochter oder einem anderen Familienmitglied und der Gruppe um Uwe Mundlos gegeben, sagte Ralf Kiesewetter der „Ostthüringer Zeitung". Die Meldung sei „frei erfunden, wonach ich ein Lokal besessen haben soll, in dem sich die rechte Szene traf". Treffender lässt es sich nicht zusammenfassen. Laut BKA sei 2007 ein Koch bei Kiesewetters Stiefvater eingestellt worden, der denselben Geburtsnamen wie Beate Zschäpe trägt.

Der Vorgesetzte der ermordeten BFE-Polizistin war Mitglied eines deutschen Ku-Klux-Klan-Ablegers, gegründet von Achim Schmidt, V-Mann des LfV Baden-Württemberg, angeblich als Fliegenfalle für (ostdeutsche) Neonazis. Tatsächlich waren darin nicht nur Polizisten aktiv, sondern auch Thomas Richter aus Halle, der auch auf Uwe Mundlos' Liste steht. Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) führte diesen von 1994-2012 als Corelli. Die Fäden zwischen Neonazis, NSU und Polizei laufen also beim VS zusammen. Günter Stengel, damals Mitarbeiter des LfV in Stuttgart, erhielt von einem ostdeutschen Informanten Hinweise auf den NSU und kannte den Namen Uwe Mundlos. Er musste seinen Bericht löschen: "Eine Gruppe namens NSU sei nicht bekannt".

Motiv der Behörden?

Es ist bekannt, dass Opfer rechter Gewalt zur Zielscheibe der Ermittler werden, wenn sie sich an Behörden wenden. Auch Angehörige von NSU-Mordopfern wie die Witwe Boulgaridis musste eine Vernehmung wegen Drogen- und Menschenschmuggel über sich ergehen lassen. Das passt leider ins verstörende Bild der seit Jahren bundesweit üblichen rassistischen Kontrollen.

Beim Morden an türkischen und griechischen Kleinunternehmern wird weggesehen. Bei einem Mord an deutschen Polizeibeamten ist die Grenze überschritten. Eva Pau sagte nach Veröffentlichung des Untersuchungsberichtes: "Wenn wir nicht deutlich sagen, dass das Problem in dieser Gesellschaft Rassismus heißt, dann kann das immer wieder geschehen und das ist die erschreckende Erkenntnis aus diesem Ausschuss." Das stimmt, aber war vorher bekannt.

weitere Infos

"Es ist ein Wald, in dem Leute lauter Bäume pflanzen und man verläuft sich. Gebt nicht auf, denn es ist eine einmalige Gelegenheit, um den Staat am offenen Herzen zu analysieren und zu verstehen, wie diese Strukturen funktionieren.", Wolf Wetzel, Autor von „VS-NSU-Komplex"

Das "antirassistische Bildungsforum Rheinland", "a.i.d.a. e. V." (München), das "Antifaschistische Infoblatt" (AIB), das "antifaschistische pressearchiv und bildungszentrum berlin" (apabiz), das "Antifa Recherche Team Dresden" (ART), das antifaschistische Magazin "Der Rechte Rand", das "Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus", die antifaschistische Zeitschrift "LOTTA" und andere haben sich nach der Selbstenttarnung des NSU am 4. November 2011 zur Initiative "NSU-watch: Aufklären und Einmischen!" zusammengeschlossen.

Ziele sind eine Begleitung, unabhängige Dokumentation und Bewertung des NSU-Strafverfahrens und der Ermittlungen, sowie die Veröffentlichung von Protokollen der Prozesstage auf: www.nsu-watch.info

Tochter der HypoVereinsbank, verbracht hatte.
Die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth lehnte es jedoch mehrmals ab, insoweit Ermittlungen aufzunehmen. Es folgte eine Strafanzeige seiner Ex, wonach Mollath Waffen in seinem Haus gelagert habe. Ein Großaufgebot der Polizei durchsuchte Mollaths Haus, fand jedoch keine Waffen. Die Dame drohte sogar: Wenn Mollath nicht mit den Schwarzgeld-Beschuldigungen aufhöre, werde sie ihn auf seinen Geisteszustand überprüfen lassen [s. Eidesstattliche Versicherung Edward Braun]. Und mit Urteil vom 8. August 2006 erklärte das Landgericht Nürnberg-Fürth die Angaben Mollaths (hinsichtlich der Geldverschiebungen!) als Wahnvorstellungen ab und ordnete seine Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus an, weil er "gemeingefährlich" sei, wie "verschiedene Straftaten beweisen würden". Dabei stützte sich das Gericht auf ein psychiatrisches Gutachten des Leiters des Bezirkskrankenhauses Bayreuth.
Dieses Gutachten wurde nach Aktenlage erstellt, denn Mollath verweigerte eine Untersuchung. Der ursprünglich mit dem Gutachten beauftrage Psychiater lehnte wegen Befangenheit den Auftrag ab, denn er sei Nachbar eines in der Schwarzgeldgeschichte von Mollath Beschuldigten. Ein weiterer Psychiater, zu einem Vortrag in das Bezirkskrankenhaus Bayreuth angereist, nutzte die Gelegenheit und erstellte nach der Verurteilung ein Gutachten über Mollath. Er kam erstaunlicherweise zum gleichen Ergebnis, wie auch der Leiter der Bezirksklinik.

Bittschreiben, Strafanzeigen, Sprechverbot

Vergeblich wandte sich Mollath vor dem August 2006 mit Bittschreiben und weiteren Strafanzeigen an Politiker, den Generalsstaatsanwalt und den Leiter der Staatsanwaltschaft. Aber mit Bescheid vom 1. März 2005 lehnte das bayerische Justizministerium ab, die Staatsanwaltschaft anzuweisen, der Strafanzeige von Mollath nachzugehen. Eine spätere Landtagseingabe blieb wegen der Stellungnahme des Justizministeriums erfolglos.
Seltsam war in der Hauptverhandlung, dass nicht geprüft wurde, ob die Beschuldigungen des Gustl Mollaths wegen der Schwarzgeldverschiebungen zutreffend sind; und obwohl sie ganz besonders von ihrem Ex-Mann in der Strafanzeige belastet wurde, wurde darauf verzichtet sie hierzu zu verhören. Gustl Mollath schreibt 2006 in einem Brief: "Der Vorsitzende Richter Brixner des Landgerichts Nürnberg-Fürth hat getobt, sobald ich auf die Schwarzgeldverschiebungen der HypoVereinsbank zu sprechen kommen wollte... – Er verbot mir das Wort und wenn ich nicht still wäre, würde er mich des Saales verweisen". Diese Aussage wurde auch von einem am Verfahren beteiligten Schöffen bestätigt.
Zwischenzeitlich gab es psychiatrische Gutachten [von Dr. Simmerl, Dr. Weinberger und Prof. Dieckhöfer], die Gustl Mollath bescheinigen, er sei "völlig normal". Psychiater des Krankenhauses, in dem Mollath seit nunmehr über 6 Jahren untergebracht ist, sagen hingegen, Mollath könne nicht entlassen werden. Er verweigere sich jeder Behandlung.
Bei einem Maßregelvollzug – also der Unterbringung in der stationären Psychiatrie – muss jährlich vom örtlichen Gericht geprüft werden, ob die Voraussetzungen für die Unterbringung noch vorliegen.
Die HypoVereinsbank allerdings wurde im Gegensatz zur Staatsanwaltschaft tätig. Sie hat die Ex-Ehefrau von Mollath und andere Mitarbeiter auf Grund der zitierten Strafanzeige längst entlassen.

Blonde Behauptungen

Nach einer Sendung von Report Mainz im Dezember letzten Jahres und der darauf folgenden Berichterstattung in Print-Medien und im Hörfunk, kam neuer Schwung in die Sache. Auch der Bayerische Landtag befasste sich mit dem Fall Mollath. In der Sitzung des Rechtsausschusses hätte geklärt werden sollen, warum die Staatsanwaltschaft seinerzeit keine Ermittlungen wegen der angezeigten Geldverschiebungen aufgenommen habe. Justizministerin Dr. Beate Merk (CSU) sagte, es sei alles in Ordnung und "in einem Rechtsstaat wird keiner willkürlich untergebracht." Nicht Anzeigen von Schwarzgeldverschiebungen, sondern "massive Gewalt(anwendungen) gegen seine Frau" und Gefährdung "unbeteiligter Dritter" hätten, weil seiner Wahnkrankheit entsprungen ... zur Unterbringung Mollaths im Maßregelvollzug geführt.
Der Vorsitzende des Ausschusses – Franz Schindler (SPD), Mitglied der Richterwahlkommission und in der Fraktion verfassungs- und rechtspolitischer Sprecher – glaubte den Beteuerungen der Justizministerin Dr. Beate Merk (CSU) zur Sache und stimmte gegen seine eigene Fraktion. Dass der Gutachter und dann die Justiz primär Mollaths Reaktionen auf die Geldverschiebungen seiner Frau als Indiz seiner Krankheit werteten, verwischte die Justizministerin. Verschwiegen wurde von dieser Ministerin, dass zwei Gutachter (einer bereits 2007 – einer im Jahr 2011) das wahnhafte Geprägt sein von Mollaths Übergriffen, vor allem aber seine fortdauernde Allgemeingefährlichkeit entschieden verneinten. Die beiden psychiatrische Gutachter bescheinigen, Gustl Mollath sei "völlig normal". Das Urteil des Landgerichts selbst kann von Landtagen weder korrigiert noch geprüft werden. Das ist auch gut so, denn die Gerichte sollen unabhängig sein.
Aber nun plötzlich ermittelt die Steuerfahndung gegen einige von Mollath in der damaligen Strafanzeige genannten Personen. Für die Steuerfahndung sind die Hinweise von Mollath offensichtlich konkret genug.
Im bayerischen Landtag wurde die Justizministerin nunmehr von einer Initiative – bestehend aus den Abgeordneten Inge Aures (SPD), Christine Stahl (Grüne) und Florian Streibl (Freie Wähler) heftig angegriffen. Vorwurf: Sie habe im Fall Mollath dem Landtag nicht die Wahrheit gesagt.
Und laut Nürnberger Nachrichten vom 31.10.2012 wird der Justizministerin Dr. Beate Merk (CSU) vorgeworfen, sie habe noch im Frühjahr von einem "Sammelsurium ohne Beweiswert gesprochen", das Mollath vorgelegt habe, die konkreten Hinweise in diesen Unterlagen habe sie in ihrer Aufzählung "offensichtlich geflissentlich unter den Tisch fallen lassen". Die Abgeordneten der drei Fraktionen forderten Ministerin Merk auf, "schleunigst für eine wahrheitsgemäße Aufklärung im Fall Mollath zu sorgen". "An so viel Unfähigkeit möchte man hier kaum glauben", so die drei Abgeordneten. "Ministerin Merk hat nichts besseres zu tun, als die Vorwürfe als "durchsichtige parteipolitische Motive" gegen sie abzutun".

Rubrik: Knast

Artikel für diese Rubrik kannst du bis zum 14.02.14 einsenden. Beiträge von (ehemaligen) Gefangenen sind sehr willkommen. Das grüne blatt ist für Gefangene kostenlos. Falls du von interessierten Gefangenen weißt, immer her damit.
Kontakt: knast@gruenes-blatt.de

Isolations-Haft in Bayern

Thomas Meyer-Falk In den letzten Wochen machte der Fall des Raimund M. Schlagzeilen, da er seit 2012 in bayrischen Gefängnissen in strenger Isolationshaft gehalten wurde.

Was ist Isolationshaft?

Hier sitzt man nicht nur in einer Einzelzelle, etwas, das viele Inhaftierte schätzen, da sie nicht auf 7 m² mit offener Klo-Schüssel im Zelleneck mit einem Mitgefangenen eingepfercht werden, sondern sie verbringen Tag und Nacht alleine. Einziger Kontakt besteht zu Wärtern, die das Essen bringen oder einen in den Hof eskortieren, um dort die einem zustehende Hofrunde (alleine) zu verbringen. Man ist also ganz auf sich alleine zurück geworfen, ohne menschliche Ansprache. Dazu kommt, dass im Rahmen der dann meist umfangreichen Sonderhaftbedingungen die Zellen besonders kärglich ausgestaltet sind. Der Besitz eigener Sachen ist vollständig oder zumindest weitestgehend verboten: bspw. nur ein, zwei Bücher, kein Fernseher, kein Radio (es sei denn, in der Zellenwand ist ein Zellenradio eingelassen, so wie z.B. im Isotrakt der JVA Straubing).

Selbst nach der eher restriktiven Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte kann eine länger dauernde Isolationshaft Folter darstellen und damit Artikel 3 der Menschenrechtskonvention verletzen.

Der Fall Raimund M.

Herr M. und dessen Bruder Rudi R. werden beschuldigt, im Oktober 2011 in Augsburg einen Polizisten erschossen zu haben. Nach der Festnahme Ende 2011 gerieten Rudi R. und Raimund M. in den Verdacht, im Wege einer Geiselnahme fliehen zu wollen, denn ein Insasse behauptete, von solchen Plänen erfahren zu haben.

Darauf hin wurden die schon bestehenden scharfen Haftbedingungen weiter verschärft und strengste Isolationshaft angeordnet – für Herrn M. besonders belastend, da er schwer an Parkinson erkrankt ist. Die Haftbedingungen für ihn waren zu brutal, sodass er mittlerweile als verhandlungsunfähig beurteilt und das Verfahren vorläufig eingestellt wurde. Die Süddeutsche Zeitung berichtete am 14.11.2013 („Krank durch Einzelhaft"), Raimund M. habe „optische und akustische Halluzinationen", er durchleide eine „schwergradige depressive Episode mit psychotischen Phänomenen". M. leide an permanenter Ermüdung und massiven Schlafstörungen.

Alles Symptome, die seit spätestens den 70er Jahren als Folgen von Isolationshaft bekannt sind. Im Falle von Raimund M. wurden sie vom Sachverständigen Ralph-Michael Schulte dem Gericht vorgetragen. Der Sachverständige bemängelte, dass der schon im September vorgelegte „10-Punkte-Plan" zur Verbesserung der gesundheitlichen Lage des Angeklagten nur teilweise umgesetzt worden sei.

Symptomatisch für die Renitenz der Justizverwaltung: Anstatt der ärztlich vorgeschlagenen kognitiven Therapie wurde dem an Demenz, Depressionen und Parkinson leidenden Angeklagten von der Haftanstalt ein Buch „Gehirn-Jogging" übergeben. Die erforderliche Ergänzung der Ernährung durch eine angepasste Gefängniskost, insbesondere was Proteine anbelangt, besteht laut Süddeutscher Zeitung vom 16.11.2013 in einem zusätzlichen Apfel und einem halben Liter Milch pro Tag; was nach fachlicher Ansicht des Neurologen Schulte nicht ausreichend sei.

Deshalb wurde am 19.11.2013 das Verfahren gegen Raimund M. abgetrennt und vorläufig eingestellt. Jedoch kam er nicht auf freien Fuß, da man nun in der JVA Stadelheim (München) mit therapeutischen Maßnahmen versuchen will, Herrn M. wieder soweit zu stabilisieren, dass er verhandlungsfähig wird.

Selbst der anwaltliche Vertreter der Witwe des toten Polizisten hält den Vorgang und die Isolationshaft für einen „Skandal", wenn auch aus anderen Gründen als die Verteidigung des Angeklagten.

Weitere Fälle

Aktuell sitzt in Straubing im Isolationstrakt Herr D.; ihn lernte ich vor einiger Zeit in der JVA Bruchsal persönlich kennen. Ihm wird zur Last gelegt, zu den führenden Köpfen der „russischen Subkultur" in den Gefängnissen zu gehören und wird alle paar Monate von JVA zu JVA verlegt. Erst nach Kempten, nun nach Straubing. Er verbringt nun Tag und Nacht alleine im Sicherheitstrakt der JVA Straubing.

In der bayrischen JVA gibt es mehrere solcher Trakte, extra einmal erbaut für RAF-Gefangene. Bestehend aus zwei Zellen, dazwischen eine Dusch-Zelle und jeweils zwei Räume für die persönlichen Dinge der Iso-Gefangenen. Neben der Zellentüre gibt es noch eine Schallschutztüre, die verhindern soll, sollten zwei Gefangene den Trakt belegen, dass sie sich durch Rufen durch den Spalt an der Zellentüre verständigen. Hermetische Isolierung. Ein Holzbrett an der Wand als Tischersatz und zwei Bretter als Sitzgelegenheit, dazu ein an die Wand festgeschraubtes Bett. Als Regal für die wenigen Habseligkeiten dienen in die Wand geschlagene Ablageflächen. Ich hatte 1998 selbst das zweifelhafte Vergnügen, diesen Trakt persönlich kennenzulernen.

Wie Herr D. berichtet, werden ihm eigentlich ärztlich erforderliche und in den vorherigen Anstalten auch gewährte Maßnahmen verweigert, eben weil er in Isolation sitze und man dort „sowas" nicht umsetzen könne.

D. beruft sich auf eine Entscheidung des LG Gießen von 2007, als man ihm bescheinigte, es gebe gerade keine Anhaltspunkte dafür, dass er in die „Subkultur" verwickelt sei. Nur neigen Haftanstalten nicht dazu, gerichtliche Feststellungen, zumal wenn sie günstig sind für Gefangene, zu beachten. Außerdem gibt es – leider – immer genügend „Zuträger", alias Spitzel unter der Insassenschaft, die jederzeit bereit sind, alles und jedes zu behaupten, in der Hoffnung, dadurch Privilegien zu erhalten.

Aber Isohaft ist kein original bayrisches Phänomen; auch in anderen Bundesländern sitzen Menschen in Isolation; so im baden-württembergischen Schwäbisch-Gmünd. In der dortigen Frauen-Haftanstalt sitzt seit mehreren Jahren Carmen F. in Einzelhaft:
http://www.swp.de/ulm/nachrichten/art4306,2255546

Jedoch kann sie nun mit Entlassung, nicht nur aus der Isolation, sondern sogar aus der Haft rechnen. Denn sie sitzt seit 2009 in Sicherungsverwahrung, und zwar wurde diese nach-

träglich angeordnet. Etwas, das eigentlich nach der Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte unzulässig ist. Nach einem Anwaltswechsel, mittlerweile vertritt sie der renommierte Münchner Anwalt Ahmed (www.kanzlei-ahmed.de), u.a. spezialisiert auf das Recht der Sicherungsverwahrung, ordnete das Landgericht Ellwangen ihre Freilassung an. Da die Staatsanwaltschaft jedoch in Beschwerde ging, liegt die Sache nun beim Oberlandesgericht Stuttgart zur weiteren Prüfung.

Über den rund 18 Jahre in Isohaft gehaltenen Peter W. (**http://de.indymedia.org/2013/06/346415.shtml**) hatte ich mehrfach berichtet; zwischenzeitlich befindet er sich seit einigen Monaten nicht mehr in strenger Isolierung, sondern im Sicherheitstrakt der JVA Rosdorf, wo er Sicherungsverwahrung verbüßt und zumindest die Gelegenheit hat, andere Sicherungsverwahrte zu sprechen.

Auch in Freiburg, wo ich zur Zeit einsitze, gibt es immer Gefangene und Verwahrte, die in Einzelhaft gehalten werden. Für den Isolationstrakt im 3. Flügel fand man den treffenden Spitznamen „Gaza-Streifen“. Es gibt einen etwas „gelockerten“ Bereich, dieser ist am Eingang des Flügels, und den hochgesicherten Trakt, hinter einer Panzerglasscheibe. Dort wird dann besonders streng, teilweise über Jahre die Isolationshaft vollstreckt. Selbst die wenigen Meter zur Knastdusche legt man dort gefesselt zurück.

Ausblick und Bewertung

Offizielle Stellen weisen stets und ausnahmslos jegliche Kritik zurück, so auch im Falle von Raimund M. Die Justizverwaltung habe stets alles richtig gemacht.

Selbstkritik ist diesen Personen wesensfremd. Es gab immer Isolationshaft und es wird sie, trotz aller Kritik aus der Fachwelt und auch politischer Kritik daran, immer geben. Ist sie doch ein recht praktisches Machtinstrument; wie ein Damoklesschwert hängt das Wissen um die Isotrakte über den Köpfen der Inhaftierten. Sie können sich nie sicher sein, nicht doch vielleicht dort eines Tages auf Jahre in einem der Trakte zu verschwinden. Genügend „Gründe“ wird die jeweilige Anstalt immer finden, denn dort sind kreative Köpfe tätig.

So haben diese Trakte also eine disziplinierende Funktion im Haftalltag. Menschen über viele Jahre, im Fall von Peter W. sogar 18 Jahre, zu isolieren, spricht für sich, für die Einstellung des Personals gegenüber den Gefangenen und auch der Gesellschaft gegenüber diesen Menschen. Denn breite Proteste, wie noch in den 70er oder 80er Jahren, gibt es heute nicht mehr.

„Selbst schuld“ heißt es heute; „er/sie wird es schon verdient haben“. Außerdem sind es doch „eh alles VerbrecherInnen“.

Das ist die vorherrschende Einstellung, die es den Knastleitungen dann noch leichter macht, Menschen über Jahre zu isolieren, denn sie können sich sicher und geborgen fühlen vor gesellschaftlicher Kritik.

Mehr von Thomas Meyer-Falk und Links zum Fall von Raimund M.:

**https://
freedomforthomas.wordpress.com**

Thomas Meyer-Falk
c/o JVA (SV-Abtlg.)
Hermann-Herder-Str. 8
D-79104 Freiburg

Rezension:

Die Welt hinter Gittern

kardan Regina Strehl beschreibt die Sorgen und Nöte von Gefangenen, ihre eigenen Kritikpunkte am Vollzugssystem, das Dilemma der Ärzte und Machtstrukturen im Knast. Sie bemängelt "Die stationäre psychiatrische Abteilung im Justizvollzug kann nur akut behandlungsbedürftige Patienten aufnehmen." und wünscht sich mehr mediale Aufmerksamkeit für die "ganz normalen Abläufe", nicht nur die Skandalgeschichten oder Todesfälle. Sie schaut gespalten auf ihre Knastzeit zurück: "Aber einiges an lieb gewordenen Gewohnheiten wird mir auch fehlen. ... Draußen will und kann ich endlich selbstbestimmt sein mit dem, was ich als Ärztin tue. Ich werde in meiner Praxis arbeiten, um Menschen zu behandeln, die freiwillig ihr Vertrauen in mich setzen." Der empathisch-menschliche Blick einer Ärztin, der ohne Herrschaftskritik auskommt, zeigt, unter welchen Schikanen Gefangene leiden, was aus ihnen über die Jahre gemacht wird und wie machtlos sich selbst Angestellte des Weißen Dienstes manchmal fühlen. "Was ist Resozialisation anderes, als Rückkehr in die Gesellschaft in gewandelter Form? ... Schon als Kind war eines meiner Lieblingslieder das Lied von der Freiheit der Gedanken, die Schranken und Mauern überwinden, selbst wenn wir eingesperrt sind in 'finstere Kerker'. ... Machen wir die Mauern transparent, sehen wir, dass Menschen drinnen wie draußen darum kämpfen, etwas vom Schicksal aufgezwungenes zu akzeptieren." Oder eben auch nicht.

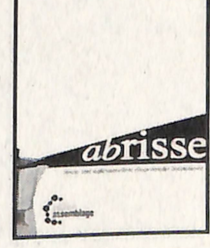


253 Seiten, Herbig-Verlag
ISBN 978-3-7766-2611-7

Rezension:

Abrisse
Innen- und Außenansichten einsperrender Institutionen

apendix Das projekt baul_cken beleuchtet verschiedene Aspekte von Gefängnissen. Aufgebaut ist das Buch aus einigen thematisch gegliederten Texten zwischen Bericht und Interview. Das Buch beginnt mit einer Erläuterung der grundlegenden Knastkritik der am Projekt Beteiligten und einem geschichtlichen Exkurs zur Entwicklung von Strafsystemen mit Betrachtung der gesellschaftlichen Zielsetzungen des Einsperrens. In weiteren Abschnitten widmet sich das Projekt Fragen nach der Rolle von Rassismus, Geschlechterverhältnissen und Heimen im Bezug auf Gefängnisse. Neben der differenzierten Betrachtung der gesellschaftlichen Relevanz von Knästen bereichern verschiedene zu Wort kommenden Personen das Gesamtwerk.



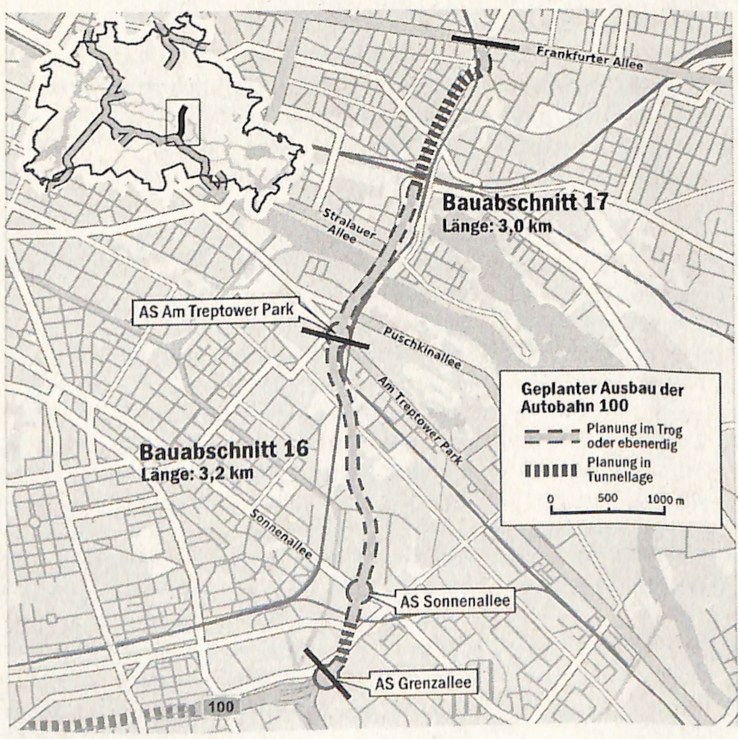
Ich fand das Buch sehr interessant und trotz Komplexität und neuen Denkanstößen gut verständlich und würde es Interessierten verschiedensten Wissensstandes weiterempfehlen.

128 Seiten, edition assemblage, 2011,
ISBN 978-3-942885-06-5

Autowahn und Stadtverwertung – Zu den Protesten gegen die A100 in Berlin

vega In Berlin sind dieses Jahr mal wieder die Fahrpreise im „öffentlichen" Nahverkehr erhöht worden. Wie in den letzten Jahren auch. Wie auch an anderen Orten. Gleichzeitig fallen hier weiter regelmäßig S-Bahnzüge aus oder kommen zu spät, zu einem guten Teil als Folge von Einsparungen in den letzten Jahren. Besserung ist nicht in Sicht, betroffen sind aber ziemlich viele, denn mehr als zwei Drittel der Menschen in Berlin besitzen erfreulicherweise kein eigenes Auto.

Und auch die, die eins haben, beklagen sich über den Erhaltungszustand der bestehenden Straßen. Deren Nutzung mit dem Fahrrad ist mangels Radwegen an vielen Stellen lebensgefährlich und fordert Jahr für Jahr seine Opfer. In dieser Situation soll ausgerechnet eine neue Autobahn gebaut werden.



Eine neue Autobahn für Berlin

Die Pläne, einen zweiten Autobahnring durch Berlin zu bauen, sind alt. Mit dem Bau der Mauer wurden sie zunächst als nicht mehr umsetzbar begraben, dann aber in den 90ern wieder aus den Schubladen geholt. Seitdem werden sie von wechselnden Landes- und Bundesregierungen mit lautstarker Unterstützung der örtlichen Industrie- und Handelskammer vorangebracht.

„Wir" müssen den Gürtel enger schnallen

Im Moment geht es konkret um den drei Kilometer langen 16. Abschnitt der A 100 von Neukölln nach Treptow. Im Oktober 2012 wurden vom Bundesverwaltungsgericht in Leipzig die Klagen dagegen letztinstanzlich abgewiesen (und ein paar kosmetische Korrekturen verordnet), wenig später haben die ersten Arbeiten begonnen. Auf der Strecke wurden neben Gewerbebetrieben vor allem Kleingärten plattgemacht, aber auch der vorgesehene Abriss zweier Wohnhäuser rückt langsam näher. Anstoß nehmen dabei viele an den geplanten Kosten von 470 Millionen Euro. Schon allein im Planungsstadium wären das die teuersten Autobahnmeter, die je in diesem Land gebaut wurden. Gleichzeitig wird den verschiedensten sozialen Bewegungen in der Stadt – etwa gegen steigende Mieten, für den Erhalt kommunaler Einrichtungen oder für menschenwürdige Lebensverhältnisse Geflüchteter – immer wieder vorgebetet, es gäbe kein Geld, „wir" müssten den Gürtel enger schnallen und so weiter...

Ausdruck kapitalistischer Stadtpolitik

Die A 100 ist somit Ausdruck kapitalistischer Stadtpolitik, in der Gelder eben dorthin fließen, wo nennenswerte Profite zu erwarten sind. Autobahnbauten sind einerseits hochprofitabel für die Bauindustrie (besonders die sehr kapitalintensiven Tunnelbauten), andererseits sorgen sie für eine Zunahme des Autoverkehrs, hinter dem eine der mächtigsten deutschen Kapitalgruppen steht. Gleichzeitig steht das Berlin der Herrschenden in Konkurrenz zu den anderen kapitalistischen Metropolen, und hier geht es neben gehobenem Wohnen, Hochkultur, internationalen Flughäfen (Stichwort: BER) eben auch um verwertungskonformen Individualverkehr. Weder für die Kapitalverwertung noch für die Standortkonkurrenz besonders relevant sind dagegen gute Lebensbedingungen für die breite Masse.

Daher laufen auch die Forderungen ins Leere, die Gelder für die A 100 (die überwiegend vom Bund kommen), einfach in eine sozialverträgliche Stadtpolitik zu investieren. Denn Geld ist auch in den Händen des Staates kein neutrales Medium, um Projekt A oder B umzusetzen, sondern soll für Maximalprofite des Kapitals sorgen, ansonsten droht das Ausbleiben von Steuereinnahmen und dementsprechend der Verlust staatlicher Handlungsfähigkeit. Nach diesem Maßstab wird investiert, und das ziemlich unabhängig von den gerade herrschenden Parteien. Eine Bewegung, die einfach nur Korrektiv der Politik sein will, kann nicht viel bewirken, da sie die kapitalistische Wirtschaft mit der ihr entsprechenden Logik und Herrschaftsordnung nicht antastet.

Klar ist aber auch: Die A 100 ist nicht einfach systemnotwendig und daher erst nach einer Revolution zu stoppen. Welches Projekt für die kapitalistische Ökonomie am besten ist, ist eigentlich immer umstritten, „das" Kapital zerfällt in verschiedene Interessengruppen, die alle Einfluss nehmen wollen. Für alle Fraktionen sind aber Unruhen und Revolten Gift, und daher wird der Staat die Interessen der Bevölkerung selten komplett ausklammern, sondern auch mal vor einer Protestbewegung zurückweichen.

Letzteres steht in Berlin zwar noch lange nicht auf der Tagesordnung, ist aber auch nicht komplett utopisch.

Die technischen Eliten stellen am BER-Flughafen in Schönefeld seit Jahren ihre Unfähigkeit bei der Umsetzung politisch gewollter Projekte unter Beweis, die in Berlin mitregierende SPD ist von ihren Spitzen nur mit einiger Mühe auf Autobahnkurs gebracht worden und nicht zuletzt greift Berlin als kleiner armer Stadtstaat jede Menge Bundesgelder ab, die dann für den Autobahnbau in den großen Flächenstaaten nicht mehr zu haben sind. Und auch wenn der jetzt beginnende 16. Bauabschnitt irgendwann mal fertiggestellt werden sollte, geht es trotzdem um mehr. Denn die Politik strebt bereits den Bau des 17. Abschnitts durch Friedrichshain an.

Anders als in der jetzigen Bauphase würde die Autobahn dann mitten durch ein Wohngebiet führen, etliche Wohnhäuser und Clubs müssten der Abrissbirne weichen. Obwohl es noch kein Planfeststellungsverfahren gab, wurden beim Umbau des auf der geplanten Trasse liegenden S-Bahnhofs Ostkreuz schonmal vorsorglich Elemente für einen Autobahntunnel verbuddelt. Ob die jemals zum Einsatz kommen, wird sich erst in etlichen Jahren entscheiden. Dabei werden auch die Proteste gegen den aktuellen Bauabschnitt ihre Rolle spielen.

Die wurden bisher vor allen von zwei Akteuren getragen: Schon seit langem von der Bürgerinitiative Stadtring Süd (BISS), die einen eher legalistischen Kurs fährt und seit dem Urteil aus Leipzig nur noch wenig macht. Aus der BI heraus hat sich vor einigen Jahren das offene Aktionsbündnis A100 stoppen! gegründet, das in der Vergangenheit Demonstrationen und Flashmobs organisierte. Dabei ist es immer wieder gelungen, auf die öffentliche Debatte Einfluss zu nehmen, an den größeren Demos haben einige tausend Menschen teilgenommen. Das Bündnis besteht weiterhin, der Kreis an Menschen, die sich hier organisieren, ist aber überschaubar. Das gilt auch für eine weitere Gruppe, die seit Anfang des Jahres mitmischt: Im Januar wurden mehrere rodungsbedrohte Bäume auf der geplanten Trasse besetzt. Dahinter steht ein Zusammenschluss autonomer stadt- und umweltpolitischer AktivistInnen und der Ortsgruppe von Robin Wood. Die Besetzung befindet sich auf einem Privatgrundstück, dessen Besitzer den Autobahnbau ablehnt. Nach einem sehr unkoordinierten, am Ende abgebrochenen Räumungsversuch am ersten Tag hat die Polizei daher weitgehend Ruhe gegeben. Stattdessen gab es einen damals widerrechtlichen Fällversuch einer vom Senat beauftragten Firma, der verhindert werden konnte.



Baumhaus von Robin Wood in Neukölln

Am 08. Mai haben Senat und Bundesverkehrsministerium am Tag der Befreiung vom Faschismus den ersten Spatenstich für eine Deutsche Autobahn gefeiert. Begleitet wurden sie von einer lautstarker Minidemo und einer Transparentaktion an einem der Zufahrtswege. Im Sommer ist sowohl auf der Besetzung als auch auf der A100 Baustelle nur wenig passiert. Die BesetzerInnen machten Sommerpause und die beteiligten Baufirmen ließen für ein paar Wochen zwei Bagger rumfahren, wohl vor allem um den Eindruck zu wahren, dass irgendetwas passiert. Selbst der Abriss der Kleingärten kam zeitweise ins Stocken und nahm erst wieder Fahrt auf, nachdem in der Zeitung zu lesen war, dass in einer der ehemaligen Gartenkolonien eine Art Slum entstanden war. Soviel zur kapitalistischen Stadtpolitik...

Baumfällung unter Polizeischutz
Momentan mehren sich aber die Zeichen, dass die Situation an der Baumbesetzung in diesem Winter nichts ändert. Die Abrissarbeiten laufen wieder mit hoher Intensität. Ende November kam es unter Polizeischutz zur Fällung von Straßenbäumen, auch direkt an der Besetzung. Obwohl die Resonanz auf die spontane Mobilisierung mager war, konnten die BesetzerInnen die Fällung von einem halben Dutzend Bäume verhindern. Zusammen mit dem Hauptbaum auf dem besetzten Grundstück gehören sie zu den wenigen Objekten, die dem Bau noch im Weg stehen.

Derzeit läuft ein Gerichtsverfahren, an dessen Ende der Senat aller Voraussicht nach zum vorläufigen Besitzer des Grundstücks erklärt werden wird. Wann der entsprechende Beschluss kommt und ob dann sofort geräumt werden wird, ist nicht klar. Eine Räumung und Rodung in diesem Winter ist allerdings wahrscheinlich. Als Reaktion wurde die bisher aus einer hölzernen Plattform bestehende Baumbesetzung zu einem wetterfesten Baumhaus ausgebaut, dass konstant von Kletternden besetzt werden soll.

Eine Räumung ist nicht das Ende
Eine Räumung wäre aber noch lange nicht das Ende des Konflikts. Der Bau der A100 wird sich noch Jahre hinziehen, hier ist ein langer Atem gefragt und das Eingreifen mit verschiedensten Aktionsformen denkbar. Erfolg misst sich dabei nicht nur an der Verhinderung eines konkreten Projekts. Entscheidend dürfte die Frage sein, ob es gelingt, die verschiedenen Kämpfe gegen die kapitalistische Stadt zu bündeln und zuzuspitzen. Es gibt viel zu tun!



Transpi-Aktion vorm Baumhaus

http://www.a100stoppen.de/

Sommer-Mini-Camp 2014 in Südböhmen

BR Als jemand, der schon an mehreren Aktivitäten des Nuclear Heritage Network teilgenommen hat, schätze ich besonders die NukeNews und weiß, dass es keine einfache Sache ist, so etwas ohne großes Geld aufrecht zu erhalten. Für mache von Euch, welche dieses Infonetzwerk noch verbessert sehen möchten (z.B. indem sie einige Übersetzungen machen) und die persönlichen Kontakte unter uns intensivieren wollen, möchte ich anbieten, etwas wie ein Arbeits- und Kennenlern-Camp in der Nähe der südböhmischen Stadt Kaplice, nahe der Grenze zu Österreich gelegen, zu organiseren. Für etwa 5 bis max. 10 Menschen kann ich eine einfache Unterkunft und tlw. Verpflegung anbieten. Den Transport bis mindestens Prag oder Linz müsstet Ihr selber organisieren, mit dem Rest würde ich Euch so gut es geht helfen.

Zeit: etwa eine Woche im Juli oder August 2014. Interessierte schreiben bitte bis etwa März 2014 an b.riepl@eduhi.at.

Die einladende NGO hat einige Erfahrungen und Know-How in grenzüberschreitenden Kooperationen mit Interessen auch den eigentlichen Anti-Atom-Aktivismus überschreitend, indem versucht wird, Kultur- und erneuerbare Energieelemente zu integrieren.

http://sonneundfreiheit.eu
http://slunceasvoboda.eu

Der RWE-Filz

In Deutschland lässt sich sehr leicht eine dichte Vernetzung aus Energiekonzernen und Politik nachweisen, die man mit einiger Berechtigung als „Filz“ bezeichnen kann. Besonders stark mit der Politik verfilzt ist der Essener RWE-Konzern, der sowohl zu SPD- als auch zu CDU-, FDP- und einigen Grünen-Politikern gute Beziehungen hat.

Beispiele hierzu sind u.A. CDU-Politiker Wolfgang Spelthahn, der gleichzeitig Aufsichtsrat der RWE Power AG und Landrat des Kreises Düren ist, oder der frühere SPD-Politiker Wolfgang Clement, der u.a. Bundeswirtschaftsminister und NRW-Ministerpräsident war und heute ebenfalls im RWE-Power-Aufsichsrat sitzt. Allgemein ist die SPD sehr stark auf Kohle fixiert, denn “Mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung gibt es weder eine Deindustrialisierung noch einen übereilten Ausstieg aus der Kohle.”, wie Ministerpräsidentin Hannelore Kraft auf der Lobby-Seite http://www.braunkohle-forum.de mitteilte. Momentan fordert NRW-Witschaftsminister Garrelt Duin sogar, dass Kohle- und Gaskraftwerke staatlich subventioniert werden, da für ihn Braunkohlekraftwerke „als wesentlicher Bestandteil für das Gelingen der Energiewende“ unverzichtbar sind, wie er vor der Industrie- und Handelskammer (IHK) NRW erklärte.

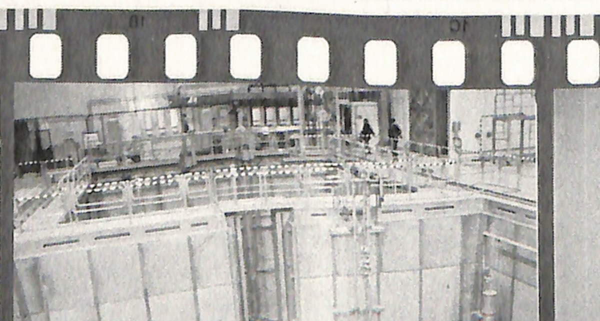
Aber auch vor der Schule macht RWE nicht halt: Einige Schulen legen RWE-Flyer aus und hängen RWE-Plakate auf, was zeigt, wie sehr RWE mit finanziellen Mitteln Einfluss auf staatliche Institutionen nimmt. Ein weiterer Hinweis darauf, wie stark RWE mit dem Staat auch wirtschaftlich verfilzt ist, ist, dass RWE an zahlreichen Stadtwerken beteiligt ist, so hält RWE etwa 20% an der Kölner RheinEnergie. Außerdem gibt es in den RWE-Leitungsgremien zahlreiche personelle Überschneidungen mit staatlichen Firmen wie z.B. der KfW Bankengruppe, der Kreissparkasse Köln oder der Rhein-Sieg-Abfallwirtschaftsgesellschaft. Der eindeutigste Hinweis hierauf ist aber, dass der größte RWE-Einzelaktionär die staatliche RW Energie-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co.KG ist, was erklärt, warum die Kommunen, die die wichtigsten Aktionäre der RW Energie-Beteiligungsgesellschaft sind, in den meisten Fällen für RWE agieren und teilweise der Braunkohle sogar ein eigenes Denkmal widmen.

Auch die Gewerkschaften halten trotz Entlassungswellen zu RWE, so planen die IG BCE und ver.di beispielsweise Gegenaktionen gegen das Klimacamp, außerdem ist Grünen-Mitglied und ver.di-Chef Frank Bsirske Mitglied im Aufsichtsrat von RWE, was ihm 2012 laut RWE immerhin 166.000 Euro eingebracht hat.

Jan Schiffer

DEMONTAGEARBEITEN AN ANLAGENTEILEN NUR NACH RÜCKSPRACHE MIT DER WERKSLEITUNG
KLAPPE 14036





Netzwerkbüro eröffnet

fb Seit September 2013 ist das seit langer Zeit angekündigte internationale Netzwerkbüro in Betrieb. Derzeit ist es nur einmal wöchentlich mittwochs von 14.00 bis 16.00 Uhr besetzt. Während der Öffnungszeiten ist das Büro telefonisch (+49 3431 5894177), per E-Mail ("office AT nuclear-heritage.net"), Skype (projekthaus.mannsdorf), jabber/XMPP (User: network.office, Domain: jabber.ccc.de) sowie persönlich unter der Adresse D-04720 Döbeln, Am Bärental 6, erreichbar.

Aufgabe des internationalen Netzwerkbüros ist die Unterstützung von Anti-Atom-Aktivist*innen durch die Herstellung von Kontakten zu anderen Gruppen, Referent*innen und Expert*innen in bestimmten Themenbereichen. Zudem möchten wir die Produktion (und Verteilung) mehrsprachiger Flyer zu lokalen Anti-Atom-Themen unterstützen und koordinieren. Und wir wollen Hilfestellung bei der Organisation von Netzwerktreffen geben. Grundlegendes Ziel ist die Unterstützung des Anti-Atom-Kampfes durch Vernetzung und Weitergabe von Informationen/Kontakten.

Bis zum Jahresende haben sich drei Freiwillige bereit erklärt, das Büro während der Öffnungszeiten zu besetzen. Sie erhalten dafür keine Bezahlung und sind darüber hinaus auch noch anderweitig politisch aktiv.

Ab Januar 2014 brauchen wir dann erneut Freiwillige zum weiteren Betrieb des Netzwerkbüros. Bitte wendet euch an uns, wenn ihr Interesse an der Unterstützung dieses Anti-Atom-Dienstes habt!

http://office.Nuclear-Heritage.NET

Themenrubrik Energie

Kontakt: energie@gruenes-blatt.de
Einsendeschluss: 31.01.2014

Thematisch passende Beiträge für diese Rubrik im nächsten grünen blatt bitte vor Einsendeschluss an uns mailen.

Wir freuen uns über Menschen, die sich an der Energierubrik beteiligen wollen!

Aktuelle Entwicklungen zu Fennovoimas AKW-Neubauprojekt

NukeNews Fennovoima hat den russischen Staatskonzern Rosatom als Betreiber für sein geplantes Atomkraftwerk in Pyhäjoki (Finnland) am Felsen "Hanhikivi" ausgesucht. Die Verhandlungen zur Übernahme Rosatoms als größten Investor für das Vorhaben wurden begonnen. Rosatom würde Eigentümer von einem Drittel der Anteile werden und damit E-ON ersetzen, das zuvor das Projekt verlassen hatte. Ein weiteres Drittel der Anteile gehört Energieunternehmen überall in Finnland, der Rest der finnischen Industrie. Die Energieunternehmen sind kommunale Firmen und die politische Entscheidung zur Fortsetzung des AKW-Projekts liegt im Moment in verschiedenen Kommunen auf dem Tisch. Sie müssen bis Ende Oktober 2013 entscheiden, ob sie weiterhin in das Atomkraftwerk investieren wollen.

Rosatom war nicht als Hersteller des Atomkraftwerks vorgesehen und die eigentliche Anlage unterscheidet sich von der, auf die sich die ursprüngliche Grundsatzentscheidung der finnischen Regierung bezogen hatte. Daher muss Fennovoima dem Ministerium für Arbeit und Wirtschaft im kommenden Frühjahr 2014 ein neues Gutachten über die Umweltauswirkungen und Sicherheit der Anlage vorlegen.

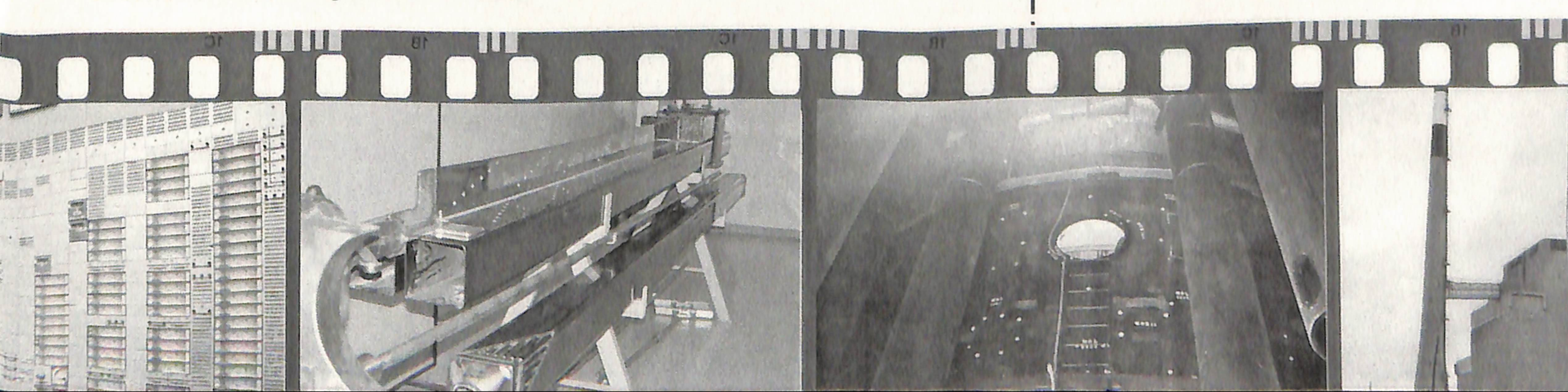
Kanada: Hochradioaktiver flüssiger Atommüll könnte Niagara passieren

NukeNews Flüssiges hochangereichertes Uran aus dem Forschungsreaktor Chalk River in Kanada könnte auf dem Weg zur Verarbeitung in South Carolina durch Niagara transportiert werden, so ein Bericht, der für das Planungskomitee des Regionalrates (Niagara Regional Council) im November bestimmt ist. Der Atommüll könnte zu jedem Zeitpunkt zwischen 2013 und 2018 transportiert werden - die Dauer, in der die Genehmigung der Vereinigten Staaten in Kraft ist. Im Bericht wird angegeben, es werde wegen Sicherheitsbedenken keine "spezielle Benachrichtigung" geben, wann der Transport statt finde.

In dem Bericht von der Planungsabteilung der Region wird außerdem angegeben, es handele sich um das erste Mal, dass kanadische Behörden versuchen, hochangereichertes Uran in Form einer flüssigen Lösung zu transportieren.

Quelle:

http://www.wellandtribune.ca/2013/11/06/nuclear-waste-could-pass-through-niagara



UK: 5 Jahre Laufzeitverlängerung für AKW Hartlepool

NukeNews Einem BBC-Bericht vom 5. November 2013 zufolge soll das AKW Hartlepool weitere fünf Jahre geöffnet bleiben. Die Anlage sollte 2019 geschlossen werden, aber wird nun bis 2024 in Betrieb sein, wie der Betreiber EDF Energy bestätigte. Er teilte außerdem mit, dass ein neues Besucher*innenzentrum an der Anlage eröffnet werden soll.

Soweit wir wissen, ist dies die erste Laufzeitverlängerung eines britischen AKW, seit Hinkley B und Hunterston B 2012 eine 7-jährige Verlängerung (beide bis 2023) erhalten haben. Der ursprüngliche Stilllegungszeitpunkt für Hartlepool war 2019. Interessant ist, dass Hartlepool lediglich eine 5-jährige Verlängerung zugestanden wurde. EDF hatte 2012 angekündigt, dass alle seine AGR-Kraftwerke 2016 für eine 7-jährige Laufzeitverlängerung in Betracht kämen. (Und dass Sizewell B eine 20-jährige Verlängerung bekommen solle - ab 2034 - also ...)

AKW Hinkley Point: "Das teuerste der Welt"

NukeNews Einer Analyse zufolge, die von angesehenen Gesellschaftern der Liberium Capital-Investmentbank veröffentlicht wurde, wird die Vereinbarung zwischen britischer Regierung und Electricité de France zum Bau eines neuen Atomkraftwerks, Hinkley C in Somerset, dieses zum "teuersten Kraftwerk" der Welt machen, mit der längsten Bauzeit. Sie fahren mit der Argumentation fort, dass die Unterschrift der Regierung für das 16-Milliarden Pfund Hinkley Point-Atomkraftwerk "ökonomischen Wahnsinn" belegen könnte und äußerst kostspielig für die Konsument*innen werden könnte. "Unter Berücksichtigung der bekannten Vertragsbedingungen sind wir verblüfft, dass die britische Regierung künftige Generationen von Konsument*innen verpflichtet hat, die Kosten, die durch dieses Geschäft verursacht werden, zu tragen."

http://www.nonucleartrains.org.uk

Minderwertige Atomtechnologie und schlechte Sicherheitskultur sollten nicht von Russland nach Finnland exportiert werden

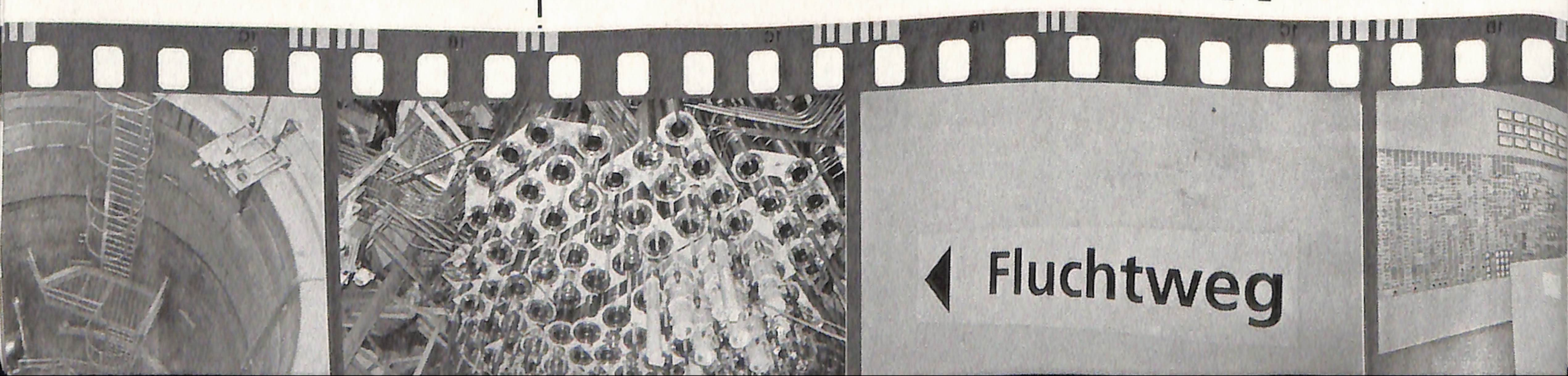
NukeNews Der finnische AKW-Betreiber Fennovoima hat am 3. September öffentlich sein Vorhaben angekündigt, einen WWER-1200 (AES-2006)-Reaktor vom russischen Staatskonzern "Rosatom" zu kaufen. Das Geschäft könnte etwa 6,4 Milliarden Euro kosten und schließt die Übertragung von 34 % Anteilen an Fennovoima an Rosatom mit ein. Korruptionsskandale um Rosatom in den vergangenen Jahren haben deutlich gezeigt, dass der russischen Atomindustrie nicht vertraut werden kann, dass sie Qualitätsausstattung für Atomanlagen produziert. Im Februar 2012 wurde zum Beispiel ein Rosatom gehörendes Unternehmen angeklagt, weil es minderwertige Ausrüstung an Atomanlagen innerhalb und außerhalb Russlands verkauft hatte.

Russischen Expert*innen zufolge ist die WWER-Technologie weit davon entfernt perfekt zu sein: "Wenn eine unkontrollierbare Leckage im Primärkühlkreislauf eines WWER-Reaktors auftritt, oder wenn andere Fehler dazu führen, dass der Wasserkreislauf unterbrochen wird, kann es zu Schäden am Reaktorkern, letztendlich mit massiver Freisetzung von Radioaktivität, kommen."

"Es ist wahrhaftig schockierend, dass Fennovoima entschieden hat, Rosatom bei der Errichtung von Atomreaktoren russischer Konstruktion in Finnland und in der Europäischen Union zu helfen. Dies ist hochgefährlich und inakzeptabel und könnte zu einer Wiederholung der Fukushima-Katastrophe innerhalb Europas führen", erklärt die russische Organisation Ecodefense in einer Presseerklärung.

Erfahre mehr:

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/PR:Shoddy_nuclear_technology_and_poor_safety_culture_should_not_be_exported_from_Russia_to_Finland



Rettet "Santa Mountain" vor dem Bergbau

fb Finnische Aktivist*innen haben eine neue Online-Kampagne gegen das geplante Sokli-Bergwerk in Ostfinnland an der Grenze zu Russland gestartet. Sokli soll vor allem Finnlands reichstes Phosphat-Vorkommen ausbeuten, das auch verhältnismäßig hohe Konzentrationen radioaktiver Erze enthält. Das Bergwerk liegt im oberen Bereich des Nuorttijoki-Flusssystems. Nahe dem geplanten Abbaugebiet befinden sich die Flüsse Törmäoja und Yli-Nuortti sowie die Ainijärvi-Blöße, die alle Teil des "Natura 2000"-Netzwerks sind. Sokli liegt zwischen dem "Urho Kekkonen"-Nationalpark und dem "Värriö"-Naturpark nahe dem Berg "Korvatunturi", dem "Heim des Weihnachtsmanns". Das Areal umfasst darüber hinaus das bedeutende unberührte Gebiet "Tuntsa" und drei Plätze des Natura-Netzwerks.

Die Korvatunturi-Fjell ist am bekanntesten als das Zuhause des Weihnachtsmanns (oder "Joulupukki" im Finnischen). Finnischem Volkstum zufolge ist diese Gegend der Ort der geheimen Werkstatt des Weihnachtsmanns, wo Spielzeug, Schmuck und Geschenke gefertigt und letztlich von Gnomen verpackt werden.

Verantwortlich ist das Unternehmen "Yara International", dessen größter Anteilseigner der norwegische Staat ist. Das Phosphorerz in Sokli enthält zehn mal mehr radioaktive Materialien wie Uran, Thorium und Radium als normalerweise. In den Niobium-Erzen sind die Werte sogar 200fach. Yara hat vor, pro Jahr 4-10 Tonnen Phosphor abzubauen, und diesen zur Herstellung von Dünger zu verwenden. Es gibt Bedenken bezüglich der Radioaktivitätswerte des Düngers. Das voraussichtliche Sokli-Bergbaugebiet wird zwischen 4000 und 6000 Hektar groß sein (40-60 km^2).

http://savesantamountain.com/2013/11/08/a-natural-disaster-being-prepared-in-eastern-lapland/

UK: Widerstand gegen den Hinkley-Deal

NukeNews In Bridgewater (die nächste Stadt am vorgesehenen Standort für Hinkley C) hat "South-West Against Nuclear" (SWAN) eine lokale Demonstration gegen den Deal organisiert, der am selben Tag, dem 21. Oktober, von David Cameron verkündet wurde. Der Protest umfasste das Abladen von Tierdung vor dem EDF-Laden in Bridgewater und das Aufhängen eines Banners mit der Aufschrift "NO MORE BULLSXXT - EDF TAKE OUR £££ AND DUMP WASTE ON US!" über dem Laden.

Ein Mann in Kuh-Kostüm wandte sich an die Einkaufenden, während Unterstützer*innen Einkaufstüten voller Dung auf eine Plastikfolie ausleerten und damit den Eingang des Ladens blockierten. Ein Plakat in Chinesisch wurde an dem Haufen befestigt. Zwei chinesische Staatsunternehmen haben Interessenbekundungen unterschrieben, in das Projekt investieren zu wollen, und es wurde davon berichtet, dass "erwartet" würde, dass sie zusammen 30-40 % investieren werden.

Die Protestierenden säuberten den Gehweg rund um den Haufen und entfernten am Ende der Demo den Dung, um ihn ökologisch zu verwerten. Trotzdem konfiszierte die Polizei den Dung später und packte ihn in ihr Fahrzeug mit der Behauptung, er könnte zur Begehung einer Sachbeschädigung verwendet werden.

Infomaterialien

http://Material.Nuclear-Heritage.NET

Anti-Atom-Materialien aus unterschiedlichen Ländern können hier in verschiedenen Sprachen heruntergeladen oder in gedruckter Form bestellt werden.

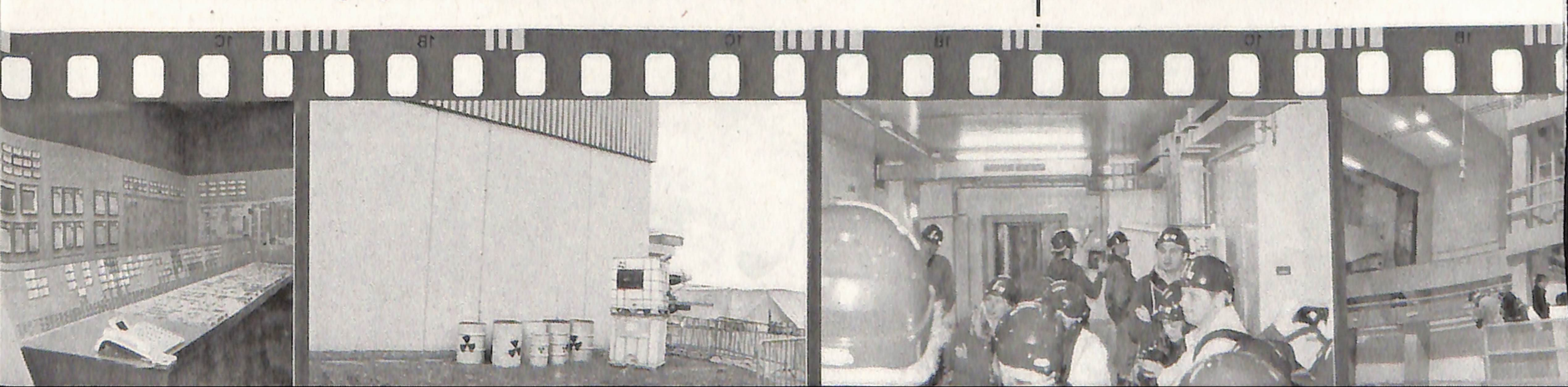
Radiation Free Lakeland: Neue Internetseite

NukeNews Atomkraft ist ein lebendiger Alptraum! Radioaktive Kontamination von Luft, Meer und Grundwasser. Atom"energie" erfordert Chemikalien und fossile Kraftwerke während und Jahrzehnte nach jeglicher Elektrizität-Produktion. Strahlung verursacht Krebs und andere Krankheiten. Atomkraft verursacht enorme Zerstörung jetzt und für Generationen nach uns.

http://wildar4.wix.com/radiation-free-land

Atomzug-Entgleisung - Barrow, Cumbria

NukeNews Der Atomindustrie zufolge waren die Behälter leer und auf ihrem Weg nach Sellafield, als zwei Räder am 16. September von den Gleisen abkamen. Behälter auf dem Weg nach Sellafield sind meist voll mit abgebrannten Brennstoffen, die zur Wiederaufbereitung nach Sellafield geschickt wurden, was die Abfälle noch gefährlicher macht. Diese Behälter hatten eine lange Reise hinter sich. Sie sind per Schiff von Japan nach Barrow gebracht worden und kamen mit hochradioaktiven Abfällen wieder zurück - unklar wie viele Male sie unterwegs waren. Der hochradioaktive Müll (Ergebnis der Verarbeitung abgebrannter Brennstoffe zur Produktion von MOX, das niemand will) soll vermutlich in die Container gefüllt werden und dann auf den Gleisen zurück rumpeln, wo diese bereits entgleist waren. Letztlich sollen sie quer über den Pazifik, durch den Panama-Kanal und nach Japan gebracht werden, wo sie auf großen Protest stoßen werden.



Deponierung niedrigradioaktiven Atommülls auf Müllkippe

NukeNews Infolge energischer Kampagnenarbeit durch Radiation Free Lakeland hat der Abgeordnete für Westmorland und Lonsdale in Cumbria, Tim Farron, gesagt, starke Indizien sprächen dafür, die Aufhebung beschränkender Bestimmungen zu kassieren, die es erlaubt, niedrigradioaktiven Atommüll auf der Müllkippe zu entsorgen. Die britische Regierung hat dem EURATOM-Abkommen einen detaillierten Plan zukommen lassen, der beschreibt, die Lillyhall-Müllkippe in ein Atommülllager umzuwandeln - mit einer "kontrollierten Freisetzung von Radioaktivität ins Grundwasser".

Endlager in Skandinavien:

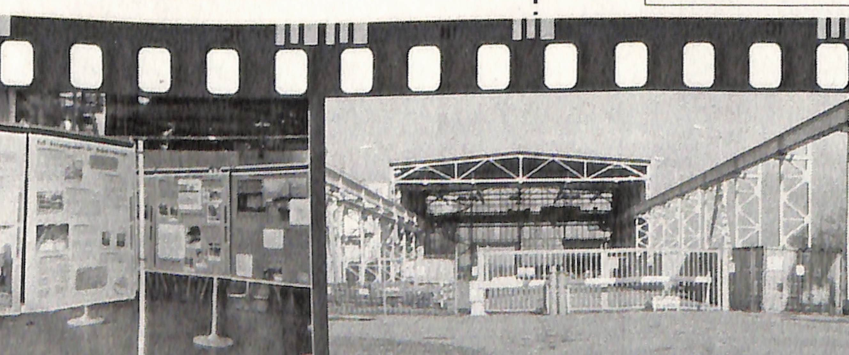
Bericht weist auf Gefahren hin, die Seismologie und Paläoseismologie aufzeigen

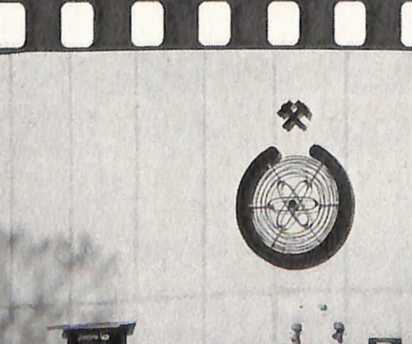
fb Diesen Sommer veröffentlichte der schwedische Wissenschaftler Nils-Axel Mörner den Bericht "Patterns in seismology and palaeoseismology, and their application in long-term hazard assessments - the Swedish case in view of nuclear waste management", der darauf hinweist, dass es eine massive Unterschätzung der tektonischen Gefahren für Endlager in Skandinavien gibt: Erdbeben, Tsunamis und andere Ereignisse tauchen in der Vergangenheit sehr viel häufiger und in größerem Ausmaß auf, als dies von Studien der Atomindustrie angenommen wird. Der Bericht stellt die grundsätzliche Frage der Eignung skandinavischer Gesteinsformationen für die längerfristige Lagerung von Gefahrgut auf. Er sollte sich auf die Diskussionen um Onkalo in Finnland und zum geplanten Endlager für angebrannte Brennstoffe in Forsmark auswirken.

"Seismische Ereignisse werden durch Geräte, historische Vermerke und sichtbare Kriterien in Geologie und Archäologie aufgezeichnet. Diese Datensätze formen Muster von Ereignissen. Von diesen Mustern ausgehend können wir zukünftige seismische Risiken einschätzen. (...) Die Atomindustrie in Schweden und Finnland behauptet, der hochradioaktive Atommüll könne völlig sicher im Gestein für mindestens 100 000 Jahre vergraben werden. Es erscheint schwierig, falls überhaupt möglich, solche Annahmen von den kurzen Zeiträumen der Mustererkennung in der Seismologie (< 100 Jahre) und Paläoseismologie (etwa 13 000 Jahre) abzuleiten. Alle Schätzungen werden scheinbar bedeutungslos, sogar irreführend. In dieser Situation müssen wir uns davon abgrenzen, allzu optimistische Einschätzungen aufzustellen."

Lies den vollständigen Bericht:

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Patterns_in_seismology_and_palaeoseismology,_and_their_application_in_long-term_hazard_assessments_-_the_Swedish_case_in_view_of_nuclear_waste_management







Anti-Atom-Infodienst

Kontakt: news@NukeNews.nuclear-heritage.net
Deadlines: 5. Januar 2014, 30. März 2014
Internet: http://NukeNews.Nuclear-Heritage.NET

*Aus dem Nuclear Heritage Network gibt es seit zwei Jahren ein mehrsprachiges Infotool für Anti-Atom-Aktivist*innen und sonstige Interessierte. Unter dem Namen "NukeNews" erscheint alle drei Monate ein Newsletter, der in derzeit sieben Sprachen (deutsch, englisch, finnisch, französisch, litauisch, russisch und tschechisch) per E-Mail verschickt und im Internet veröffentlicht wird.*

*Die NukeNews spiegeln die Aktivitäten, Themen und Kämpfe der Aktivist*innen aus dem Netzwerk wider. Die Texte werden von Menschen vor Ort geschrieben und übersetzt.*

Ihr könnt die NukeNews online in der euch liebsten Sprachversion abonnieren. Eure Unterstützung in Form von kurzen Beiträgen oder bei der Übersetzung ist sehr willkommen. Artikel sollen kurz & knapp und in englischer Sprache verfasst sein. Sie müssen eine aussagekräftige Überschrift enthalten und können per Link auf Hintergrundinformationen verweisen.

Eure Beiträge zur nächsten Ausgabe der NukeNews könnt ihr per E-Mail noch bis zum 5. Januar 2014 und dann wieder bis zum 30. März 2014 schicken.

Kampagne "EU-Förderung für AKW verhindern!"

NukeNews Eine neue Petition gegen Staatshilfen für Atomkraft wurde im September auf der Website http://www.my-voice.eu gestartet. Ein riesiger Erfolg mit mehr als 20.000 Unterschriften - wir müssen die Mobilisierung überall in Europa noch bis April 2014 fortsetzen.

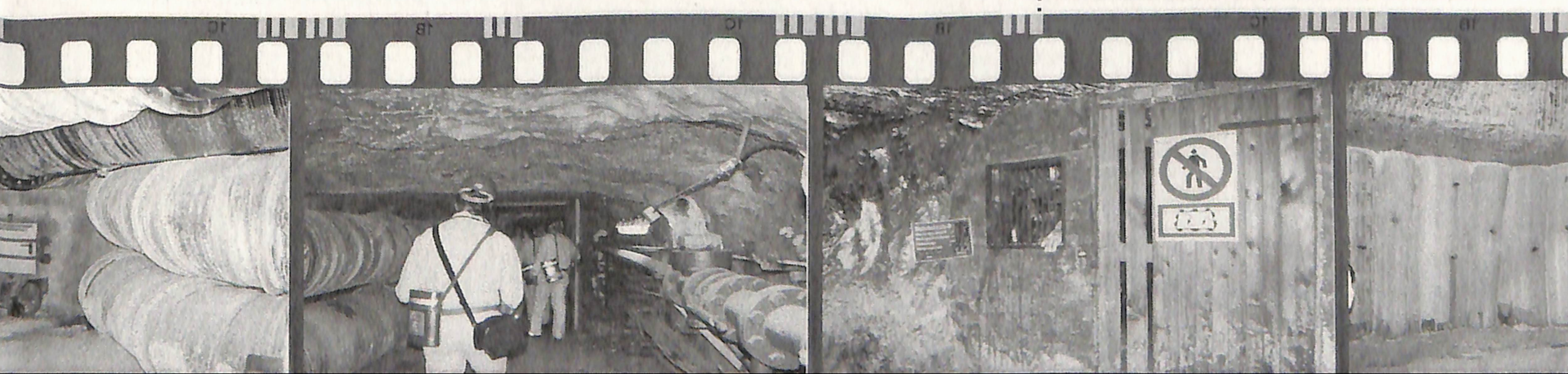
Diese Entscheidung zu neuen Regelungen von Staatshilfen ist in den Händen der EU-Kommission allein - sie bedarf lediglich einer einfachen Mehrheit und verlangt keine Einbeziehung der Mitgliedsstaaten (Rat der Europäischen Union) oder des Europäischen Parlaments, um über die Richtlinien zu Staatshilfen zu entscheiden. Daher ist es entscheidend, die Bürger*innen Europas zu mobilisieren. Unsere Chancen sind gar nicht so schlecht, da Probleme mit dem pronuklearen Kreuzzug weitere Verzögerungen in der EU-Kommission verursachen. Es wird keine Entscheidung vor April 2014 geben - das bedeutet mehr Zeit für Proteste! Beteiligt euch und verbreitet die Petition jetzt!

Bitte überlegt, was ihr und eure Organisation/Netzwerk/Gruppe tun könnt. Macht jetzt mit und verbreitet die Petition über eure persönlichen und Organisations-Publikationen, Newslettern, Facebook, etc.

NEIN zur Tiefenlagerung von hochradioaktivem Atommüll! Die falsche Antwort?

NukeNews Nirex (Nuclear Industry Radioactive Waste Executive) zufolge und nach dem Ende des "Managing Radioactive Wastes Safely"-Prozesses mit dem "NEIN"-Votum des Kreistages Cumbrias sollten jegliche neue Konsultationen hinsichtlich der Tiefenlagerung Cumbria nicht mehr einbeziehen. Stattdessen wurden die 84 Kreistagsmitglieder aus diesem neuen "demokratischen" Prozess herausretuschiert, zusammen mit hunderten Mitgliedern der Gemeindevorstände, deren überwältigende Mehrheit wiederholt "nein" gesagt hatte. Die britische Regierung möchte mit den wenigen Einfaltspinseln der Stadtratsleitungen der Bezirke Allerdale und Copeland verhandeln, die "ja" sagten, während die ablehnende Mehrheit unter den Teppich gekehrt wird.

http://mariannewildart.wordpress.com/2013/09/20/is-new-consultation-needed-the-big-debate/



Uranfrachter kollidiert in der Ostsee mit Segelyacht

fb Am 18. Oktober 2013 kollidierte vor der Insel Rügen der russische Atomfrachter "Mikhail Lomonosov" mit einer Segelyacht. Der Frachter der russischen Reederei "Northern Shipping Company" ist bekannt für Transporte von radioaktivem Material, und Medienberichten zufolge hatte er auch hier Uranhexafluorid und Urandioxid geladen. Die Yacht wurde bei dem Zusammenstoß schwer beschädigt, während über eventuelle Schäden am Frachter noch keine Angaben gemacht wurden. In Bezug auf Uranhexafluorid ist besonders alarmierend, dass die Substanz bei Kontakt mit Wasser die tödliche Flusssäure bildet.

Nach von Anti-Atom-Aktivist*innen beschafften Informationen sollte das radioaktive Material per LKW von Hamburg zur Urananreicherungsanlage Gronau transportiert werden.

Aktuelle Informationen unter:

http://www.mzeise.net/uran/news/aktuell.php?tsnews4=archiv&dots=169

Sag nein! zum Uranabbau-Projekt in Nunavut

NukeNews Areva giert nach dem Untergrund in Nunavut, im Norden Kanadas, und erwartet dort einen Uranabbau errichten zu können. Den Weg für Uranabbau zu öffnen, würde dieses Territorium gefährden, das bereits durch den Klimawandel verletzlich gemacht wurde. Die Konsequenzen wären katastrophal für die Inuit, deren Lebensführung, in Abhängigkeit von der Jagd, eine saubere Umwelt erfordert. Wir haben eine Petition (auf englisch und französisch) an die französischen Minister gestartet, die von ihnen fordert, dieses Projekt abzubrechen:

http://groupes.sortirdunucleaire.org/Petition-nunavut-en

Aktivist*innen blockieren Urantransport in Südfrankreich

NukeNews Am 12. September blockierten etwa 30 Aktivist*innen des Kollektivs "Stop Uranium" nahe Narbonne, im Süden Frankreichs, einen LKW, der Urantetrafluorid beförderte. Die Blockade dauerte eine Stunde. Radioaktivitätsmessungen wurden vorgenommen: eine 50mal höhere Dosis als das durchschnittliche Strahlungsniveau konnte in einem Meter Entfernung vom LKW festgestellt werden.

Der LKW kam von Comurhex Malvési, einer Anlage, die Areva gehört, wo Uran zum ersten Mal nach seiner Ankunft in Frankreich umgewandelt wird. Mehr als ein Viertel des Urans, das in der Welt verwendet wird, wird hier verarbeitet. Das Ziel der Aktion war es, die Gefahren der Anlage und Transporte hervorzuheben. Drei bis fünf LKW verlassen den Betrieb jeden Tag und transportieren Urantetrafluorid.

Bilder der Blockade:

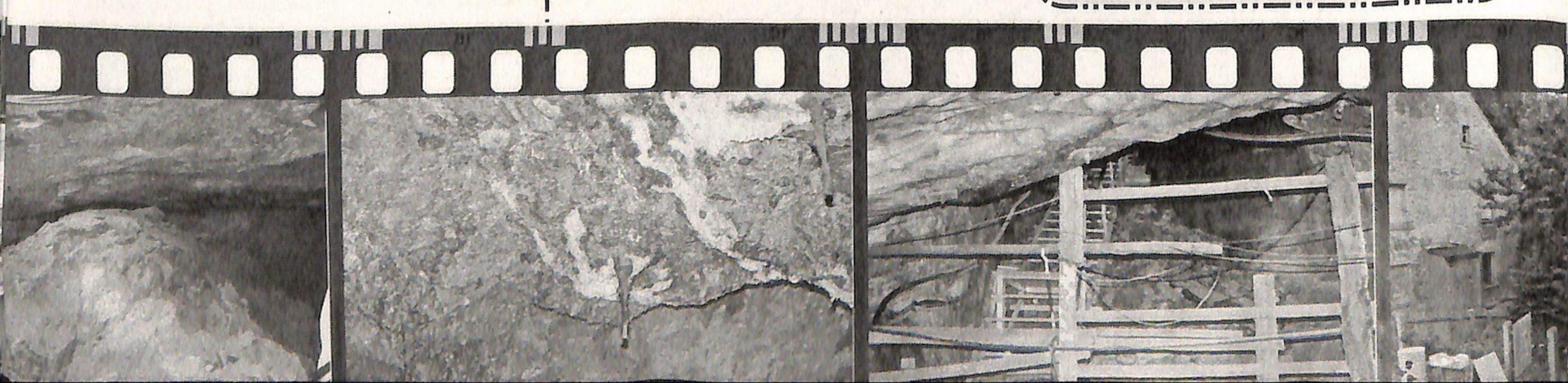
http://groupes.sortirdunucleaire.org/blocage-camion-tetrafluorure

Update zur Repression gegen Umweltgruppen in Russland

NukeNews Da westliche Medien nicht mehr so viel über die Repression gegen NGOs in Russland berichten (außer über den Fall der inhaftierten Greenpeace-Aktivist*innen), werde ich ein Update der gegenwärtig fortgesetzten Maßregelungen zusammen stellen. Ihr könnt es gern weiter verbreiten. Der Greenpeace-Fall erhält viel Aufmerksamkeit in Russland, und Regierungsmedien verbreiten eine Menge Schwachsinn, um sicher zu stellen, dass die Russ*innen Umweltaktivist*innen jeder Art hassen.

Eine hässliche Sache ist im Süden Russlands, in der Stadt Krasnodar, nahe des Austragungsorts der Olympischen Winterspiele 2014, geschehen. Die örtliche Polizei versuchte zusammen mit dem FSB (ex-KGB), den Umweltaktivisten Rudomakha zu fangen. Sie kamen zum Büro der lokalen politischen Partei und drohten sie zu stürmen, weil sie dachten, der Aktivist sei dort. Aber er war schon früher gegangen. Die Polizei gab keine Erklärungen ab, aber die lokalen Leute gehen davon aus, dass es um die Olympiade geht. Rudomakha hat viel Zeit damit verbracht, die Zerstörung der örtlichen Natur durch die Vorbereitung der Olympischen Spiele zu kritisieren. Glücklicherweise wurde der Aktivist noch nicht verhaftet.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Update_on_repression_against_environmental_groups_in_Russia





China begutachtet Sellafield - und verschrottet Atomanlagen zuhause

NukeNews Stell dir eine Welt vor, in der die unterdrückten chinesischen Leute gegen Atomkraft auf die Straße gehen - während die angeblich freien britischen Bürger*innen von der Regierung ermuntert werden, sich bescheiden noch einer weiteren Atom-Konsultation mit dem Ziel, heißen Atommüll in löchriger Geologie zu vergraben, zu unterwerfen. Stell dir eine Welt vor, wo ein repressives Regime die öffentliche Meinung zur Kenntnis nimmt und Pläne für neue Atomprojekte kassiert, während eine angeblich demokratische Regierung versucht, die öffentliche Meinung zu umgehen, indem sie sich lediglich mit wenigen nicht-repräsentativen Einfaltspinseln aus ein paar Stadträten auseinandersetzt. Klingt verrückt? Es ist verrückt! Und es passiert gerade jetzt...

http://mariannewildart.wordpress.com/2013/09/30/china-eyes-up-sellafield-while-scrapping-nuclear-plans-at-home/

Entscheidungen rücken näher im Vereinigten Königreich

NukeNews In der Meldung über eine Einspeisevergütung, trotz einjähriger Verhandlungen, wird behauptet, eine Vereinbarung stünde kurz bevor. Und die britischen Medien spekulieren über einen Preis von etwa 93 Pfund pro MWh - mehr als der doppelte derzeitige Marktpreis. - Die verdammte Regierung ist entschlossen, die Schäfchen der Wirtschaftsgrößen durch eine Vergrößerung der Energiearmut durch seine regressive Energiepolitik ins Trockne zu bringen.

Es scheint, als würde die "China General Nuclear Power Group" EDFs Investitionspartner werden und als würden sie die Art von Anteilen erreichen, die sie angestrebt haben (Gerüchten zufolge wollen sie einen nahezu gleichen Anteil). Dann wird es der Koalitionsregierung gelingen, dem weltweit mächtigsten autoritären Staat die teilweise Kontrolle über die gefährlichste Technologie auf britischem Boden zu übergeben. - Mit nicht einem Jota der Bedenken, die Thatcher ihrer Tage ausdrückte, als ihre Regierung kuwaitische Investitionen auf dem britischen Energiemarkt blockierte.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Decisions_move_closer_in_the_UK

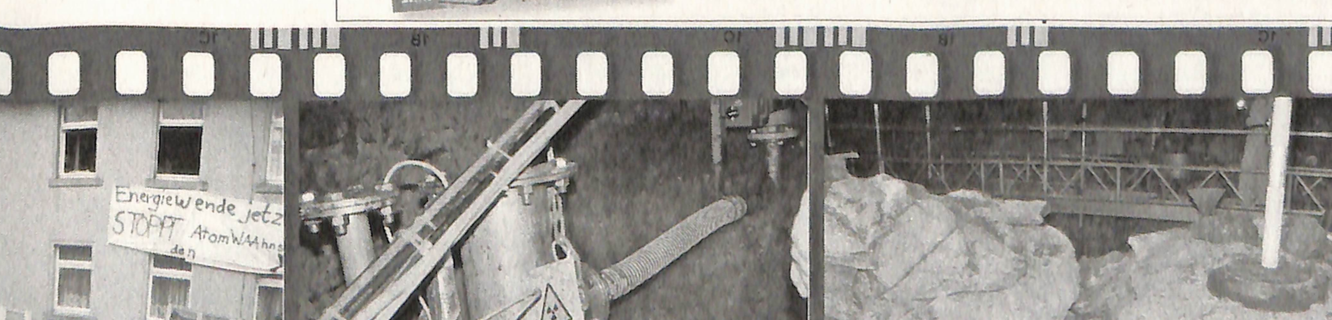
CASE PYHÄJOKI: Mit Freude und Liebe

NukeNews "CASE PYHÄJOKI - Artistic reflections on nuclear influence" war eine transdisziplinäre Expedition und Produktionswerkstatt in Pyhäkoki, Nordfinnland, vom 1. bis 11. August 2013. Das sechste Atomkraftwerk (AKW) des Landes soll in Pyhäjoki am Findling "Hanhikivi" errichtet werden. Die Teilnehmer*innen schufen verschiedenen Arten von Engagements, Prototyp-Veranstaltungen und Experimenten. Diese reichten von einer "Danke"-Tafel für diejenigen, die sich weigern ihr Land an das Atomunternehmen zu verkaufen, bis zum Entwurf eines "Energie-Sport-Tages". Es gab ein lokales Märchens, ein Wandgemälde unter Einbeziehung der örtlichen Jugend, eine besondere Karaoke-Playlist, einen DIY-Geigerzähler-Workshop und vieles mehr. Dieses "mehr" umfasst neue und vertiefte Freundschaften, Zusammenarbeiten und Erinnerungen an gute Zeiten und Treffen mit lokalen Leuten.

Menschen aus dem CASE PYHÄJOKI-Projekt werden Folgeaktivitäten organisieren, die mehr oder weniger mit dem Fall des geplanten AKW oder mit Atomkraft im allgemeinen in Zusammenhang stehen. Das Projekt ist in einem Blog dokumentiert; Ankündigungen neuer Aktivitäten wird es dort und, wenn möglich, auch in den NukeNews geben.

Gedanken und Hintergründe:

http://casepyhajoki.info/en/ilon-ja-rakkauden-kautta/



"Tar Sands": Nachhaltige Zerstörung von Urwäldern indigener Menschen und größter

fb Die ersten beiden Teile dieses Artikels gaben einen Überblick über die Tar Sands-Vorkommen, deren Abbautechnologie sowie die Ölindustrie in Alberta. Weiterer Fokus waren die ökologischen Auswirkungen der Tar Sands-Industrie. Zuletzt ging es um die Technologie der Rohölerzeugung aus den Tar Sands. An diesem Punkt setzt dieser Artikel wieder an.

Konditionierung

Der erste Schritt in der langen Kette aufwendiger Verarbeitungsprozesse auf dem Weg vom "Teersand" zu einer Art künstlichen Rohöls, das dann in der konventionellen Ölindustrie weiter verwendet werden kann, wird "Konditionierung" (Conditioning) genannt. Gemeint ist damit das Aufbrechen und Zerkleinern der klebrigen Tar Sands-Brocken in kleinere Stücke sowie die Entfernung groben Materials. Anschließend wird heißes Wasser hinzugefügt, um das Gemisch transportfähig zu machen. Diese Vorbereitung für den "Hydrotransport" zur Extraktionsanlage (extraction plant) wurde bereits am Ende des letzten Teils dieses Artikels angedeutet.

Foto: Falk Beyer

Diese Tafel aus dem "Oil Sands Discovery Center" gibt einen Kurz-Überblick der Zwischenschritte zur Extraktion des Bitumen aus den Tar Sands - der Anfang der aufwendigen Rohölherstellung.

Das Beimengen heißen Wassers bewirkt auch die Freisetzung von in den Tar Sands eingeschlossener Luft. Die Luft, die in winzigen Blasen in dem Tar Sands-Schlamm gefangen ist, und das heiße Wasser verursachen durch ihre verstärkten Bewegungen eine Abtrennung des Bitumens. Zur Erinnerung: die als "water-wet" bezeichneten Athabasca-Tar Sands sind genau genommen Sandkörner, die zunächst von einer dünnen Wasserschicht und, darauf liegend, von einer Bitumenhülle umgeben sind. Die Erhitzung und die Einwirkung der Luftbläschen führen zu einem größerem Abstand des Bitumens vom Sand. Im nächsten Schritt wird dieser Prozess verstärkt, bis das Bitumen gänzlich vom Sandkorn abgetrennt ist.

Heutzutage werden allerdings auch Konditionierungstechniken angewendet, die der Mixtur wiederum mehr Luft und weitere Zusatzstoffe hinzuführen.

Auch sind manche Tar Sands-Lagerstätten nicht "water-wet" und bedürfen zusätzlicher Lösemittel, um Sand und Bitumen zu trennen.

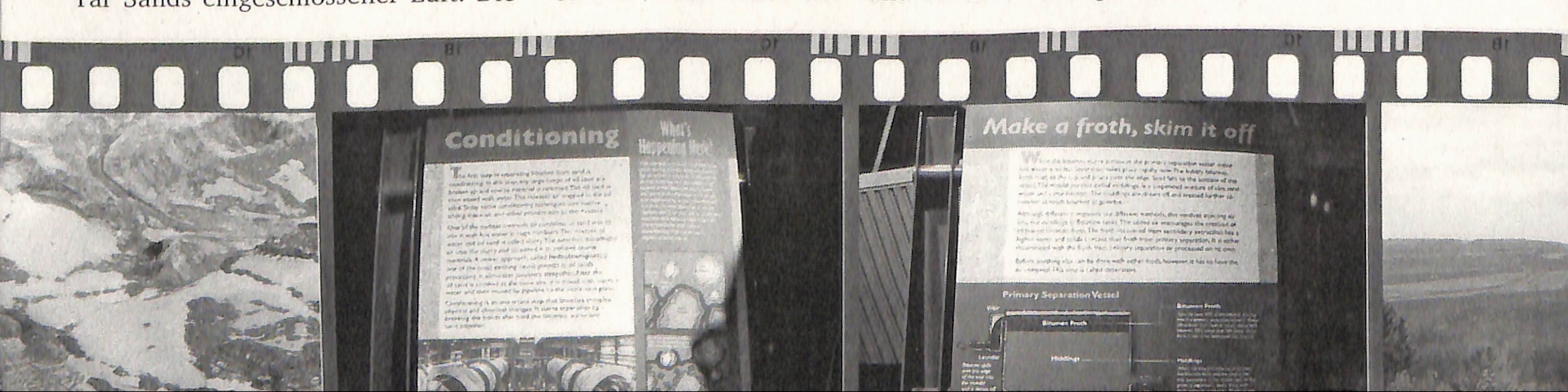
Vor der Einführung des Hydrotransportes waren große Trockentrommeln genutzt worden, um den Matsch aus Tar Sands und Wasser zu konditionieren. Dies war eine der ersten Methoden zur Konditionierung der Tar Sands. Die Trommeln führten Luft in den Schlamm herein und siebten grobe Materialien heraus.

Die Konditionierung ist ein wichtiger Schritt, der komplexe physikalische und chemische Veränderungen einleitet. Sie startet die "Separation" durch das Aufbrechen der Bindungen, die das Bitumen, Wasser und Sand zusammen halten.

Abtrennung

Der nächste Teilschritt findet im primären Scheidekessel statt und wird "Abtrennung" (Separation) genannt. Hier wird dem Schlamm weiteres heißes Wasser beigemengt und sogenannter "Bitumen-Schaum" gebildet. Dieser trennt sich in einem rapide ablaufenden Prozess von anderen Bestandteilen des Gemisches (Sand, Wasser und weitere Feststoffe). Er steigt im Scheidekessel ganz nach oben und strömt dort über die Kante. Er läuft in eine Rinne und wird zur weiteren Verarbeitung abgeleitet, während der Sand auf den Behälterboden zurückfällt.

Der Schaum enthält etwa 90 % des Bitumens. Er setzt sich für gewöhnlich aus etwa 30 % Wasser, 60 % Bitumen und 10 % Feststoffen zusammen. Er muss nun "entlüftet" und gereinigt werden.



- Fortsetzung (Teil 3) -

und Feuchtgebieten, Enteignung Einzelverursacher des Treibhauseffekts

Wenn Lehm und Schlick sich vom Bitumen-Schaum und vom Sand getrennt haben, bleibt ein Teil davon als Schwebstoffe im mittleren Bereich des Kessels, zusammen mit kleineren Mengen Bitumen. Die sogenannten Middlings werden kontinuierlich zur Weiterverwertung (sekundäre Abscheidung) abgeführt. Dann wird der Flüssigkeit in Flotationstanks erneut Luft zugeführt. Diese bewirkt die Bildung von weiterem Bitumen-Schaum, der allerdings größere Wasser- und Feststoffmengen enthält. Er wird dann entweder dem zuerst gewonnenen Bitumen-Schaum beigemengt, oder einzeln weiterverarbeitet. Teilweise werden so geringere Mengen von Bitumen wiedergewonnen, die andernfalls auch in die Klärgruben (Tailing Ponds) fließen würden.

Der Sand und etwas Schlick und Lehm setzen sich schnell am Boden ab und werden kontinuierlich entfernt. Diese Stoffe werden außerhalb des primären Scheidekessels wieder mit Wasser verdünnt und in Tailing Ponds abgeleitet.

Für die Extraktion des Bitumen aus den Tar Sands wird sehr viel Wasser zur Verdünnung benutzt. Letztlich wird das Abwasser, das immer noch große Mengen Öl und zugesetzte Chemikalien enthält, in den Tailing Ponds gespeichert - große Becken, in denen sich die Feststoffe absetzen sollen. Die Tailings stellen eine Art dauerhafte Zwischenlösung dar. Sie liegen oft neben Flüssen, aus denen das Wasser entnommen wird. Da sie nicht völlig dicht sind, sickern täglich große Mengen der giftigen, ölhaltigen Substanz in das Flusssystem.

Das kontaminierte Wasser gelangt flussabwärts und belastet hier Fische und andere Tiere sowie Pflanzen. Viele Fische tragen Schäden davon, deformieren oder mutieren. Die Gifte lagern sich in den Tieren und Pflanzen ein und gelangen so auch in die Nahrungskette der dort lebenden Menschen. Es gibt viele kranke Menschen flussabwärts. Der Athabasca River fließt an Fort Chipewyan vorbei, wo vier Communities leben, drei davon sind indigen. Sie alle sind von den Giften betroffen. Der Athabasca River mündet wenig später in den riesigen Athabasca Lake und erreicht somit den Wood Buffalo Nationalpark.

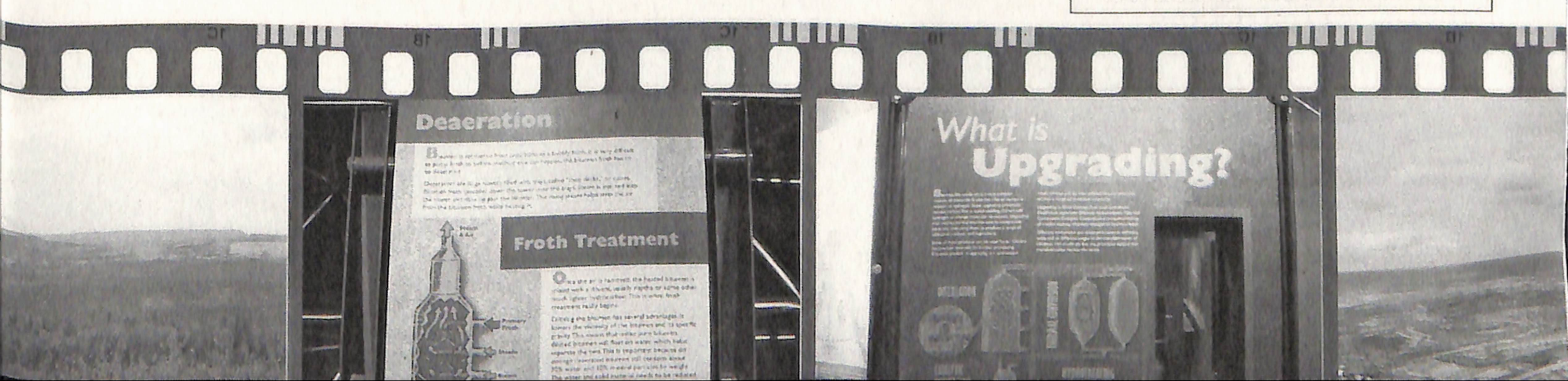
Informationen aus der Industrie zufolge, die von der NGO Rainforest Action Network aufbereitet wurden, dehnen sich die toxischen Klärbecken über 50 km² aus und lassen täglich mehr als 11 Millionen Liter kontaminiertes Wasser an die Umwelt durchsickern.

Froth Treatment

Auf die Separation folgt nun die "Schaum-Behandlung" (Froth Treatment), wo die in dem sprudelnden Bitumen-Schaum enthaltene Luft wieder entfernt wird. Sonst wäre der Schaum schwierig weiter zu pumpen. Dabei werden auch verbleibendes Wasser und jegliche Feststoffe abgeschieden.

Luftabscheider sind lange Säulen gefüllt mit Einsätzen, sogenannten "shed decks". Der Bitumen-Schaum kaskadiert den Schacht hinunter durch die einzelnen Etagen. Dampf wird in den Schacht eingeleitet und steigt hinter dem Bitumen nach oben. Dieser steigende Dampf hilft bei der Ableitung der Luft aus dem Bitumen und erhitzt es weiter.

Nachdem die Luft entfernt ist, wird das erhitzte Bitumen mit einem Verdünnungsmittel gemischt, üblicherweise Naphta oder ein anderer deutlich leichterer Kohlenwasserstoff.



Jetzt erst beginnt die eigentliche "Schaum-Behandlung".

Durch die Verdünnung des Bitumens verringert sich dessen Zähflüssigkeit und seine spezifische Gravitation. Das bedeutet, dass verdünntes Bitumen, anders als reines, auf dem Wasser schwimmt, also leichter davon abgetrennt werden kann. Bei durchschnittlichem "entlüfteten" Bitumen macht Wasser immer noch 30 % seines Gewichts aus, und 10 % sind mineralische Partikel. Unter Einsatz von Lamellenklärern, verschiedenen Typen von Zentrifugen und etwas neuerer Technologien wie Hydrozyklone und Eindickern müssen Wasser und die Feststoffe reduziert werden. Der Verdünner wird später zurückgewonnen und bei der Schaum-Behandlung wiederverwendet.



Pilot-Extraktionsanlage - ausgestellt auf dem Gelände des Oil Sands Discovery Center. Sie wurde 1971 in Edmonton für Syncrude gebaut, um die kommerzielle Machbarkeit des geplanten Verfahrens zu testen.

Nach dem Durchlaufen der Kaskaden ist die Schaum-Behandlung vollendet und das verdünnte Bitumen enthält nur noch etwa 4 % Wasser und lediglich 0,5 % Feststoffe. Damit ist es rein genug für den nächsten Verarbeitungsschritt, das Upgrading. Das ist es, wonach es der Ölindustrie begehrt. Es muss in vielen weiteren Prozessen aber noch aufbereitet werden. Bis hierher wurden eigentlich noch keine chemischen Umwandlungsprozesse vorgenommen, aber bereits große Mengen Energie und Wasser aufgewendet.

Bitumen

Anders als Leichtöl enthält Bitumen eine Heerschar an Schadstoffen einschließlich Schwefel, Salzen, Stickstoff, Lehm, Asphalten, Harze und Schwermetalle (z.B. enthält Western Canadian Select, eine Mischung aus Bitumen und synthetischem Rohöl, achtmal mehr Schwefel als "West Texas"-Rohöl). Nordamerikanische Raffinerien, die dazu gebaut wurden, Leichtöle zu behandeln, haben vielzählige Bedenken über ihre Fähigkeit, verdünntes Bitumen zu säubern, und zu verarbeiten angebracht. Öl geringerer Qualität von den Tar Sands hat den Energieverbrauch von US-Raffinerien zwischen 2003 und 2007 um 47 % erhöht, was sich auch in höhere Treibhausgasemissionen ausschlägt.

Das Canadian Industrial End-use Energy Data and Analysis Centre (CIEEDAC) kam 2008 zu der Schlussfolgerung, dass synthetisches Rohöl, das aus Bitumen gewonnen wurde, die höchste Verbrennungsabgasdichte von fünf heimischen Petroleum-Produkten hatte und am meisten energieintensiv in der Verarbeitung war.

Upgrading

Bitumen ist, wie Rohöl, eine sehr komplexe Mischung von Chemikalien. Es enthält ebenso wie dieses eine im Verhältnis zum Wasserstoff große Zahl an Kohlenstoffatomen. In manchen Upgrading ("Veredelung")-Prozessen wird Kohlenstoff entfernt. Dies wird "Coking" genannt. Andere Verfahren fügen Wasserstoff hinzu oder ändern die molekularen Strukturen. Upgrading umfasst auch die Sortierung des Bitumens in seine Komponenten und deren anschließende Verwendung zur Produktion einer Reihe von weiteren Produkten und Nebenprodukten.

Manche dieser Produkte können "wie sie sind" verwendet werden. Andere werden zu Rohmaterial für die weitere Verarbeitung. Das Hauptprodukt des Upgrading ist synthetisiertes (künstliches) Rohöl, das später wie konventionelles Öl zu einer Reihe Konsumprodukten raffiniert werden kann.

Upgrading erfolgt in vier Hauptverfahren. Per Destillation werden unterschiedliche Kohlenwasserstoffe voneinander getrennt. Thermische Konversion, katalytische Konversion und Hydrodesulfurierung umfassen die Herbeiführung chemischer Veränderungen der Kohlenwasserstoffe. Verschiedene Unternehmen verwenden diese Prozesse auf unterschiedliche Art und Weise und in verschie-

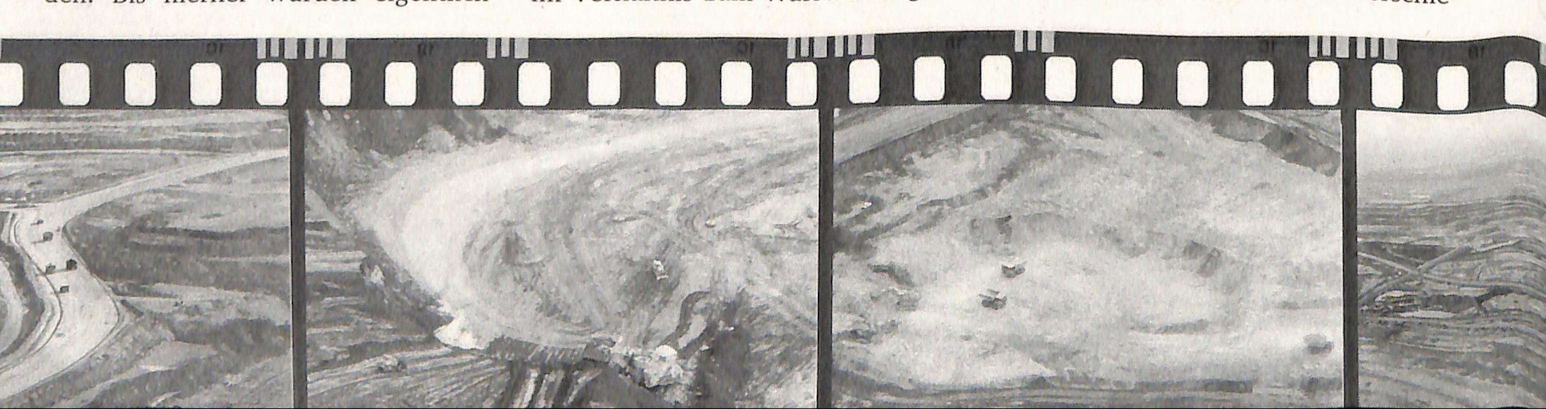


Tar Sands

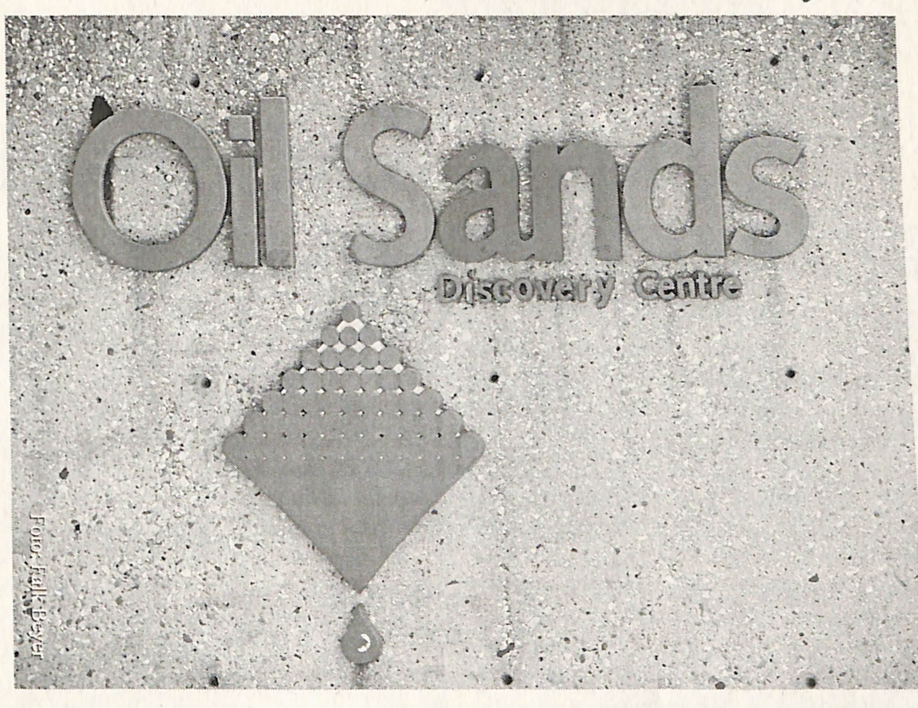
*Die Autor*in bietet Vorträge zum Thema an - basierend auf mehr als hundert Bildern, die im Zuge offener und verdeckter Recherchen in Alberta gewonnen wurde. Dutzende Interviews mit Indigenen, Wirtschaftsvertreter*innen und Menschen aus Umwelt-NGOs sind in diese Präsentation eingeflossen.*

Terminabsprachen sollten frühzeitig vorgenommen werden. Der Vortrag ist sowohl in deutscher als auch englischer Sprache möglich. Technische Voraussetzung ist insbesondere ein Beamer.

Kontakt: falk@greenkids.de



denen Stadien der Transformation von Bitumen zu Rohöl, aber das Grundprinzip hinter dieser Umwandlung ist das gleiche. Auf diese Verfahren hier im einzelnen einzugehen, würde den Rahmen des grünen blatts sprengen.



Klimaauswirkungen

Im Rahmen des ohnehin kläglichen Kyoto-Protokolls, in dem erste Festlegungen zu CO^2-Einsparzielen der Industriestaaten gemacht wurden, hat Kanada sich verpflichtet, verglichen mit dem Stand von 1990 seine Kohlenstoffdioxid-Emissionen um 6 % zu reduzieren. Jahre zuvor hatte das Wissenschaftler*innen-Gremium der Vereinten Nationen IPCC schon errechnet, dass weltweit mindestens 75 % Einsparungen notwendig wären.

Die kanadische Atomlobby frohlockte bereits 2008, dass diese Ziele nicht zu erreichen seien, und verkündete "Kanada wird auf Atomkraft angewiesen sein, um seine Klimaziele erreichen zu können." - Atomkraft zum Klimaschutz ist natürlich genauso unsinnig wie die Verbrennung der letzten Erdgasvorräte für die Tar Sands-Industrie, um unabhängiger vom Erdgas zu werden.

Aber in einem hat die Atomindustrie recht zu frohlocken: Schon jetzt sind die Teersande Kanadas größter CO^2-Verursacher. Der massive Ausbau der Tar Sands in Kanada führt statt zum Erreichen der mickrigen Klimaziele zu einer enormen Erhöhung der Treibhausgasemissionen.

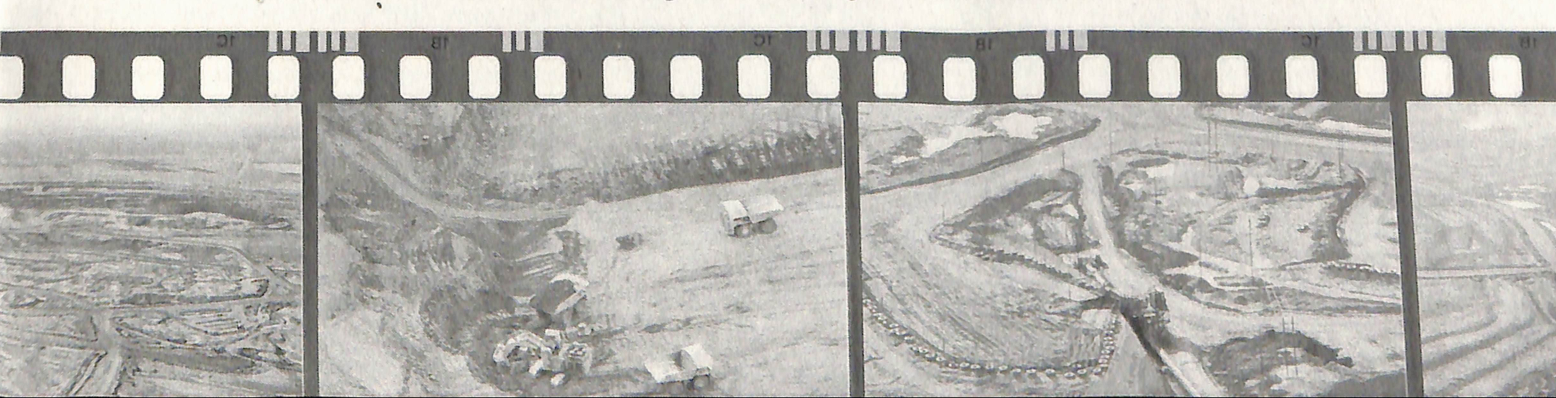
Umweltorganisationen wie Greenpeace oder Rainforest Action Network zufolge verursacht die Gewinnung von Öl aus den Tar Sands drei- bis fünfmal mehr Treibhausgasemissionen als bei der ohnehin schon schmutzigen konventionellen Erdölproduktion.

Schon für 2010 wurde hochgerechnet, dass Kanadas Treibhausgasemissionen 35 % über dem Vergleichswert von 1990 lagen. Und bis 2015 wird erwartet, dass sich die Tar Sands-bezogenen Emissionen von den 25 Megatonnen im Jahr 2003 auf 126 Megatonnen mehr als vervierfachen werden. 2020 wird diese Industrie für fast die Hälfte der CO^2-Emissionen des Landes verantwortlich sein. Sollte die Erweiterung der Abbaugebiete wie geplant erfolgen, wird Kanada durch die damit verbundene Luftverschmutzung zu dem Staat werden, der zweitgrößter Treibhausgas-Verursacher der Welt ist. Die kanadische Tar Sands-Industrie wurde bereits 2009 als weltweit "größtes Energieprojekt" betrachtet - damals noch mit 36 Megatonnen Emissionen, und damit schon größeren Treibhausgasemissionen als in viele europäische Nationen. Daran hatten die Ölkonzerne Suncor (11 MT) und Syncrude (15 MT) den größten Anteil.

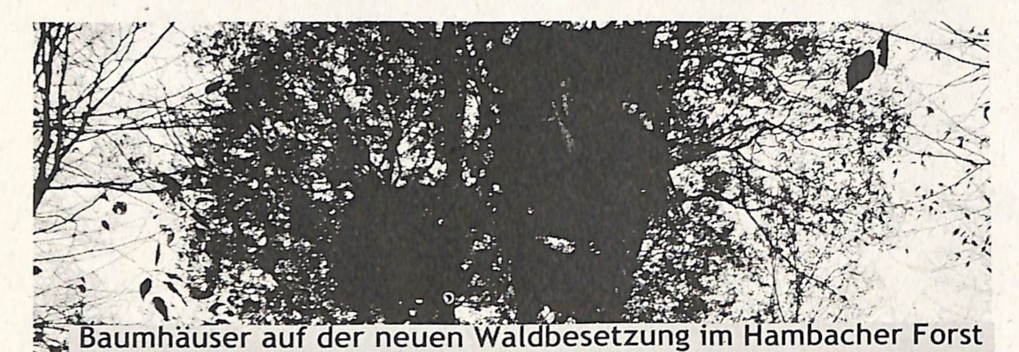
Im hochgradig umstrittenen "Carbon Capture and Storage" (CCS) - CO^2-Abscheidung und -Speicherung, so propagiert die Provinzregierung Albertas, läge die Lösung für das Klimaproblem. Bis 2050 sollten 70 % der Emissionen der Provinz per CCS aufgefangen und sicher gelagert werden. "Sichere Endlagerung", das wird gewiss ebenso gut funktionieren wie beim Atommüll. Nur, dass es bei Freisetzungs-Katastrophen nicht um siechende Erkrankung und langfristiges Sterben gehen wird, sondern dass solche Super-GAUs für die an der Oberfläche Betroffenen sofort tödlich wirken werden. Eine Umweltkatastrophe mit plötzlicher Freisetzung von 1,6 Millionen Tonnen CO^2 fand 1986 am Nyos-See (Kamerun) statt. Das freigesetzte Gas tötete etwa 1.700 Menschen und Tausende von Tieren in bis zu 27 km Entfernung vom Unglücksort.

Fortsetzung folgt! Weiter geht es mit diesem Hintergrundbericht in der nächsten Ausgabe - oder, wer nicht so lange warten will, kann auf der Internetseite des grünen blatts schon weiter lesen.

*Dieser Artikel basiert auf Vorort-Recherchen in Alberta, Interviews mit Vertreter*innen von kanadischen Umwelt-NGOs, First Nations, aus Ölindustrie und Politik sowie auf Internet-Recherchen.*



Von Dinosauriertränen, Eigentoren und All-Inclusive-Protest


Baumhäuser auf der neuen Waldbesetzung im Hambacher Forst

„Denkt daran, Karnevale sind billig zu haben. Was zählt, ist der Tag danach, wenn wir alle in unseren Alltag zurückkehren. Wird sich dann etwas verändert haben?“
– Slavoj Zizek zu den Occupy-Aktivist_innen in New York

Keine Räumung

Üblicherweise steht mit dem Redaktionsschluss des grünen blattes eine Räumung des Hambacher Forstes ins Haus, bzw. in den Wald. So geschehen vor einem Jahr, als während des Layouts die viertägige Räumung des Blockadetunnels im Gange war. So auch dieses Frühjahr, als am Tag des Redaktionsschlusses eine Wiederbesetzung des Hambacher Forstes wiedergeräumt wurde. Zum jetzigen Redaktionsschluss gibt es allerdings nur gegenteilige Nachrichten: Nämlich, dass die besetzte Wiese am Hambacher Forst erst einmal nicht geräumt werden wird. Der Besitzer, der die Besetzung dulden will, hat einen Gerichtsprozess gewonnen gegen den Sofortvollzug der Räumung, was bedeutet, dass die Hauptverhandlung abgewartet werden muss. Das wird laut Behörden mindestens ein weiteres Jahr dauern. In der Hauptverhandlung wird es darum gehen, ob auf der Wiese Zelte und Bauwägen zu Versammlungszwecken stehen dürfen.

Auch der Hambacher Forst selber ist nun seit über 3 Monaten wieder besetzt. Trotz des einbrechenden Winters sind es derzeit recht viele Aktivist_innen die Wald und Wiese besetzt halten. Im Vergleich zu letztem Winter gibt es nun auch mehrere beheizbare Räume. Schlecht sieht es also derzeit nicht aus für die Widerstandsstrukturen vor Ort – zumal sich auch eine neue Gruppe gefunden hat, die die nahe gelegene „Werkstatt für Aktionen und Alternativen“ weiter betreiben will. Und zwar als offenen Raum, nach einer Bauphase im Winter. Am 29. März 2014 soll ein Eröffnungsfest der offenen Projektplattform stattfinden.

Im Sommer haben auserdem ca. 1.000 Menschen in Manheim das Klima- und Reclaim-the-Fields-Camp abgehalten und dabei zahlreiche Klein- und Großgruppenaktionen durchgeführt, die RWE auf den Zeiger gegangen sein dürfte.

Keine Rettung

Während sich also die Widerstandsstrukturen im rheinischen Revier langsam aufbauen, um dem größten Klimakiller Europas Paroli zu bieten, wird das Thema Braunkohleverstromung plötzlich auch auf anderen Ebenen brisant: Bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin ist das Thema Energie eines der schlagzeilenträchtigsten, was auch an den Dinosauriertränen liegen mag, die die Braunkohlelobby von Essen nach Berlin kullern lässt, wohl wissend, dass die Verhandlungspartner_innen der Arbeitsgruppe Energie fossile Schwestern und Brüder im Geiste sind. Als eine dieser Dinosauriertränen ist zu werten, dass die „Süddeutsche Zeitung“ pünktlich zu Beginn der Koalitionsverhandlungen ein „internes Strategiepapier“ von RWE in den Händen hielt in dem die frühzeitige Stilllegung des Großtagebaus Garzweiler angedacht wird – wegen Unrentabilität, durch „zu viel“ erneuerbare Energie auf dem Strommarkt. Anstatt, dass nun alle – wie von RWE wohl vermutet – in das Klagelied über das Aus einer deutschen Rohstoffindustrie einstimmten, sagte die politische Vertretung des Kreises Erkelenz, zu dem die Dörfer gehören, die abgebaggert werden würden, sinngemäß: Finden wir gut, wenn Garzwiler dichtgemacht wird. Wir hätten nur gerne Klarheit darüber, weil es den Menschen in den Dörfern nicht zuzumuten ist, sie im Unklaren über die Zukunft der Region zu lassen, wenn der Tagebau gar nicht mehr wirtschaftlich sinnvoll ist. Und bis wir diese Klarheit haben, stoppen wir alle Gespräche mit RWE über Umsiedlungen.

Ein klassisches Eigentor für RWE.

Trotz aller Bemühungen der Braunkohleindustrie und der Großkoalitionäre, werden vermutlich auch die im Koalitionsvertrag geplanten Bremsen für die Energiewende nicht ausreichen um diejenigen Stromriesen zu retten, die nichts anderes können außer Kohle und Atom.

Keine Perspektive

Auch auf Seiten der Bewegungsaggenturen wird derzeit versucht das Thema Energiewende/Kohleausstieg zu DEM Umweltthema zu pushen. Nach dem Vorbild der langweiligen „Wir haben es satt“ Demos, wurde nach Berlin mobilisiert. Unter dem nicht besonders pfiffigen Slogan „Energiewende retten“ wurde eine Großkundgebung mit Drachensteigen-lassen und Bundestag-Umzinglung organisiert, für die die Teilnehmer_innen aus ganz Deutschland nach Berlin gekarrt wurden, weil der Erfolg am Ende nur anhand der Teilnehmer_innenzahl gemessen wird. Das ist wohl auch der Grund, warum die Demo in Berlin stattfand und nicht an einem der zahlreichen Konfliktorten der Stromerzeugung. Mensch könnte sagen, „besser eine Latschdemo in Berlin als gar nichts“, oder mensch könnte sogar behaupten die Kampagne sei eine taktische Meisterleistung von campact und co.: Die öffentliche Entlarvung von Frau Kraft als Kohlelobbyistin, mit der Androhung damit ihr Image komplett zu ruinieren, womit auch ihre Ambitionen auf eine Kanzlerinkandidatur zerstört sein dürften. Oder die Großdemonstration für den Erhalt der Energiewende pünktlich zur Mitgliederbefragung der SPD, womit ebenfalls Druck ausgeübt wurde, den Koalitionsvertrag nicht zu Kohlefreundlich zu gestalten.

Taktisch mag das nicht schlecht sein. Das Problem ist auch nicht die Aktionsform Großdemo an sich, wäre sie eingebettet, in ein breites Spektrum an Aktivitäten. Stattdessen ist das Problem das Protest hier nur inszeniert wird, als inhaltsleere Blase daherkommt und durch das verbreitete soziale Vakuum tiefere Organisierungen unwahrscheinlich macht. Trotz des Ideals des „Nebeneinanders verschiedener Formen des Protestes und des Widerstandes“ ist eine deutliche Kritik angebracht an Kampagnenformen, die durch die Suggestion von Beteiligung an Protest, tatsächlichen Protest erschweren.

In unserem Fall ist der Protest kein Er-

gebnis eines tatsächlichen gesellschaftlichen Aufschreis, einer Wut, die sich ihre Bahnen sucht, ihre eigenen Ausdrücke und Protestformen findet. Stattdessen wurde in Bewegungsagenturen die Entscheidung getroffen, dass sich das Thema gut eignet... Eignet wofür eigentlich? Für eine neue Welle der Empörung, die nichts manifestiert, außer ihrem eigenen Unwillen die Dinge grundsätzlich zu ändern, sodass subjektive Bedürfnisse von Menschen eine verhandelbare Größe würden.

Der eigendynamische Aufschrei über den Konsens der Eliten dieses Landes, dass das Weltklima nicht wichtiger genommen werden dürfe als die deutsche Braunkohleindustrie, bleibt nicht deshalb aus, weil das Thema niemanden interessieren oder empören würde. Er bleibt aus, weil er heute eigentlich immer ausbleibt. Die beiden großen Skandale der letzten beiden Jahren, sowohl um den NSU als auch um den NSA zeigen eines: Dass es keinen Raum gesellschafts-dynamischer Kommunikation und Organisierung mehr gibt. Keinen Raum in dem ein Aufschrei einen Wiederhall finden würde, in dem ein „es reicht" formuliert werden könnte, und dementsprechende Organisierungen stattfinden könnten.

Als in den 80er Jahren der Staat über eine Volksbefragung einige Dinge über seine Bürger_innen wissen wollte, führte dies zu nicht unbeeindruckenden Massenprotesten. Heute führt das Bekanntwerden der Totalüberwachung (für alle die es zuvor partout nicht wissen wollten) im besten Fall zu vereinzelter und vereinzelnder Paranoia, im schlechtesten Fall zu Achselzucken. Was ist in der Zwischenzeit passiert? Die Fragmentierung der Gesellschaft, genauso wie die des einzelnen Menschen wurde vollendet. Die Poolung sozialer Bindungen wurde in einer soziokybernetischen Meisterleistung neu geordnet. Dass sich Menschen anders aufeinander beziehen als als Konkuzrenzsubjekte wir immer seltener. Wo vereinzelte Menschen alleine zurückbleiben mit einem unguten Gefühl zu dieser oder jener politischen Situation, kommen die Protestagenturen ins Spiel: Auf die gleiche Weise, wie heute ein Urlaub als Komplettangebot verkauft wird - als Bereisung von Nicht-Orten (Augé), gibt es auch die Protestveranstaltung als Komplettangebot und als politischer Nicht-Ort. Aber auf einmal kannst du Teil einer Bewegung sein, ein Gefühl von Widerständigkeit bekommen, ohne dass du wirklich Zeit investieren musst um ein Umfeld aufzubauen, in dem du aktiv bist, mit dem du Sachen planst und Diskussionen führst. Denn Zeit, dass wissen wir alle, ist knapp und teuer und lässt sich besser investieren, zum Beispiel in die Optimierung des eigenen Lebenslaufes. Für diesen schadet etwas soziales Engagement nicht, wenn er nur nicht "zu viel Zeit frisst".

Kein Hinterherrennen

Während die Agenturen versuchen den Patienten Protestdynamik künstlich zu beatmen, merken sie nicht, dass sie ihn mit diesem Versuch umbringen, indem sie die Art und Weise wie, und die Gründe warum Menschen sich heute nicht mehr aufeinander beziehen, verlängern auf das Feld des Protestes. Protest wird zur Ware, seine Maxime ist nicht mehr das Notwendige, sondern das Vermarktbare.

Wie muss eine Form des Protestes oder des Widerstandes aussehen, die nicht in diese Falle tritt? Vielleicht muss sie sich die Zeit nehmen um einen Schritt zurück zu treten und die Tagespolitik Tagespolitik sein lassen. Vielleicht muss sie erkennen, dass das Hinterherrennen hinter den Verhandlungen, den Gipfeln usw. nur die Abwesenheit einer antagonistischen Bewegung zum Spektakel der herrschenden Politik zum Ausdruck bringt. Das soll weniger bedeuten, dass die Veranstaltungen der herrschenden Politik grundsätzlich schlechte Orte für Widerstand wären, sondern mehr, dass das kopflose Hinterherhinken hinter dem Terminkalender der herrschenden Politik die Zeit klaut für eine Reorganisierung von unten.

Stattdessen braucht es Orte und Momente in denen Menschen zusammenkommen können, und zwar Milleuübergreifend. Nicht um gemeinsam ihr Fähnchen in den Wind zu halten, sondern um gemeinsame Organisierungen und Solidaritäten in die Lebensverhältnisse zu weben.

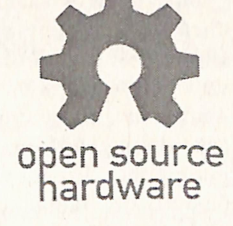
Kein Aufruf

Nun, was sollte jetzt kommen? Natürlich irgendein Aufruf, im Rheinland, in der Lausitz oder an anderen der endlosen Orten Energiekonflikte tiefergreifende Strukturen aufzubauen, anstatt auf die nächste Onlinepetition zu warten.

Als Ersatz dafür aber lieber noch einmal zum Rheinland und dem Eigentor von RWE mit Garzweiler:

Im Garzweiler Revier gibt es traditionell mehr Widerstand gegen RWEs Regionsauslöschung, als im Hambacher Revier. Das liegt daran, dass die Region dort mehr durch Landwirtschaft und kleine Dörfern geprägt ist. Bäuer_innen werden gezwungen ihre bäuerlichen Existenzen aufzugeben, denn dort wo eine Landschaft im Loch verschwindet, das am Ende mit Wasser aufgefüllt wird, verschwinden auch die landwirtschaftlichen Flächen auf immer. Der Widerstand der zu Anfang der Bekanntgabe von Garzweiler 2 recht offen in den Dörfern auftrat, schwelt in den letzten Jahren nur noch unter der Oberfläche – RWEs Sozialmanagement macht's möglich. Mit der öffentlichen Debatte darüber ob der Tagebau weiterhin rentabel ist, oder ob er dicht gemacht werden könnte, werden die Karten neu gemischt: Die Menschen in den Dörfer in denen die Umsiedlung noch nicht begonnen hat (die Verhandlungen die die Einzelnen mit RWE führen müssen über die Auszahlungen ihrer Häuser, ist Gift für die Möglichkeit offenen Widerstandes) könnten auf die Idee kommen, dass es sich nun noch einmal besonders lohnt Widerstand zu leisten, um damit den Preis für RWE weiter in die Höhe zu treiben. Mit diesen Menschen solidarisch gemeinsamen Widerstand aufzubauen, nach einem Vorbild des Wendlands wäre ein Experiment, das reale Strukturen der Organisierung aufbauen könnte. Aber das geht eben nicht wenn mensch von einem Thema zum nächsten rennen will, zehntausende Euro in eine Mobilisierung steckt um das Thema nach der Entscheidung im Bundestag oder der Koalitionsverhandlung wieder fallen lässt. *Von FLoh*

Telefone mit freier Technik



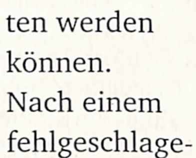
Openmoko-Nachfolger im n900-Gehäuse

neo900.org

kardan Die Geschichte der freien Telefone mit vollständig offen dokumentierter Hardware und Spezifikationen begann 2007 mit dem Neo 1973 (GTA01). Der Name ist eine Erinnerung an das erste Gespräch mit einem Mobiltelefon im Jahr 1973. Historische Besonderheit war, aus mehreren freien Betriebssystemen für ein Mobiltelefon auswählen zu können. Auch der GSM-Chip ist dank OsmocomBB mittlerweile mit freier Firmware lauffähig.

Der für den Massenmarkt geplante Nachfolger Neo Freerunner (GTA02) wurde von einer enthusiastischen weltweiten Entwicklergemeinschaft aufgenommen, führte jedoch nicht zur Serienproduktion. Gründe hierfür waren, dass die Hardware ohne UMTS-Chip mit vergleichbaren Smartphones nicht mithalten konnte und die Software erforderte, sich eingehender mit dem Telefon zu beschäftigen, was die Zielgruppe auf die Fangemeinde freier Software beschränkte.

Nach Einstellung der Weiterentwicklung durch OpenMoko 2009, wurde auf der FOSDEM 2011 ein Konzept für eine weiterentwickelte Austauschplatine basierend auf dem BeagleBoard vorgestellt, die mit dem Gehäuse der Vorgängermodelle verwendet werden können. Eine ambitionierte Entwicklergruppe um die Münchner Firma Golden Delicious bietet mittlerweile den vierten Prototyp an und sammelt Bestellungen für weitere Chargen (gta04.org).



Nach einem fehlgeschlagenen Versuch der Ubuntu-Firma Canonical im August 32 Mio. Euro für ein modernes Tablet mittels Crowdfunding zu sammeln, hat Motorala Unterstützung für das modulare System von Dave Hakken angekündigt.

Aus Kritik an Apples Arbeitsbedingungen in der chinesischen Foxconn-Fabrik (makeitfair.org) entstand das Fairphone-Projekt mit Fokus auf gerechte Löhne und ökologische Produktionsbedingungen. Im November 2013 erreichte es 25.000 Bestellungen

phonebiocs.com

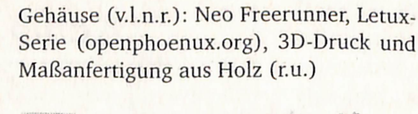
Motorala will das modulare Phoneblocs-Konzept von Dave Hakken unterstützen.
Das Pninzip: Alle Teile sind einzeln austausch- und nachrüstbar, um Müll und Produktionskosten zu minimiern.
Unabhängige Entwicklungen werden durch die Offenlegung aller Komponenten ermöglicht.

Die Finanzierung stellt mit vergleichsweise geringen Stückzahlen das Hauptproblem dar, da einige Hardwarekomponenten erst in Millionenstückzahlen für einen vertretbaren Preis angeboten werden können.

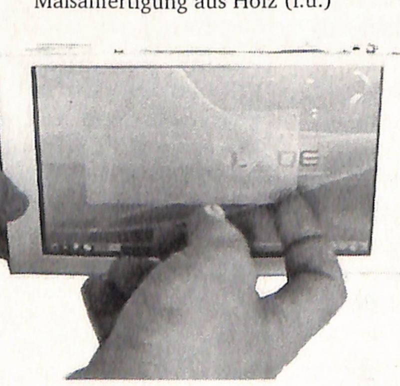
und soll Ende Dezember ausgeliefert werden. Großen Wert wird auf umfassende Berichterstattung über den Produktionsprozess und die Herkunft der Materialien gelegt: fairphone.com

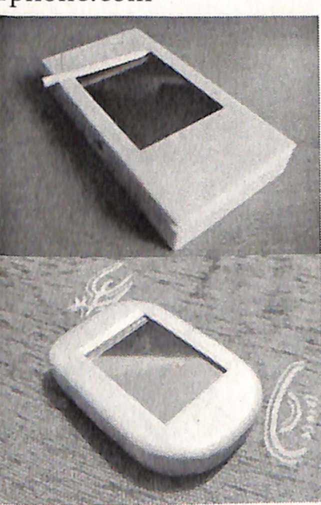






Gehäuse (v.l.n.r.): Neo Freerunner, Letux-Serie (openphoenux.org), 3D-Druck und Maßanfertigung aus Holz (r.u.)







und was läuft sonst noch?

26.-28.12.2013 in der Projektwerkstatt Saasen: Seminar "Ziele, Theorie und offene Fragen bei Veganismus/Tierrechten und -befreiung"
Beginn: Do, 26.12.2013, um 18 Uhr mit einem freegan-veganen Büffett, dann um 20 Uhr ein Film über widerliche Jagdsafaris

2.1.2014, 19-20 Uhr (Wiederholung 6.1.2014, 11-12 Uhr) Radiosendung zu Xenotransplantation
Radio Lora München, www.lora924.de

Im Gespräch mit Dr. med. vet. Corina Gericke, stellvertretene Vorsitzende von Ärzte gegen Tierversuche

6.1.2014, 9:00 Uhr,Amtsgericht Gronau, Anti-Atom-Aktivistin in Gronau vor Gericht
Weitere Infos und eine Flyervorlage: nirgendwo.info/gronau

13.1.2014 um 9.30 Uhr im Amtsgericht Kerpen
(Nordring 2-8,Sitzungssaal 110): Strafverfahren gegen Anti-Kohle-Aktivisten wegen vermeintlicher Beleidigung eines Polizeiführers während des Klimacamps 2013 ++ siehe www.projektwerkstatt.de/kohle

17.1.2014: Antifa-Demo in Magdeburg - Naziaufmarsch verhindern -

18.1.2014, 13:00 bis 18:00 Uhr: Wiesbaden Pelzfrei - Total-Liberation-Demo

Mitte Januar 2014 in Berlin: Grüne Woche
- die größte Agrarindustrie-Werbeschau der Welt ... und Aktionen dagegen, z.B.:
18.1. und So, 19.1., jeweils 10:00-16:00 Uhr:
Mahnwache unter dem Motto "Grüne Woche demaskieren" mit Kundgebungen am Nordeingang der Messe, Hammarskjöldplatz, 14055 Berlin
18.1., 11 Uhr in Berlin ab Hauptbahnhof/Washingtonplatz:
(Latsch-)Demo "Wir haben es satt - Für fairen Handel statt Freihandel"

25.2.2014 um 10:00 Uhr am Amtsgericht Fulda
(Königstr. 38, Saal 1.120): Prozess gegen zwei AktivistInnen wegen vermeintlicher Sachbeschädigung im Zusammenhang mit dem Versuch, den Castor 2011 in der Nähe von Fulda zu stoppen

Ich abonniere ab sofort das grüne blatt!

Bitte schickt mir... O ein Exemplar (15€/4Ausgaben) O 10Exemplare (60€/4 Ausgaben) O __ Exemplare (__€/4 Ausgaben)

Name:______________________ Adresse:____

O Geld liegt bar oder in Briefmarken bei

O Ich zahle per Lastschrift und ermächtige Greenkids e.V. (Gläubiger-Identifikationsnr.: DE29ZZZ00000400251) zur regelmäßigen Abbuchung von ___EUR für vier Ausgaben (___Heft(e)/Ausgabe) von meinem Konto:
BIC____________________ IBAN: ___________________________
Bank: ____________________ Inhaber: _______________
Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von Greenkids e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.
Datum: ___________ Unterschrift: ____________________

grünes blatt

ausschneiden und ab an:

grünes blatt, Postfach 320119. 39040 Magdeburg

Termine 2014

Wenn ihr bei der Produktion des grünen blattes mitwirken wollt, gibt es ein paar wichtige Termine.
Meldet euch per eMail - mail@gruenes-blatt.de - wenn ihr z.B. selber Artikel veröffentlichen, die Gestaltung einer Themen-Rubrik übernehmen, beim Layout mitmachen, korrekturlesen oder die frisch gedruckten grünen blätter versenden wollt.

Ausgabe 64 - Frühjahr 2014

Redaktionsschluss: 14.2.
Layoutseminar: 17. 2.-23. 2. in Döbeln
Redaktionstreffen: 17.-18. 3. in Döbeln
Versand: 19.-21. 3. in Döbeln

Fundraising-Seminar

28. 3.-7. 4. in Döbeln
nurnoch wenige freie Plätze - Anmeldung bei falk@greenkids.de

Ausgabe 65 - Sommer 2014

Redaktionsschluss: 16. 5.
Layoutseminar: 21.-27. 5. in Döbeln
Redaktionstreffen: 16.-17. 6. in Döbeln
Versand: 18.-20. 6. in Döbeln

Ausgabe 66 - Winter 2014/2015

Redaktionsschluss: 24.10.
Layoutseminar: 27. 10.-2. 11. in Braunschweig
Redaktionstreffen: 24.-25. 11. in Braunschweig
Versand: 26.-28. 11. in Braunschweig

Außerdem wird es im Frühjahr einen Computersicherheits-Workshop in Braunschweig geben - meldet euch bei Interesse zur Terminkoordination

ISSN 1612-2186

